

Stenografischer Bericht

16. Sitzung des Landtages Steiermark

XV. Gesetzgebungsperiode – 19. Dezember 2006

I n h a l t :

P e r s o n e l l e s :

Entschuldigt: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, LTAbg. Dr. Schröck.

1. Einl.Zahl 832/2 Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Untersuchungsausschuss „KAGes“

Betreff: *Bericht des Untersuchungsausschusses des Landtages Steiermark zur Prüfung der politischen Verantwortung für die Missstände in Zusammenhang mit der KAGes*

Berichterstattung: LTAbg. Hagenauer (2097).

Wortmeldungen: Siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beschlussfassung (2129).

2. Einl.Zahl 697/2 Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Neubau LKH Graz West*

Berichterstattung: LTAbg. Bacher (2098).

Wortmeldungen: Siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beschlussfassung (2129).

3. Einl.Zahl 278/7 Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Einhaltung der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes hinsichtlich der Vergabe von Bauaufträgen durch die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.*

Berichterstattung: LTAbg. Mag. Ursula Lackner (2098).

Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 3: LTAbg. Hagenauer (2099), LTAbg. Bacher (2104), LTAbg. Prattes (2110), LTAbg. Kasic (2114), LTAbg. Zenz (2117), LTAbg. Straßberger (2118), LTAbg. Hagenauer (2121), LTAbg. Prattes (2123), LTAbg. Bacher (2124), Landesrat Mag. Hirt (2125), LTAbg. Hagenauer (2128).

Beschlussfassung (2129).

4. Einl.Zahl 939/2 Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Untersuchungsausschuss „Herberstein“
Betreff: *Bericht des Untersuchungsausschusses des Landtages Steiermark zur Prüfung der politischen Verantwortung für die Missstände bei Förderungen bzw. Zuwendungen und deren Kontrolle an die Herberstein OEG*

Berichterstattung: LTAbs. Dr. Murgg (2130).

Wortmeldungen: LTAbs. Lechner-Sonnek (2130), LTAbs. Dr. Murgg (2135), LTAbs. Mag. Drexler (2140), LTAbs. Kröpfl (2146), LTAbs. Dipl.-Ing. Wöhry (2152), LTAbs. Dr. Murgg (2153), LTAbs. Kaufmann (2454), LTAbs. Riebenbauer (2156), LTAbs. Hagenauer (2159), LTAbs. Böhmer (2161), LTAbs. Majcen (2164).

Beschlussfassung (2166).

Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr

Präsident: Hohes Haus!

Es findet heute im Landtag Steiermark die sechzehnte Sitzung in der XV. Gesetzgebungsperiode statt. Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Ich begrüße weiters im Zuschauerraum, weil ich ihn schon gesehen habe den Präsidenten des Steirischen Gemeindebundes Hermann Kröll, lieber Hermann herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall*)

Entschuldigt sind: Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer und
 Frau LTAbs. Mag. Dr. Martina Schröck

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zwei schriftliche Anfragen gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 an folgende Regierungsmitglieder eingebracht wurden:

- LHStv. Schützenhöfer, betreffend organisiertes Verbrechen im Operncafé, Einl.Zahl 946/1 sowie
- LHStv. Dr. Flecker, betreffend barrierefreie Programmkinos, Einl.Zahl 950/1.

Meine Damen und Herren, bevor ich in die Tagesordnung eingehe, bitte ich um Aufmerksamkeit. Ich möchte einer Kollegin, die hier im Landtag gearbeitet hat, einige anerkennende Worte aussprechen. Frau

Helga Zach hat mehr als zwölf Jahre hindurch hier im Landtag Steiermark als Stenotypistin gearbeitet. Sie hat im Herbst dieses Jahres gebeten, dass sie von dieser Aufgabe befreit wird, weil sie beruflich sehr stark ausgelastet ist.

1972 ist sie in den Landesdienst eingetreten und hat gleich Karriere gemacht. Sie ist zu Landeshauptmannstellvertreter Wegart gekommen, dann 1988 in den Landesrechnungshof und seit 1994 ist sie als Stenotypistin hier im Landtag tätig. Derzeit ist sie Prüferin im Landesrechnungshof in der Sektion Verwaltung. Liebe Helga, ich darf dir sehr herzlich für deine Arbeit hier im Landtag danken. Du warst eine sehr verlässliche, gewissenhafte Mitarbeiterin und hast auch den nötigen Humor mitgebracht, den man braucht, wenn es anstrengend wird. Ich kann mich auch an viele schöne Stunden nach der Sitzung erinnern, wo wir gemeinsam uns hervorragend unterhalten haben – (*Allgemeine Heiterkeit*) - jetzt seid ihr wieder neidig -, wo wir uns gemeinsam mit deinen Kolleginnen und Abgeordneten immer sehr gut unterhalten haben. Ich bedanke mich namens des Hohen Hauses sehr herzlich. Es tut uns leid, dass du diese Aufgabe nicht mehr ausüben kannst. Ich wünsche dir für deine Hobbys, du fährst ja gerne Ski, du bist sehr gerne in Italien, da gehört auch dazu gutes Essen und Trinken, all das sind deine Leidenschaften und auch für deine weitere Arbeit in diesem Land Steiermark, wo du ja als Beamtin tätig bist, viel Erfolg und für das weitere Leben dir und deiner Familie viel Gesundheit und viel Glück. Das braucht man zum Leben. Alles Gute! (*Allgemeiner Beifall*)

Ich hoffe, liebe Helga, dass du einverstanden warst, dass wir unser Geheimnis heute gelüftet haben. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Meine Damen und Herren, bei den Tagesordnungspunkten 1 bis 3 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme daher zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Untersuchungsausschusses „KAGes“ über den Bericht, Einl.Zahl 832/1, betreffend Prüfung der politischen Verantwortung für die Missstände in Zusammenhang mit der KAGes.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Hagenauer (9.10 Uhr): Herr Präsident!

Der Ausschuss „KAGes“ hat in seiner Sitzung vom 25.10.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „KAGes“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Untersuchungsausschusses betreffend Prüfung der politischen Verantwortung für die Missstände in Zusammenhang mit der KAGes, wird zur Kenntnis genommen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme. (9.11 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 697/1, betreffend Neubau LKH Graz West.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Bacher (9.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für „Kontrolle“ hat in seinen Sitzungen vom 12.09.2006 und 07.11.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Kontrolle betreffend Neubau LKH Graz West, wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (9.12 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Bacher und komme zu Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 278/1, betreffend Einhaltung der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes hinsichtlich der Vergabe von Bauaufträgen durch die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H..

Berichterstellerin ist Frau Abgeordnete Mag. Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

LTAbg. Mag. Ursula Lackner (9.12 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Kontrolle betreffend Einl.Zahl 278/1, Einhaltung der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes hinsichtlich der Vergabe von Bauaufträgen durch die

Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 07.02.2006, 07.03.2006 und 07.11.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Einhaltung der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes hinsichtlich der Vergabe von Bauaufträgen durch die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H, wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme. (9.13 Uhr)

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten für diesen Bericht. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Hagenauer (9.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Landesregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte einleitend zweierlei festhalten. Meine Wortmeldung bzw. die Position der Grünen erstreckt sich nicht nur auf Kritik, sondern ich werde auch versuchen darauf einzugehen, was im Zuge der jetzt mehrmonatigen Erörterungen rund um das Problem Spitalsbauten an Maßnahmen bereits erfolgt ist bzw. an Maßnahmen noch erfolgen wird. Und nicht zuletzt hier und heute auch beschlossen werden soll. Punkt 2) das Thema Spitalsbauten ist eines von drei großen Defiziten, die wir in den letzten Jahren mittlerweile, der jüngeren Vergangenheit, in der Steiermark diskutiert haben. Es gibt durchaus Parallelen in all diesen drei Fällen. Das sei eingangs festgehalten. Nämlich, dass das Land als Eigentümer es verabsäumt hat, im Zuge einer Beteiligungsverwaltung, entsprechend früh und klar Richtlinien zu erlassen, was es sich denn von seinen Gesellschaften erwartet. Das in einer derartigen Weise zu tun, dass die Betroffenen dann auch wissen woran sie sind und dass auf diese Art und Weise, wenn man schon Ausgliederungen macht, auch das ganze vor einem sinnvollen Hintergrund passiert. Nämlich, der Eigentümer sagt was er will und die ausgegliederte Gesellschaft hat dann die entsprechenden Freiheiten, aber auch die entsprechende Verantwortung diesen Rahmen auszufüllen. Und jetzt zu den konkreten Punkten die wir im Rahmen der Spitalsbauten bzw. des Untersuchungsausschusses KAGes die ganze Zeit über behandelt haben. Die Dinge lassen sich auf ein paar wenige Bereiche, wie ich überzeugt bin, beschränken bzw. festmachen. Ein derartiger Fragenkreis war: Wurden die Baukosten überhaupt überschritten? Hat es überhaupt Missstände gegeben? In dem Zusammenhang ist festzuhalten, dass, wenn man von eingehaltenen Baukosten gesprochen hat, nie und aus meiner Überzeugung, bewusst nie Klartext gesprochen wurde. Es ist nämlich festzuhalten, dass ursprünglich es eine grobe Schätzung der Baukosten gegeben hat. Wie das ganz normal ist bei jedem Projekt. So auch bei den Spitälern. Und es ist zweitens festzuhalten, dass der

Landesrechnungshof im Zuge seiner Projektabwicklungskontrolle genau diese ursprünglich festgelegte erste Schätzung, überwacht hat. Und das Problem, das uns jetzt viele Monate beschäftigt hat war das, dass bis zum Schluss der Versuch unternommen wurde, diese Einhaltung der ursprünglich geschätzten Kosten als einen Erfolg darzustellen, noch dazu amtlich bestätigt vom Landesrechnungshof. Das ist einer der wunden Punkte, wo wir auch, wie schon eingangs angeführt, im Zuge des Antrages, den wir heute noch beschließen werden, Maßnahmen setzen müssen, damit hier in Zukunft der Landesrechnungshof die Möglichkeit hat, nicht nur die Einhaltung einer ersten zwangsläufig groben Schätzung, die noch dazu bei öffentlichen Bauten immer höher ausfallen wird. Weil, welcher öffentlich Verantwortliche lässt sich dann hinten nach gerne die Kritik umhängen, dass die Baukosten überschritten wurden. Dass also hier der Landesrechnungshof in Zukunft die Möglichkeit hat, nicht nur die erste Schätzung zu verfolgen, sondern auch dann im Zuge der Abwicklung des Projektes die immer genauer werdenden Kostenschätzungen zu verfolgen. Eine Situation die etwa auf Bundesebene, beim Bundesrechnungshof bereits Status ist. Im konkreten Fall beim LKH West war es z.B. so, um es zu verdeutlichen noch einmal, die erste Schätzung wurde auf Grund der Ausschreibung um 40 % unterschritten. Da geht es nicht um ein Taschengeld. Und es ist nachher natürlich leicht diese 60 % wieder auf 100 % aufzufüllen und gleichzeitig, ich will jetzt an der Stelle nicht mehr in alle Details einsteigen, ganze Bauteile auch noch wegzulassen. Unter diesen Bedingungen kann man die Kosten tatsächlich einhalten. Der zweite Bereich ist dann der: Wenn schon der Landesrechnungshof nicht die Möglichkeit hatte, das Projekt und die Kosteneinhaltung tatsächlich zu verfolgen, hat es dann die KAGes getan? Und hier ist festzuhalten und damit kommen wir dann auch schon unmittelbar das erste Mal zum Bereich der politischen Verantwortung. Hier ist festzuhalten, dass schon sehr früh klargestellt wurde im Zusammenhang mit dem ganzen Projekt LKH 2000, nämlich schon 1994 das erste Mal, dass eine Projektabwicklungskontrolle, eine funktionierende, eingerichtet werden muss - na nicht, könnte man sagen, auf steirisch und was besonders wichtig war, bereits 1999 wurde in einer Besprechung vom damaligen Landesrechnungshofdirektor Grollitsch, der zuständige Landesrat - damals Dörflinger und Vorstandsmitglied - damals Martetschläger, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine begleitende Kontrolle durch den Landesrechnungshof nicht erfolgt.

Dass Vokabel „begleitende Kontrolle“ gibt es gar nicht im Landesrechnungshofgesetz. Und wenn sie sich das anschauen, ich bin überzeugt, es wird auch in der heutigen Debatte trotzdem wieder folgen, ist bis zum Schluss der Eindruck erweckt worden, die begleitende Kontrolle wird durch den Landesrechnungshof wahrgenommen, obwohl er sich schon 1999 dagegen entschieden gewehrt hat. Offensichtlich in Voraussicht dessen, was dann passiert ist auch im Untersuchungsausschuss, dass man nämlich – auf das gehe ich dann noch später kurz ein – dem Landesrechnungshof versucht hat, die Verantwortung umzuhängen. Sind wir also bei dem Punkt. Wie war es denn möglich, dass bei einem Milliardenprojekt, LKH-West hat allein also eine Milliarde ausgemacht, wie war es denn möglich, dass hier keine

begleitende Kontrolle, alle üblichen Controlling-Instrumente, Frühwarnsystem und anderes nicht eingerichtet wurde. Dazu ist festzuhalten, auch in Hinblick auf die Verantwortung der entsprechenden Organe, aber auch der politischen Entscheidungsträger, dass nicht nur früh gewarnt wurde, sondern dass auch etwa der Vorstand selbst sich dessen insofern nachweislich äußerst bewusst war, als er ein Geld für dieses Instrument urgiert hat, auch schon sehr früh – 1999. Und er hat es nicht bekommen. Und ein Zeuge hat uns im Ausschuss etwas ganz klar und richtig gesagt, nämlich das ist gar keine Frage der Finanzierung durch den Bund, die Einrichtung eines derartigen Instrumentes, sondern so etwas rentiert sich selbst. So etwas rentiert sich selbst, hat er uns erklärt, so ist es auch! Warum er das dann trotzdem nicht gemacht hat, das war – an der Stelle sage ich es jetzt das erste Mal – natürlich einer der Gründe, weshalb ich nicht zuletzt persönlich schon seit Jahren mittlerweile darauf dränge, dass hier Maßnahmen gesetzt werden und hier näher hingeschaut wird. Weil eine derartige Ansammlung von Zufälligkeiten ist natürlich für jemand, der dafür bezahlt ist, dass er misstrauisch bestimmte Dinge verfolgt, natürlich schon eine sehr bemerkenswerte Sache.

Als nächster Punkt ist festzuhalten, in dem Zusammenhang auch eine aus meiner Sicht Legende, die uns jetzt die ganze Zeit über begleitet hat. Das war damals auch nicht „State of the Art“. Mehrfach haben uns das Zeugen erklärt, hier auch bis zum Schluss. Man wird ja noch dazulernen dürfen. Und damals waren wir halt noch nicht so weit. Die Geschichten übrigens kenne ich auch aus der ESTAG, auch eine verblüffende Parallele. Wortwörtlich dieselbe Kritik von Externen, erst nachdem etwas passiert ist, eingesetzten Prüfer, die gesagt haben, ja, in der ESTAG hat es nicht die Mindestvoraussetzungen der Kontrollinstrumente, der internen Managementinstrumente gegeben, ist genau wörtlich dieselbe Feststellung etwa des vom nunmehrigen Aufsichtsrat eingesetzten Gremiums, das in seinem Bericht eben diese Feststellung getroffen hat. Letzteres übrigens einer der Punkte, das sei – wie angekündigt – hervorgehoben, wo man sagt, es ist was geschehen, eindeutig. Der jetzige Aufsichtsrat hat offenbar einen ganz anderen Zugang. Der sieht das nicht mehr als Ehrenamt. Einige dieser Ehrenamtsträger sind uns ja sogar in persönlicher Identität jetzt wieder gegenübergetreten bei den Spitalsbauten. Und der jetzige Aufsichtsrat hat in seinem Bericht – er ist übrigens ja wie festgestellt wurde, auch noch durchaus nicht am Ende seiner Arbeit gewesen mit diesem Zwischenbericht – hat in seinem Bericht genau das festgestellt, so etwas ist unbedingt einzurichten und so was war „State of the Art“, ist aber nicht erfolgt. Das heißt, der Vorstand – wird auch ausdrücklich festgehalten – ist seinen Obliegenheiten in dem Zusammenhang nicht nachgekommen. Die Frage ist jetzt, ist es der Aufsichtsrat und ist es am Ende der Eigentümervertreter? Der Aufsichtsrat hat aus unserer Sicht – und das findet sich auch so im Bericht wieder, den wir heute vorliegen haben – der Aufsichtsrat hat sich insofern nicht ausreichend seinen Verpflichtungen gegenüber verhalten, als er seiner Informationspflicht aktiv nicht nachgekommen ist, ob derartige Instrumente eingerichtet sind? Er hat sich verlassen auf – was durchaus eine ernste Sache ist – den Bericht der

Wirtschaftsprüfer, die ausdrücklich bestätigt haben, dass solche Kontrollinstrumente vorliegen. Aber wenn wir uns anschauen, welche Nähe die Aufsichtsräte haben zum Geschehen im Lande und zu jenem in der KAGes, dann ist es aus meiner Sicht ganz selbstverständlich, dass im Laufe der Jahre ein Aufsichtsrat in einer Sitzung einmal die Frage stellen darf, wie schaut es denn jetzt wirklich aus mit diesen Kontrollinstrumenten? Das darf er nämlich. Das muss er sogar. Er braucht nicht ins tägliche Geschäft eingreifen, er braucht nicht auf der Baustelle auftauchen – der Aufsichtsrat natürlich nicht. Aber ob ein Managementinstrumentarium vorliegt, das darf er fragen und er darf sich das auch anschauen. Er darf sich nicht nur verlassen darauf, dass irgendwo steht „liegt vor“. Kleiner Sidestep zum Thema Wirtschaftsprüfer, auch hier die Parallelen, es waren immer zwei. Und sie dürfen nur einmal raten, warum es immer zwei waren und die zwei sind über all die Jahre nie gewechselt worden. Auch eine Sache, die – wenn man sich die Summen anschaut, um die es hier geht – allein schon ein Skandal ist.

Nächster Punkt, die Ausgliederung. Der Zeitgeist lässt grüßen. Man ist mit großer Begeisterung und großem Elan daran gegangen, auszugliedern und hat uns dann erklärt, ja, aber, da gibt es die und die Schwierigkeiten. Nachdem die Probleme aufgetaucht sind, hat man uns dann erklärt, wir müssten doch verstehen, dass die Zivilingenieure, wenn sie plötzlich so große Aufträge haben, auch ihr Personal aufstocken müssen, das sei wiederum da nicht ausreichend qualifiziert. Aber die hätten das unterschrieben, dass sie alles ordentlich machen und damit sei man außer Obligo. Ist man natürlich nicht, sowohl Bundes- als auch Landesrechnungshof halten ausdrücklich fest, dass die Bauherrenfunktion niemals delegiert werden kann. Das heißt, wenn ich mich eines Gehilfen bediene, dann muss ich den natürlich auch kontrollieren und aus! Die Verantwortung nimmt mir niemand ab, Verantwortung kann man nicht delegieren.

Kleiner Ausflug zum Thema Bundesrechnungshof, weil sie werden das dieser Tage gelesen haben. Ob Zufall oder nicht, im Zuge des allgemeinen Stresses rund um die Regierungsbildung ist auch die gloriose Idee aufgetaucht, den Bundesrechnungshof künftig zu entlasten. Er solle in Zukunft die Länder nicht mehr prüfen. Es wird sie nicht überraschen, dass ich der Meinung bin, das war kein Zufall. Ich kann das aber nicht beweisen. Wie auch immer, das ist eine gefährliche Drohung. Und da zeigt nicht zuletzt unsere schöne Steiermark, wie wichtig das es ist, dass nicht nur der Landes-, sondern auch der Bundesrechnungshof ab und zu einmal wo hineinschaut. Aus einem einfachen Grund: Der Bundesrechnungshof hat die Möglichkeit, quer zu vergleichen. Der Bundesrechnungshof hat die Möglichkeit, sich anzuschauen, was kostet denn woanders was und wie ist woanders was organisiert? Und das allein ist Grund genug.

Das fadenscheinige Argument, dass man sich ohnehin absprechen würde, ist ohnehin die Unwahrheit und Bund- und Landesrechnungshöfe sprechen sich ab. Ich möchte abschließend noch auf Folgendes eingehen. Es ist auch viel die Rede gewesen vom Zeitdruck. Auch das natürlich eine leicht durchschaubare Legende.

Gerade wenn ein großer Zeitdruck besteht, muss man die erforderlichen Managementinstrumente einrichten. Es ist viel die Rede gewesen, dass man nur mit groben Plänen, so genannte „Hunderterplänen“ arbeiten musste und könnte. Genau dann, wenn man vorher, wie im konkreten Fall, die Nutzerwünsche so gut wie nicht erfasst hat oder nur sehr grob erfasst hat, muss man mit der Planung warten und muss ordentliche Entscheidungsgrundlagen bereitstellen, um eben genau dann jene Probleme zu verhindern wie sie dann später eingetreten sind.

Und jetzt zum Abschluss, bevor ich noch auf einzelne Maßnahmen eingehe die wir heute beschließen sollen, zwei Anmerkungen. Die erste: Es hat sich im Zuge dieses Untersuchungsausschusses wieder einmal herausgestellt, dass wir einen Reformbedarf haben, was die rechtlichen Grundlagen der Arbeit eines Untersuchungsausschusses anbelangt. Will hier auf Details nicht eingehen. Dazu ist jetzt nicht die Zeit, aber das ist notwendig – dringend! Man braucht nur jetzt nach Wien schauen und vergleichen, dann sieht man schon was hier in der Steiermark zu klären ist. Zweitens: Es ist im Zuge des Untersuchungsausschusses leider vorgekommen, dass der Landesrechnungshof bzw. dessen Mitarbeiter direkt angegriffen wurden. Auch stelle ich noch einmal von der Stelle fest, das ist völlig unhaltbar.

Und jetzt zum Abschluss noch ganz kurz jene Maßnahmen, wo ich denke, dass sie zentral sind und auch eine positive Perspektive bringen für die Zukunft. Nämlich, dass für das Land Steiermark verbindliche Unternehmenskonzepte festzulegen sind in Zukunft im Rahmen eines Beteiligungsmanagements. Dass Personalentscheidungen nicht mehr so strikt wie im Falle der Spitalsbauten bzw. der KAGes nach Parteibuch ausgesucht werden. Und zwar nicht nur Vorstände, sondern auch die Ebenen darunter. Dasselbe gilt für die Mitglieder des Aufsichtsrates. Hier ist allerdings schon Besserung eingetreten. Dann weiters, dass die Maßnahmen, die die beiden Rechnungshöfe vorgeschlagen haben, von der Landesregierung bzw. vom zuständigen Landesregierungsmitglied sorgfältig verfolgt werden und dass wir in Follow-up Berichten in Zukunft berichtet bekommen, was hier geschehen ist im Zuge der Ausmerzung von Missständen bzw. des Verhinderns von Schaden. Und, damit bin ich dann wirklich am Ende, dass man sich in Zukunft all jene Verdachtsmomente erspart, die in diesem Fall massiv aufgetreten sind, in einem nicht zu vertretenden Ausmaß aufgetreten sind, was Hinweise auf Korruption anbelangt bzw. dass man sich auch in Hinkunft überlegt, wie man mit Ausgliederungen und Public Private Partnershipmodellen, umgeht. Nicht zuletzt haben wir im Moment ein Spitalsprojekt laufen, nämlich Schladming, das nach allen unseren vorliegenden Informationen nicht unmaßgeblich Grund geben wird für Kritik, soweit uns jetzt Kostenvergleiche zugänglich sind, insgesamt bzw. was den dort anfallenden Anteil an Honorarkosten im Speziellen anbelangt. Hier prüft der Landesrechnungshof auch bereits und spätestens nach Vorliegen dieses Berichtes werden wir wieder Gelegenheit haben uns leider mit der Materie auseinanderzusetzen zu müssen. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – 9.35 Uhr)

Präsident: Danke dem Herrn Abgeordneten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Bacher (9.36 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Herr Spitalslandesrat, Gesundheitslandesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! (LTAbg. Kröpfl: „Guten Morgen!“)

Ich wünsche einmal einen schönen Guten Morgen und besonders begeistert, dass mein Gegenüber, nämlich der Kollege Prattes da oben, schon annähernd dieselbe Farbe bei der Krawatte zumindest hat, weil im Ausschuss waren wir eigentlich immer gegenteiliger Meinung. Anscheinend ist das ein kleines Weihnachtswunder, dass wir und wenn ich mir den Entschließungsantrag der SPÖ anschau und durchlese, Herr Klubobmann Kröpfl. Ihr seit eigentlich auf die Linie eingeschwenkt, die ihr in vielen, vielen Sitzungen kritisiert habt. Ich bedanke mich dafür und gratuliere, dass ihr euch auch zu diesem Schritt durchgerungen habt, uns zuzustimmen bei unseren Kritikpunkten. (Beifall bei der ÖVP) Ich möchte nichts wiederholen was der Kollege Hagenauer in einer sehr tragenden Rolle heute vorgetragen hat. Anscheinend hat das ein bisschen mit Weihnachten zu tun. Kurz vor dem Weihnachtsfest ist man ein bisschen anders. Ich werde versuchen, wie immer, sehr sachlich zu sein, Kollege Prattes nämlich, (LTAbg. Prattes: „Das ist eine gefährliche Drohung!“ – Heiterkeit bei der SPÖ)

Nein, du wirst sehen, wir werden uns in vielen Bereichen finden. Noch dazu auf Grund der Zeitungsäußerungen des Herrn Landesrates. Ich sage, du hast das richtig gesagt heute, da gehört aufgeräumt. Du kriegst von mir heute auch noch ein Weihnachtsgeschenk. (Landesrat Mag. Hirt: „Das sind schon alte Hüte die Weihnachtsgeschenke“) Du wirst dich freuen, weil kurz vor Weihnachten teilt man auch noch Geschenke aus. Aber, ein paar Dinge möchte ich anreißen. Damit ich nicht zu lange werde, es ist schwierig in 20 Minuten alles das zu sagen, was wirklich an Problemen in diesem Untersuchungsausschuss aufgearbeitet wurde. Meine Damen und Herren, ich vergleiche das mit einem Patienten, der zu einer Gesundenuntersuchung geht. (LTAbg. Dipl.Ing. Schleich: „Warst schon lange nicht?“) Jetzt kriegt er mehrere Befunde. Ich gehe Gott sei Dank regelmäßig. Die KAGes ist ja heuer 20 Jahre. Das hat sehr viel mit Prävention auch zu tun, wenn man in jungen Jahren zur Gesundenuntersuchung geht. Jetzt hat man mehrere Befunde und jetzt habe ich zwei Möglichkeiten. Entweder zu reagieren auf die Befunde, oder die Ohren anzulegen und zu sagen: „Mir ist das eigentlich alles wurscht was passiert. Ich mache so weiter wie bisher.“ Das wird zur Folge haben, dass wahrscheinlich am Ende die Kosten enorm ansteigen werden, weil, wenn ich mich an nichts halte, natürlich auch die Kosten für die Behandlungen im Nachhinein sehr teuer werden. Daher entscheiden wir uns von der ÖVP für den ersteren Weg, nämlich vorher rechtzeitig einzugreifen. Über das Thema rechtzeitig einzugreifen, kann man natürlich auch sehr ausführlich diskutieren, weil nämlich nach 20

Jahren draufzukommen, dass massive Kontrollmängel in der KAGes herrschen im Zusammenhang mit den Bauten, ist ja schon eine Besonderheit, meine Damen und Herren. Es hat diesen Untersuchungsausschuss bedurft, dass man draufgekommen ist, dass man eigentlich wesentliche Kontrollmechanismen in dem Unternehmen nicht hat. Um das ein bisschen plausibel zu machen um welche Größenordnungen wir heute diskutieren. Die KAGes verbaut und der Herr Dipl.-Ing. Raiger sitzt hier, hat ja selber in einem Vortrag in Wien einmal gemeint, dass die KAGes pro Jahr 100 Millionen Euro verbaut, meine Damen und Herren. Das sind weit über 1 Milliarde Schilling. Eine riesen Größenordnung, nämlich auch ein wichtiger Impuls für unsere Wirtschaft. Gemeinsam haben wir ja dieses Projekt beschlossen. Und dann kommt noch dazu, dass für das LKH 2000, das ja bekanntlich 1994 beschlossen wurde und mit Ende 2007 zu Ende geht, noch einmal 700 Millionen Euro (über 9 Milliarden Schilling Investitionssumme) für die steirischen Spitäler investiert werden bzw. wurden. Meine Damen und Herren, eine Größenordnung, die in Wahrheit unvorstellbar ist, wenn man sich das nicht genau anschaut bzw. wenn man nicht ein paar Vergleiche hernimmt.

Ich sage noch einmal, 100 Millionen Euro pro Jahr sind umgerechnet 500 Einfamilienhäuser zu je 200.000,-- Euro, meine Damen und Herren. (*LTabg. Kröpfl: „Da kannst keine Patienten unterbringen!“*) Und das seit 20 Jahren, Kollege Kröpfl. Das ist eine ordentliche Stadt inzwischen, was gebaut wurde. Ich sage noch einmal dazu, die Kritik ist, dass für solche Summen bzw. Investitionssummen kein adäquates Kontrollsystem stattgefunden hat.

Das ist der Punkt! (*Beifall bei der ÖVP*) Das sollte man nicht verwechseln. Wir kritisieren nicht, dass es gebaut wurde, sondern dass es für solche Größenordnungen kein adäquates Kontrollsystem gegeben hat. Das ist in Wahrheit der Skandal in dem Zusammenhang, meine Damen und Herren. Oder man kann auch sagen, 5.000 VW-Golf zu je 20.000,-- Euro sind das pro Jahr. Da würde sich Magna Steyr sehr freuen, wenn allein die KAGes alle Jahre 20.000 PKW kaufen würde. Die haben übrigens ein ausgeklügeltes System im Kontrollbereich in der Industrie. Oder, was sehr aktuell ist, Kollege Zenz, man könnte mit diesen 100 Millionen Euro pro Jahr, was von der KAGes verbaut wird, übrigens zu 100 % Steuergelder, könnte man 20 BAWAG-Penthäuser zu je 470.000,-- Euro kaufen.

Möglicherweise gibt es gar nicht mehr solche Gewerkschaftsbonzen, die das brauchen, aber man könnte 20 Penthäuser kaufen mit dieser Summe, meine Damen und Herren! (*LTabg. Kaufmann: „Sehr sachlich, sehr sachlich!“*) Kollegin Kaufmann, gibt es ein Problem? (*LTabg. Kaufmann: „Ich sagte sehr sachlich“*) Nein! Kollegin Kaufmann, es gibt kein Problem!

20 Penthäuser zu je 470.000,--, das ist ungefähr die Größenordnung der Gewerkschaft.

Und zum Schluss ein Vergleich noch: Die Plabutschröhre, die seinerzeit gebaut wurde, hat genau 1,2 Milliarden Schilling gekostet. Das heißt, einmal die Investitionssumme der KAGes ist eine Plabutschtunnelröhre. Das heißt, ohne Kontrolle, und wenn man sich anschaut, welche Kontrollsysteme

die ASFINAG und derartige Betriebe haben, dann muss ich sagen, höchste Zeit, dass man im Bereich der KAGes in dem Zusammenhang was tut.

Und ich sage noch etwas dazu, weil auch behauptet wurde von Ihnen, Herr Landeshauptmann, bei der Befragung, 98 % sind eigentlich eh in Ordnung, nur die zwei Prozent sind ein Problem, darf ich Sie insofern korrigieren, dass das LKH-West die erste Expostkontrolle im Baubereich überhaupt war, meine Damen und Herren. Die erste Expostkontrolle eines Baues des Landesrechnungshofes in der ganzen 20-jährigen Laufzeit. Daher kann man nicht davon reden, dass zwei Prozent nicht in Ordnung sind, sondern man muss umgekehrt sagen, möglicherweise sind 98 % nicht in Ordnung und das muss man sich genau anschauen. Und ich denke, dass das auch in Ihrem Interesse liegt, weil letzten Endes Sie dafür auch die Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, es gibt natürlich – und der Kollege Hagenauer hat das schon angerissen – eine politische Verantwortung. Und die Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist ja politische Verantwortung festzustellen. Und meine Damen und Herren, seit Menschengedenken ist zwar ein bisschen übertrieben, aber seit weit über 50 Jahren liegt das Spitalsressort in SPÖ-Händen. (*LTAbg. Stöhrmann: „Gott sei Dank!“*)

Na, ob das so Gott sei Dank ist, kann ich nicht behaupten, Kollege Stöhrmann, weil ich gerne den Vergleich antreten würde, (*LTAbg. Böhmer: „Gott sei Dank!“*) wenn es einmal ein anderer hätte. Es würde sich massiv verbessern im weiten Bereich, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Und weißt du, wenn man sich im Jahr 1994 abfeiern lässt, endlich grünes Licht für neun Milliarden Investitionen, und das haben damals ausschließlich nur der Herr DDr. Schachner und der Herr Landesrat Ressel und der Herr Lazina und der Herr Klima erreicht, dass das umgesetzt wird, dann muss man sich auch gefallen lassen, wenn dann die Dinge nicht in Ordnung sind und wenn man viel, viel Kritik einstecken muss. Dann ist man auch für die Kritik zuständig, nicht nur für die Eröffnungen, sondern auch für die Missstände, die es im Zusammenhang mit der Investition von neun Milliarden Schilling gegeben hat. Man muss kritikfähiger werden in der SPÖ, meine Damen und Herren. Es ist zuwenig, immer zu sagen, für die Kritik bin ich nicht zuständig, ich bin nur für den Teil zuständig, der lustig ist und der klass ist. Und im Vergleich, weil wir später auch den Herberstein-Untersuchungsausschuss diskutieren, meine Damen und Herren, ist ja das, was im Herberstein-Ausschuss passiert ist, eh auch zuviel, sage ich dazu. Aber es ist in Wahrheit ein Lercherl zu dem, was in der KAGes passiert ist. Das ist das Problem, es ist ein Lercherl, es ist ein kleiner Vogel. Es ist ein kleiner Vogel im Zusammenhang mit dem Tiergarten gegenüber der KAGes.

Und der Kollege Hagenauer hat schon auch angeschnitten, das System ist ja auch sehr berühmt geworden, da gibt es ja Vergleichsmöglichkeiten. Man hat in der KAGes eine Bausumme X genommen, hat dann eine Zuschlag gemacht, weil man natürlich im Voraus geplant hat und den Zuschlag hat man so hoch

angesetzt, dass man eigentlich immer wieder unter der Latte durchgefahren ist. Das heißt, sprich, man hat diese Höhe nie überschritten. Daher haben alle Gremien gesagt, na hurra, wie toll und wie gut wir sind, weil wir übersteigen nie die vorkalkulierten Kosten, denn wir sind immer drunter. Da hat es dann in der Projektkontrolle jedes Mal vom Landesrechnungshof – es ist ja inzwischen bekannt, was Projektkontrolle und Projektabwicklungskontrolle ist – Herr Kollege Prattes, du kriegst von mir aus der Perlenreihe so ein Bücherl, wo das drinnen steht, genau definiert ist – aber inzwischen sind wir darauf gekommen, dass das klar ist, dass das nicht die Kontrolle ist, die man sich vorstellt in einem Zusammenhang für eine Bauabwicklung, für einen Bau in dieser Größenordnung. Und dafür gibt es eine klare Verantwortung.

Meine Damen und Herren, die beiden Rechnungshöfe haben kritisiert, dass sich die KAGes im Zusammenhang mit LKH-West, wir reden ja vom LKH-West, massiv Dritter bedient hat. Die KAGes hat eigentlich alles ausgelagert. Das heißt, wenn ich heute ein Häusel baue und ich habe möglicherweise soviel Geld wie die KAGes, nämlich im Verhältnis, dann brauche ich auch selber nichts mehr tun, weil dann übergebe ich alles dem Baumeister. Ich darf mich dann nur nicht wundern, dass am Ende des Weges die Kosten exorbitant hoch sind, wenn ich nicht selber massiv eingreife und schaue, dass das, was ich will, auch umgesetzt wird. In dem Zusammenhang hat die KAGes beim LKH-West sich massiv Dritter bedient. Und ich sage das als Beispiel. Da gibt es ein Organigramm. Das Land Steiermark hat mit der Republik Österreich einen Vertrag gemacht, die KAGes hat das ausgeführt. Was hat die KAGes selber gemacht in dem Fall? Gar nichts, weil sie hat die Generalplaneraufgabe vergeben, sie hat die öffentliche Bauaufsicht vergeben und sie hat die Bauunternehmen natürlich auch vergeben. Es hat keine Wahrnehmung von Bauherrenaufgaben gegeben. Das wurde vom Rechnungshof – *(LTAvg. Stöhrmann: „Herr Kollege Bacher?“)* Kollege Stöhrmann, bitte? *(LTAvg. Stöhrmann: „Hast du das Taferl, damit du in das Bild kommst?“)*

Nein, das habe ich, um es dir zu zeigen, weil du es bis heute noch nicht verstanden hast, was das Problem ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Weißt du, was das Problem ist? *(LTAvg. Stöhrmann: „Vielleicht war ich schon zu lange dort!“)* Nein, wir brauchen uns ja gegenseitig nicht anagtieren. Das Problem ist, ich will dir nur zeigen und dokumentieren, wo das Problem liegt, nämlich dass alles an Dritte vergeben wurde. Und das ist das Problem. Die Wahrnehmung der Bauherrenaufgabe ist Aufgabe, ureigenste Aufgabe der KAGes und der dort zuständigen Vorstände, meine Damen und Herren. Ich kann nicht alles auslagern und dann sagen, eigentlich bin ich nicht schuld, das haben alles die anderen gemacht. Und die Schuld haben immer die anderen. Es ist in Klammer dazuzusagen, dass der Aufsichtsrat ja natürlich auch eine Besonderheit dargestellt hat. Auch dort war man sich nicht ganz klar, was ist Projektkontrolle, was ist begleitende Kontrolle und, und, und. Jeder hat sich immer auf den anderen verlassen und am Ende sind wir dort hingekommen, wo wir heute sind, nämlich dass der zuständige Landesrat massiv eingreifen muss und

sagt, bitte, wir brauchen ein Kontrollsystem. Ich sage es noch einmal, bei einer Bausumme von jährlich 100 Millionen Euro, meine Damen und Herren, weit über 1,3 Milliarden Schilling, was Jahr für Jahr mit Steuermitteln verbaut wird und heute, nach 20 Jahren, diskutieren wir, welche Kontrollmechanismen einzuführen sind. Das ist eine besondere Herausforderung, nämlich an diese ganze Institution. (*LTAvg. Mg. Drexler: „Wie beim Konsum!“*)

So wie beim Konsum! (*LTAvg. Stöhrmann: „Christopher, ein Gedächtnis wie ein Elefant!“*) BAWAG lässt schön grüßen auch in dem Zusammenhang.

Das heißt, es wurde alles, was möglich war, ausgelagert. Und es wurde immer auch diskutiert, welche Schäden hat es denn eigentlich gegeben. Es gibt ja keinen Schaden. Es ist ja kein Schaden festzustellen, meine Damen und Herren!

Im Zuge des Untersuchungsausschusses sind wir allerdings draufgekommen, dass es natürlich einen bezifferbaren Schaden derzeit in der Höhe von 8,37 Millionen Euro gibt. (*LTAvg. Mag. Drexler: Wahnsinn!*) Das ist nicht so gering. 8,37 Millionen Euro ist zurzeit der bezifferbare Schaden. Ich möchte gar nicht eingehen auf die ganze Situation der Statik, ist ja nachzulesen auch im Untersuchungsausschuss. Ich meine, es ist grob fahrlässig, dass man in einem Baubereich, wo man feststellt, es gibt Risse, dass die Tragfähigkeit nicht gegeben ist, und das man bei vollem Betrieb so lange zuschaut, bis der Rechnungshof kommt und sagt, „Freunde, da müsst ihr was tun“.

Inzwischen hat man dann irgendwelche Unterpolsterungen gemacht, damit dass nicht alles runter fällt. Und dann haben wir im Ausschuss diskutiert, was Newtonmeter sind, so heißt das glaube ich, (*LTAvg. Stöhrmann: „Nicht einmal du weißt das nach einem halben Jahr!“*) die Tragfähigkeit wird nach dem gemessen und wir haben dann sehr lang und sehr ausführlich darüber diskutiert, was null ist. Nämlich, null ist nichts. Und unter diesen Bedingungen wurde dort auch, meine Damen und Herren, gebaut. Abgesehen davon vom Bietersturz. Ich meine, das ist ja hinlänglich bekannt. Man hat so quasi den Billigsten genommen und hat dann festgestellt, dass es eigentlich der Teuerste ist. Man hat Mehr- und Überzahlungen gemacht. Zum Aufsichtsrat bin ich schon gekommen und ich denke, dass auch in der Richtung massiv eingefordert werden muss. Es sitzen ja auch Aufsichtsräte hinten. Dass die Aufgabe des Aufsichtsrates genau das ist, nämlich was der Herr Landesrat jetzt auch einfordert, mehr in dem Bereich aktiv zu werden, meine Damen und Herren. Und ich sage noch einmal, die Eigentümerverantwortung ist klar zugeordnet. Beginnend bei Dieter Strenitz bis herauf zum Helmut Hirt. Der rote Faden zieht sich durch. Die KAGes muss sich selber natürlich auch mehr an Kontrollinstrumenten geben. Meine Damen und Herren, es ist heute schon über Korruption geredet worden und es ist ja auch interessant, der Kollege Christopher Drexler und ich wurden geklagt und Gott sei Dank ist das im Moment ausgesetzt, wir haben genau das gesagt bei der Pressekonferenz, was heute im Entschließungsantrag der SPÖ drinnen steht. Nämlich, wir haben hingewiesen auf diese Arbeitsgruppe gegen Korruption, dass man alles unternehmen

muss, ohne jemanden zu verdächtigen, dass so etwas nicht stattfinden kann. (LTAvg. Prattes: „*Hat aber damals ganz anders ausgesehen!*“) Bitte. (LTAvg. Kröpfl: „*Damals habt ihr es eindeutig ausgesprochen!*“)

Nein, nein, Moment einmal, wir haben darauf hingewiesen was in der Arbeitsgruppe steht. Das ist inzwischen bekannt. Ich möchte nur festhalten, das Wort Korruption enthält ja eine Menge von Dingen. Das möchte ich schon sagen, dass die Formen der Korruption natürlich irrsinnig weit und irrsinnig groß sind. Es beginnt bei anbieten, versprechen, von gewähren eines Vorteils über Bestechung, Schmiergeldzahlung, Ämterkauf und Stimmenkauf, meine Damen und Herren. Es gibt eine passive Form, von Vorteilsannahme bis zur Bestechlichkeit. (LTAvg. Böhmer: „*Duden oder Wörterbuch?*“) Es gibt weitere Formen. (LTAvg. Böhmer: „*Dann nimm das Österreichische Wörterbuch!*“) Ich habe mir das aus dem Duden herauskopiert, damit ich nicht etwas Falsches sage. Von Unterschlagungen bis zu Klientelismus usw. Ich sage nur, für uns und für unsere Fraktion ist völlig klar, dass alles getan werden muss, damit solche Dinge ausgeschaltet werden können. Und dass man sich nicht den Vorwurf gefallen lassen kann, dass man nicht Vorsorge getroffen hat, dass man dementsprechende Kontrollmechanismen und dergleichen eingeführt hat und jetzt nach 20 Jahren draufkommt, meine Damen und Herren, dass man in dem Zusammenhang massive Versäumnisse hat. Dafür ist die Sozialdemokratie verantwortlich. (Beifall bei der ÖVP)

Herr Präsident, damit ich meine Zeit nicht überschreite, ich habe noch zwei Minuten und ich werde das relativ kurz machen. Aber nach dem wir kurz vor Weihnachten sind, Herr Landesrat, möchte ich dir auch ein Geschenk überreichen. Es heißt im Volksmund, am Heiligen Abend ist eine Bescherung. Wenn man Packerl aufmacht ist es eine Bescherung. Ich könnte das heute ... (Landesrat Mag. Hirt: „*Bin wehrlos!*“) Horch einmal zu. Wenn du ein bisschen mehr zuhören würdest, könnten wir uns viele Äußerungen ersparen, die dann im Nachhinein als zutreffend sich herausstellen. (LTAvg. Stöhrmann: „*Das ist sehr sinnvoll, die Schachtel!*“)

Kollege Stöhrmann, du kriegst kein Packerl. Ich weiß schon, du bist ein bisschen eifersüchtig. Aber das Packerl kriegt der Herr Landesrat Hirt. (Landesrat Mag. Hirt: „*Ist das eine Blackbox?*“) Es gibt die Bescherung am Heiligen Abend und wir sagen im Volksmund „eine schöne Bescherung“, wenn was nicht passt. Das habe ich damit auch gemeint im Zusammenhang mit KAGes und seinen Vorkommnissen bei der Abwicklung. Herr Landesrat, ich gebe dir so quasi ein Glas, mit dem du genauer hinschauen kannst. Es ist eine Lupe. Nicht einmal so eine kleine. Ich bitte dich mit der genauer hinzuschauen in Zukunft. (Beifall bei der ÖVP) Herr Landesrat, ich gebe dir auch zwei Arbeitshandschuhe. Ich weiß nicht ob du das kennst. (Landesrat Mag. Hirt: „*Mehr als du glaubst!*“) Hast du einmal Häusl gebaut? (LTAvg. Tromaier: „*Dein Geschenk passt eher in den Fasching hinein!*“) Aber ich bitte dich, zuzupacken bei diesen Dingen. Nein, zuhören. (LTAvg. Tromaier: „*Ich höre schon zu!*“) Meine Damen und Herren, ich weiß, dass das

dich ärgert. Der Arnold Schwarzenegger ist in Kalifornien einmal gestanden und hat einen Besen in der Hand gehabt. Er hat gesagt, er möchte da ordentlich aufräumen. Ich gebe dir einen Bartwisch, das ist nicht so brutal. Aber es wäre wichtig, dass du auch mit dem ein bisschen zusammenräumen würdest im Sinne einer positiven Entwicklung für die KAGes und die steirischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Danke. (LTAbg. Stöhrmann: „Heute kommst aber sicher in das Fernsehen! – LTAbg. Riebenbauer: „Wie der Schelm denkt, so handelt er auch!“ - Beifall bei der ÖVP – 9.56 Uhr)

Präsident: Meine Damen und Herren, als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Prattes (9.56 Uhr): Was soll ich jetzt sagen, Herr Kollege Bacher. Wie immer sachlich.

Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, verehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich die beiden Vorredner so verfolgt habe, dann hat sich also ein roter Faden durchgezogen. (LTAbg. Gödl: „Ja, ja!“) Man hat es relativ lustlos heruntergebetet, weil man der Meinung war, es war nichts in diesem Untersuchungsausschuss was sich lohnt wirklich so auf die große Glocke zu hängen. (LTAbg. Mag. Drexler: „Manchmal hilft es nicht, wenn man es vorher aufschreibt!“)

Meine Damen und Herren, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist das schärfste Mittel des Landtages zur Aufklärung vermuteter oder behaupteter Unregelmäßigkeiten und wird daher naturgemäß nicht sehr oft eingesetzt. Es wird auch in der Geschichte des Steirischen Landtages nicht sehr oft vorgekommen sein, dass gleich zwei derartige Ausschüsse beschlossen wurden und heute liegen die Schlussberichte dem Landtag vor und bilden somit den Abschluss einer intensiven, mehrmonatigen Ausschussarbeit. In der Sonntagsausgabe der Kleinen Zeitung konnten wir sogar die Anzahl der Ausschussstunden lesen, die jedoch nur teilweise – und das sage ich wirklich aus vollster Überzeugung – den Arbeitsaufwand und –umfang wiedergibt. Aber, meine Damen und Herren, das ist mir wichtig gleich zu Beginn zu sagen. Es war äußerst bedauerlich, dass bereits vor Beginn der Ausschussarbeit von Vertretern der ÖVP der Verdacht auf Korruption und Parteienfinanzierung öffentlich geäußert wurde und auch der Ausschussvorsitzende Hagenauer in dasselbe Horn stieß. Ich nehme für unsere Fraktion in Anspruch, dass wir von Anfang an mit Einsatz und großem Ernst an die Arbeit gegangen sind. (LTAbg. Mag. Drexler: Erich, von Parteienfinanzierung haben wir nie etwas gesagt!“) Dies vor allem auch deshalb, (LTAbg. Kröpfl: „Lies in der Kleinen Zeitung nach“) um den bereits im Vorfeld geäußerten Vorwürfen und Verdächtigungen gründlich nachzugehen und wenn vorhanden, sie vollständig aufzuklären. Und, lieber Kollege Christopher Drexler, der Kollege Bacher hat ja schon ganz anders gesprochen, wie es in der Pressekonferenz von euch geklungen hat. Das möchte ich nur anfügen. Meine

Damen und Herren, ich möchte auch hier meinen Kolleginnen und Kollegen und den Mitgliedern unseres Landeskubs, den Mitarbeitern sehr herzlich danken für die Arbeit, für die wirklich große hervorragende Arbeit. (*Beifall bei der SPÖ*) Dass durch dieses offensichtlich vorprogrammierte und vorgenommene Ergebnis eine vorurteilsfreie, unter Fakten aufbauende Arbeit nicht nur erschwert, sondern nahezu verunmöglicht wurde, versteht sich von selbst. Wir waren daher besonders daran interessiert in den Befragungen der zahlreichen Zeugen, gerade diese von der ÖVP und den Grünen geäußerten Vorwürfe nicht nur anzusprechen, sondern ausdrücklich darauf einzugehen und immer wieder nachzufragen.

Und wie sich dabei herausgestellt hat, haben weder die Befragungen von Vertretern der Baufirmen und Projektanten als auch von Organen der KAGes und der aktiven und ehemaligen Mitglieder der Landesregierung irgendeinen diesbezüglichen Hinweis erbracht. Festhalten möchte ich auch, dass es nicht unser Auftrag war, über die Qualität von verwendeten oder nicht verwendeten Materialien, über die Anzahl der Steckdosen oder Waschbecken zu befinden oder die verrechneten Massen bzw. durch während des Baues erfolgte Umplanungen entstandenen Kostenänderungen zu diskutieren. Schlussendlich, meine Damen und Herren, lautete der Beschluss des Landtages vom 14.03.2006 auf Klärung der politischen Verantwortung. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Das hättest im Herbersteinausschuss erst hören müssen!“*)

Du kannst dich dann zu Wort melden, Christopher. In einer überaus dichten Zeugenliste und einer quantitativ überaus großen Anzahl an ständig bei den Sitzungen anwesenden Experten sowohl vom Bundes- als auch vom Landesrechnungshof konnten sich alle Ausschussmitglieder ein abgerundetes Bild über dieses Großbauvorhaben, welches eine qualitativ hoch stehende medizinische Versorgung unserer Bevölkerung sichert, machen. Im Zusammenhang mit der politischen Verantwortung ist es besonders wichtig darauf hinzuweisen, dass es eine eindeutige Regelung gibt, dass das operative Geschäft ausschließlich in der Verantwortung der KAGes liegt. Dies betrifft vor allem auch die Auftragsvergabe, wo sich der Aufsichtsrat bereits in den frühen 90er Jahren nach Aussage des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Jud darauf geeinigt hat, dass dies eine ausschließliche Kompetenz des KAGes-Vorstandes bzw. der vom Vorstand ermächtigten Mitarbeiter ist. Weisungen bzw. Aufträge des Eigentümerversreters an die KAGes erfolgten stets über Beschluss der Landesregierung, der bis Oktober 2005 einstimmig gefasst werden musste. Grundsätzlich, meine Damen und Herren, ist festzuhalten, dass der Bau des LKH 2000 für die Steiermark auf Grund der mit dem Bund bezüglich der Kostenteilung erzielten Einigung ein sehr positiver war. Wie sowohl der Bundes- als auch der Landesrechnungshof festgestellt haben – und es wurde immer wieder erwähnt und ist überall nachzulesen – wurde der Bau innerhalb der vorgeschriebenen Zeit und innerhalb der prognostizierten Kosten, die laut Aussage des Vertreters des Wissenschaftsministeriums, Sie erinnern sich noch, das war der Herr Mag. Richard Fritsch, seitens des Bundes auf ihre Plausibilität geprüft wurden, abgeschlossen. Alles was hier mit „die Latte so hoch legen, dass man locker durchrutscht“, glaube ich, würde eher ein schlechtes Bild

sowohl auf den Landesrechnungshof werfen, der ja auch diese Kosten vorher sich angeschaut hat, als auch bitte schön auf die Experten in den Ministerien werfen, die genau diese Kosten auf ihre Plausibilität überprüft haben. Und insgesamt, das wollen Sie ja nicht hören, wurden die Gesamtprojektkosten, was das LKH West betrifft, sogar um 4 % unterschritten.

Die umfangreichen – und das ist auch wichtig, das muss man immer wieder sagen – Vertragsbestimmungen sahen einerseits einen genauen Bauzeitplan vor, andererseits war auch die notwendige Umsiedelung einzelner klinischer Abteilungen notwendig, die nicht mehr dem geltenden Stand der Technik entsprachen. Dadurch ergab sich ein großer Zeitdruck. Dadurch kam es auch, und das soll man gar nicht verschweigen, bei manchen Vergabeverfahren zu Fehlern, die durchaus systembedingt waren. Aber warum, meine Damen und Herren? Durch die restriktive Festlegung des Anteiles der Baunebenkosten für die von der KAGes erbrachten Leistungen musste – ich wiederhole – musste die KAGes viele Leistungen fremd vergeben. Im Zuge der Zeugenbefragungen wurde immer wieder – und das wurde heute auch schon angesprochen – von den verschiedensten Befragten festgestellt, und meine Damen und Herren, das ist kein Hobby von mir, das hat sich durchgezogen, möchte noch einmal den roten Faden erwähnen, dass offensichtlich die vorhandenen Kontrollinstrumente entweder falsch verstanden oder nicht richtig interpretiert wurden. Es haben sich die Begriffe „Projektkontrolle“, „Projektabschlusskontrolle“, „begleitende Kontrolle“ durch die ganzen Befragungen durchgezogen. Meine Damen und Herren, es war auffallend, dass diese Begriffe sowohl innerhalb der KAGes als auch bei den Baufirmen, aber auch im Ministerium anders verstanden bzw. ausgelegt wurden. Ich möchte schon dem Herrn Kollegen Hagenauer sagen, er zitiert da eine Sitzung aus dem Jahr 1999, die der damalige für das Spital zuständige Landesrat Dörflinger über Kontaktnahme mit dem Direktor des damaligen Landesrechnungshofes Grollitsch veranlasst hat, dort war das Ergebnis sehr wohl und das ist ja auch schriftlich dokumentiert, dass gerade bei dieser Besprechung sich Vertreter der KAGes und des Landesrechnungshofes genau geeinigt haben und festgelegt haben, wer macht etwas. Also man kann nicht jetzt hergehen und sagen, damals ist schon gesagt worden, es gibt keine begleitende Kontrolle. Es ist dort sehr genau festgelegt worden, dass es diesbezüglich kein Manko gibt. Das soll man durchaus dazu sagen. Und meine Damen und Herren, obwohl die KAGes über mehrere interne und externe Prüfinstanzen verfügt und auch der Landesrechnungshof sowie Ernst & Young als externe Prüfer tätig waren und nach Aussagen diverser Aufsichtsratsmitglieder keine Mängel in der Prüftätigkeit feststellten, wenn man also pauschal den Aufsichtsrat hier kritisiert, ich glaube, die Herren werden sich bedanken, wenn das so gemacht wird, haben sich – und es hat dann die Sonderprüfung des jetzigen Aufsichtsrates ergeben – einige Verbesserungsnotwendigkeiten herausgestellt. Es hat – und das möchte ich hier durchaus anführen – der Aufsichtsrat als Resümee seiner internen Sonderprüfung festgestellt, der Vorstand hat nicht ausreichend dafür gesorgt, dass ein umfassendes geschlossenes und die begleitende Kontrolle

garantierendes Projektüberwachungssystem geführt wird. Es wird aber auch notwendig sein, dass das Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz im Hinblick auf den Inhalt der Kontrolle von Landesunternehmen durch den Landesrechnungshof inhaltlich genauer definiert wird. Und wir meinen, einen zusätzlichen Weg würde die mögliche Übernahme des vom Vertreter des Bundes genannten Innsbrucker Modells darstellen. Meine Damen und Herren, die konstruktive Mitarbeit unserer Fraktion unterstreicht die Ausarbeitung eines umfangreichen eigenen Schlussberichtes. Es befremdet daher – und das muss ich schon noch einmal sagen – umso mehr, dass der Herr Ausschussvorsitzende Hagenauer nicht bereit war, eine Diskussion über unseren Bericht zuzulassen, sondern lediglich seinen sehr einseitigen Bericht zur Diskussion stellte und dort nur kleine marginale Änderungen zuließ. Auch der von uns eingebrachte Abänderungsantrag erfuhr das gleiche Schicksal. Diese Vorgangsweise ist aber wiederum nicht überraschend, wenn – wie von mir eingangs erwähnt – bereits vor Beginn des Untersuchungsausschusses eine vorgefasste Meinung besteht, die der Vorsitzende öffentlich so begründete: „Ich bin seit zwei Jahren an dieser Sache dran, da stinkt es und ich werde diese Unregelmäßigkeiten aufzeigen“. Herr Hagenauer versuchte mit allen Mitteln Malversationen nachzuweisen, was – wie alle Zeugenaussagen ergaben – ohne Erfolg geblieben ist. Er scheut sogar nicht davor zurück, Aussagen aus dem nicht öffentlichen Teil des Untersuchungsausschusses in seinen Schlussbericht aufzunehmen. Und eine von uns eingeholte Stellungnahme unseres Rechtsberaters kommt zum eindeutigen Schluss, dass bei sinngemäßer Anwendung der Strafprozessordnung – und die gilt für Untersuchungsausschüsse des Landtages – der § 230a StGB Folgendes regelt und hier zitiere ich: „Soweit die Öffentlichkeit einer Verhandlung ausgeschlossen worden ist, ist es untersagt, Mitteilungen daraus zu veröffentlichen“. Ende des Zitates. Im Gegensatz zur von Herrn Abgeordneten Hagenauer mittels Presseaussendung geäußerten Sorge haben wir klargestellt, dass wir diesbezüglich keinen Rechtsweg bestreiten werden. Wir wollten aber lediglich Klarheit darüber bekommen, ob diese Vorgangsweise rechtens ist oder nicht. Wie unser Rechtsberater sagt, ist das eindeutig nicht der Fall. Abschließend meine Damen und Herren möchte ich folgendes Resümee ziehen. Es konnte keinerlei politische Verantwortung für angebliche Missstände beim Bau des LKH 2000, LKH West festgemacht werden. (*LTA*bg. *Hamedl*: „*Typisch!*“) Es gibt weder Korruption noch illegale Parteienfinanzierung. Das Projekt LKH 2000 wurde innerhalb der vorgegebenen Zeit abgewickelt. Die vorgegebenen bzw. prognostizierten Kosten wurden nicht nur eingehalten, sondern sogar unterschritten. Eine Vergabepflicht auf Grund österreichischer Vergabegesetze direkter Anwendbarkeit des EU-Rechts oder verspäteter, oder fehlerhafter Anwendung des EU-Rechtes lag nicht vor. Die getätigte Vergabe der örtlichen Bauaufsicht war daher rechtlich zulässig. Dem Ergebnis der internen Sonderprüfung Rechnung tragend, sind in der KAGes die interne Revision zu verbessern. Eine eigene Controllingabteilung für Bauvorhaben einzusetzen und das operative Tagesgeschäft und Abteilungen strikt von Kontrolltätigkeiten zu trennen. Und schlussendlich, die KAGes ist aufzufordern, alle rechtlichen Möglichkeiten

auszuschöpfen, um allfällige Schäden für das Land Steiermark im Zusammenhang mit dem LKH West auszuschließen. Meine Damen und Herren, ich bedauere, dass es trotz unseres Bemühens nicht möglich war, einen gemeinsamen von allen Parteien getragenen Endbericht einzubringen, was schlussendlich vor allem durch die Bestemmhaltung des Ausschussvorsitzenden verursacht wird. In unserem Entschließungsantrag werden sie sehen, dass bei einigem guten Willen zur Konsensbereitschaft eine Einigung möglich gewesen wäre. Lieber Kollege Bacher, das was in unserem Entschließungsantrag drinnen steht, war genau der Sukkus unseres Schlussberichtes bzw. in dem Abänderungsantrag. D.h., wir haben nicht von eurem Antrag gelernt, sondern wir haben sehr konstruktiv erkannt, wo etwas zu tun wäre. Also, könntet ihr diesem Antrag sehr wohl zustimmen. Ich möchte aber eines, bevor ich zum Schluss komme, durchaus gerne sagen, meine Damen und Herren. Es geht nicht darum, immer zu kritisieren, sondern es ist hier auch der Platz den vielen Tausenden Mitarbeitern in den Spitälern und in der KAGes für ihre Tätigkeit zum Wohle der Steirerinnen und Steirer herzlich zu danken. *(Beifall bei der SPÖ)* So kann ich, meine Damen und Herren, zum Schluss nur ein Fazit daraus ziehen: Viel Lärm um Nichts. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ – 10.14 Uhr)*

Präsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Kasic (10.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man Kollegen Prattes jetzt da zugehört hat und vor allem sein Resümee, dann kommt man ja fast zur Auffassung, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses wirklich umsonst war und viel Lärm um nichts. Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren. Der Untersuchungsausschuss hat ganz, ganz deutlich und sehr genau den Finger auf jene Wunden gelegt, die es gilt endlich zu heilen. Er hat genau dort hingewiesen und Problemfelder aufgezeigt, die jahrelang in der Verantwortung eines sozialdemokratischen oder mehrerer sozialdemokratischer Landesräte gelegen sind und die bisher nicht in Angriff genommen wurden und wo man bisher sich sozusagen geweigert hat irgendetwas zu tun. Nach dem Motto: Kopf in den Sand gesteckt, wird schon nichts passieren. Wir wollen einen anderen Weg gehen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Und es ist erfreulich, zumindest das einzig Positive, dass Kollege Prattes nun erstmals, denn im Untersuchungsausschuss hat sich das etwas anders angehört, Fehler zugegeben hat, die passiert sind. Du hast wörtlich gesagt, es gibt Fehler oder es hat Fehler gegeben im Vergabeverfahren. Und die Kontrollmechanismen wurden falsch interpretiert oder falsch verstanden. Aber meine Damen und Herren, in Wirklichkeit ist das Ergebnis des

Untersuchungsausschusses und vor allem was auch der Schlussbericht zeigt, ein viel tiefer gehendes. Und es hat, wie Kollege Prattes richtig angemerkt hat, schon im Vorfeld begonnen. Eigentlich verdanke ich es ja der SPÖ, dass ich ordentliches Mitglied dieses Untersuchungsausschusses bin. Aber mein Dank hält sich sehr in Grenzen, denn sie können sich alle noch an diese unrühmliche Vorgangsweise der sozialdemokratischen Fraktion bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses erinnern, wo Demokratie mit Füßen getreten wurde und wo mehrheitlich, unser Klubobmann nicht in diesen Ausschuss gewählt wurde. Eine einmalige Vorgangsweise, die wir bis heute nicht akzeptieren. *(Beifall bei der ÖPV)*

Meine Damen und Herren, in der Sache selbst möchte ich mich der Rolle und Verantwortung oder dem Kapitel Rolle und Verantwortung des Eigentümers widmen, das sehr deutlich eigentlich aufzeigt, dass es gerade im Bereich der Verantwortung des Eigentümers, vertreten durch den jeweiligen Landesrat, größte Missstände gegeben hat. Wenn sie sich dieses Kapitel anschauen, dann zeigt es sehr deutlich, dass alle Zeugen ausgesagt haben, von den Landesräten beginnend bis zu den Mitgliedern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der KAGes, dass es eine komplette Unkenntnis über den Begriff der Projektabwicklungskontrolle gegeben hat. Dass es überhaupt keine Definition in den Köpfen der zuständigen Landesräte gegeben hat, was denn diese Projektabwicklung sein kann. Ja, dass Sie sogar zugegeben haben, dass Sie eigentlich nicht genau wissen, was damit gemeint war. Sie haben selbst etwas interpretiert und letztendlich damit immer wieder Verantwortung abgeschoben. Verantwortung, die Sie als Eigentümer einer GmbH wahrzunehmen gehabt hätten. Und das ist ja auch der Unterschied zu einer Aktiengesellschaft, dass gerade im Gesellschaftsrecht dieser Bereich des Einflusses oder der Einflussmöglichkeit des Eigentümers eine deutlich höhere ist als in etwa einer Aktiengesellschaft und die Eigentümervertreter in der KAGes eigentlich diese Verantwortung überhaupt nicht wahrgenommen haben. Besonders deutlich wurde eigentlich auch diese Fehlinterpretation dieser Projektabwicklungskontrolle hinsichtlich der Kostenentwicklung beim Rohbau dieses LKH West. Meine Damen und Herren, aber was auch besonders war, dass es starke und immer öfter vorkommende Erinnerungslücken gegeben hat. So konnten sich die Eigentümervertreter, also die zuständigen sozialdemokratischen Landesräte nicht erinnern, was sie eigentlich in der Generalversammlung gemacht haben. Landesrat Erlitz konnte sich etwa nicht daran erinnern, dass er je Wirtschaftsprüfer bestellt hat, obwohl das nach dem Gesetz ganz eindeutig die Aufgabe der Generalversammlung war. Und überhaupt, meine Damen und Herren, beschränkte sich die Tätigkeit der Landesräte in Reaktion statt Aktion. Sie beschränkte sich eigentlich darauf, wenn irgendwo ein Problem auftauchte, vielleicht zuzuhören, vielleicht hinzuhören und vielleicht etwas anzunehmen. Niemand wollte diese Verantwortung wahrnehmen. Auch das ist ein wesentliches Ergebnis dieses Berichtes und es konnte eigentlich im Untersuchungsausschuss der Eindruck gewonnen werden, dass letztendlich niemand, nämlich niemand verantwortlich für das Funktionieren dieser KAGes ist. Der Eigentümervertreter hat das auf den Aufsichtsrat und die Vorstandsdirektoren, wobei sie mir gestatten

diese Anmerkung, dass es schon erstaunlich ist, dass wenn hier der Steiermärkische Landtag oder Landtag Steiermark – wie es jetzt neu heißt – über ein Unternehmen mit 16.000 Mitarbeitern diskutiert, der zuständige Vorstandsdirektor Hecke nicht einmal anwesend ist.

Dass also sozusagen niemand, dass also der zuständige Vorstandsdirektor, (*LTAvg. Kröpfl: „Gibt es nur einen Vorstandsdirektor? Gibt es nur einen?“*) der dafür zuständige, für das Finanzwesen zuständige – brauchst die Schuld nicht schon wieder bei anderen suchen (*LTAvg. Kröpfl: „Nein, brauchen wir nicht!“*) – nicht anwesend ist, dass sozusagen für ein klagloses Funktionieren der KAGes die Eigentümerversorger und damit die sozialdemokratischen Landesräte keine Verantwortung übernehmen wollten, meine Damen und Herren.

Und noch etwas hat dieser Untersuchungsausschuss sehr deutlich zu Tage gefördert, nämlich einen mangelnden bis überhaupt nicht vorhandenen Kommunikationsfluss und Kommunikationsprozess. Alle Landesräte und auch Vorstandsdirektor Hecke – und er ist das beste Beispiel dafür – haben ausgesagt, dass es keine fixen Termine gegeben hat, keine Jour Fixe, dass es etwa keine regelmäßigen Treffen gegeben hat zwischen Vorstandsdirektoren, Aufsichtsrat und Eigentümerversorger, dass man sich – ja wenn man sich irgendwo bei einem gesellschaftlichen Anlass getroffen hat – über die Probleme, die der Bundesrechnungshof und in weiterer Folge der Landesrechnungshof aufgedeckt hat, dann darüber unterhalten hat. Meine Damen und Herren, auch das ist ein wirklicher Skandal, dass der Landesrat, wenn der zuständige Landesrat in der Zeitung oder auch hier über Berichte des Rechnungshofes von Missständen in der KAGes erfährt, nicht sofort reagiert hat und gesagt hat, Vorstandsdirektor bitte zu mir, Aufsichtsrat bitte zu mir, was ist hier los, ich möchte Berichte. Vorstandsdirektor Hecke – und das Protokoll ist sehr ausführlich dazu – konnte sich überhaupt nicht erinnern, jemals mit dem zuständigen Landesrat über den Bundesrechnungshof - oder über den Landesrechnungshofbericht diskutierend erörtert zu haben, er konnte sich nicht erinnern, ob es so nebenbei Gespräche gegeben hat. Sehr ausführlich haben wir darüber diskutiert. (*LTAvg. Kröpfl: „Das sind die Erinnerungslücken. Er hat Erinnerungslücken!“*)

Und lieber Herr Klubobmann, genau das sind die Probleme, die großen Erinnerungslücken, die hier geherrscht haben, die letztendlich zu den vom Kollegen Bacher als unseren Fraktionsführer mit sehr viel Akribie aufgezeigten Problemfeldern geführt haben.

Meine Damen und Herren, aber auch das jetzige Agieren des Landesrates zeigt nicht unbedingt von Qualität. Wenn man sich etwa die gestrige Presseaussendung zur Hand nimmt und wenn dort steht, dass der Aufsichtsrat bereits beschlossen hat, dass anstelle der bisherigen Bereichsdirektoren künftig Regionaldirektoren die operativen Geschäfte leiten werden oder dass hier von Beschlüssen des Aufsichtsrates gesprochen wird, die er zur neuen Managementstruktur gefasst hat, dann muss man sagen, das ist schlichtweg falsch. Der Aufsichtsrat, Herr Landesrat, hat gestern lediglich einen Bericht zur Kenntnis genommen und zum Zweiten einen Strategieausschuss eingesetzt mit dem Auftrag, sich einfach

neue Dinge zu überlegen und zu erörtern. Es gab keinen einzigen Beschluss darüber, dass es neue Regionaldirektoren geben wird, die die operativen Geschicke lenken werden, es gibt keinen Beschluss so wie sie es hier in ihrer Presseaussendung erwähnt haben, dass sozusagen mit Ausnahme zweier Bereiche alles regional erörtert wird.

Sehr geehrter Herr Landesrat, auch das ist wieder eine Ankündigungspolitik, wo Sie in ihrem letzten Satz dann schreiben: „Dies entspricht meiner Vorgabe, das Unternehmen von innen heraus für das neue Jahrtausend fit zu machen“. Es ist wieder eine Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort und eine Ankündigung, die überhaupt nicht beschlossen ist. Ich darf Sie bitten und einladen, künftig wirklich in Absprache mit den Verantwortlichen in der KAGes, mit den Vorstandsdirektoren und mit dem Aufsichtsrat, ihrer Verantwortung als Eigentümervertreter besser nachzukommen und darf Sie einladen, das was in den vergangenen Jahrzehnten und Jahren vor allem unter ihren Vorgängern an Missständen entstanden ist, tatsächlich mit dem Ihnen überreichten Besen auszukehren.

Danke! (*Beifall bei der ÖVP – 10.24 Uhr*)

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zenz. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Zenz (10.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Zuhörerinnen, werte Zuhörer!

Wenn der Herr Kollege Bacher schon in seiner bekannten fachlichen und sachlichen Art und Weise (*LTAbg. Mag. Drexler: „Wohl?“*) den Entschließungsantrag der SPÖ applaudiert, dann möchte ich ihn natürlich auch sehr, sehr gerne einbringen, damit auch Sie die Möglichkeit haben und dazu lade ich alle Fraktionen ein, diesen Entschließungsantrag, der ja der Sukkus unseres Minderheitenberichtes der SPÖ war, ihre Zustimmung zu geben.

Wir stellen den Antrag: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, dass für alle Unternehmen, an denen das Land Steiermark mehrheitlich beteiligt ist, verbindliche Unternehmenskonzepte in der Satzung verankert und diese Konzepte im Zuge von Beteiligungsmanagements überwacht werden.
Wir stellen weiters den Antrag,
2. dem Landtag einen gesonderten Bericht vorzulegen, inwieweit den Empfehlungen des Sonderausschusses der KAGes sowie den Empfehlungen des Landesrechnungshofes und des Rechnungshofes Rechnung getragen wurde.
3. Weiters stellen wir den Antrag, künftig bei allen Großprojekten des Landes verstärkten Wert auf funktionierende Kontrollmechanismen – Kollege Bacher – im Besonderen auf Indizien für Korruption gemäß dem „Bericht der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Korruption im Vergabewesen“, zu legen,

4. die KAGes zu veranlassen, folgende Maßnahmen zu setzen:
 1. die interne Revision zu verbessern,
 2. eine eigene Controlling-Abteilung für Bauvorhaben einzusetzen und
 3. das operative Tagesgeschäft und Abteilungen strikt von Kontrolltätigkeiten zu trennen,
5. die KAGes aufzufordern alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um allfällige Schäden für das Land Steiermark im Zusammenhang mit dem LKH West auszuschließen,
6. die KAGes aufzufordern eine internationale Benchmark- und Best Practise- Studie zu erstellen, um den Kriterienkatalog für Spitalsbauten auszuarbeiten, damit für zukünftige Projekte eine bessere Vergleichbarkeit von Spitalsbaukosten erreicht werden kann,
7. eine neue zusätzliche Möglichkeit zur Verbesserung der Kontrolle durch die Installierung einer international ausgeschrieben begleitenden Kontrolle analog dem Innsbrucker Modell zu schaffen.

Das ist unser Entschließungsantrag und wir ersuchen alle Fraktionen, dem zuzustimmen.

Zu den anderen Anträgen, Entschließungsanträgen, die auf der Tagesordnung vermerkt sind von der ÖVP Fraktion, möchte ich auch eine Stellungnahme meiner Fraktion abgeben. Nachdem wir dem Mehrheitsbericht nicht unsere Zustimmung geben, ist es keine Überraschung, dass wir den Abänderungsanträgen, die dort sind, auch nicht unsere Zustimmung geben werden.

Zu dem Entschließungsantrag, ein Jahresbericht der Landesregierung über die Schadensersatzforderung im Zusammenhang mit dem Neubau des LKH West werden wir unsere Zustimmung gerne geben.

Zu dem Entschließungsantrag einer weiteren Prüfung der KAGes durch den Rechnungshof möchte ich, nach dem wir recherchiert haben und seit 1995 heute 31 Landesrechnungshofberichte bereits vorliegen, denken wir, dass man damit das Auslangen finden kann und werden wir diesem Entschließungsantrag nicht die Zustimmung geben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ - 10.28 Uhr)*

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Straßberger *(10.28 Uhr):* Verehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, geschätztes Hohes Haus!

Verehrte Damen und Herren, man glaubt, man ist in einer falschen Landtagssitzung, wenn man in diesem Untersuchungsausschuss von Beginn an bis zum Schluss dabei war. Ich darf das aus meiner Sicht hier einmal so sagen her. Und wenn man hier hört, dass alles in Ordnung ist und das ist im Bericht der SPÖ so dargestellt, dass an und für sich hier alles paletti ist.

Werte Damen und Herren, das ist nicht so. Und wenn der Kollege Erich Prattes meint, das ist ein roter Faden, dann kann ich ihm Recht geben und zwar genau bei LKH 2000, sprich LKH West. Aber insbesondere bei der KAGes, verehrte Damen und Herren, ist das ein sozialistisches Netzwerk. *(LTAbg.*

Stöhrmann: „Sozialdemokratie Herr Kollege Straßberger!“) Das ist der rote Faden, der sich hier einfach durchzieht. Das möchte ich einmal sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich werde Ihnen das sozialistische Netzwerk *(LTAvg. Kaufmann: „Sozialdemokratie!“)* sehr vor Augen führen. Verehrte Damen und Herren, die Verantwortungsträger für dieses Bauwerk LKH West, so wurde es uns im Untersuchungsausschuss dargelegt, sind vier Personen. *(LTAvg. Stöhrmann: „Aha!“)* Das war der Dipl.-Ing. Martetschläger, er war zuerst technischer Direktor, dann ist er Vorstandsdirektor geworden. Dann ist der Herr Hecke, er war Finanzdirektor, jetzt ist der auch Vorstandsdirektor geworden. Dann gibt es einen Herrn Landesrat Hirt, der ist für mich überhaupt die „Graue Eminenz“. Das darf ich hier auch sagen, Herr Landesrat, ohne Sie zu beleidigen. Denn Sie waren ursprünglich als Schriftführer, dann sind Sie aufgestiegen zum Aufsichtsrat und dann sind Sie zum Landesrat aufgestiegen. Und Herr Landesrat, man weiß, dass Sie die Verbindungsperson immer zum politischen Referenten waren, Sie haben es immer wieder verabsäumt, das Tun und Lassen und Versäumnisse die dort stattgefunden haben, zu berichten. Ich sage Ihnen das ganz offen. *(Beifall bei der ÖVP)* Und dann verehrte Damen und Herren, dann gibt es einen Beamten mit dem Namen Herrn Dipl.-Ing. Raiger. Er ist technischer Direktor, aber nichts desto trotz ist er jetzt auch noch Geschäftsführer beim LKH Schladming, wo wir hier vom Herrn Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Hagenauer gehört haben, dass hier auch wieder untersucht wird und dass dort angeblich auch grobe Mängel sind. Und da frage ich Sie schon, ob hier nicht ein sozialistisches Netzwerk, ja ich sage sogar, ein sozialistischer Filz vorhanden ist, *(LTAvg. Kröpfl: „Das gerade du von Filz sprichst ist arg!“)* meine Damen und Herren, und hier gehört aufgeräumt, das muss ich ganz deutlich sagen. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern und nachdem ich in den letzten drei Jahren in drei Untersuchungsausschüssen mitwirken durfte, EStAG, KAGes und auch zum Teil Herberstein, verehrte Damen und Herren, das war so, dass man bei der EStAG geglaubt hat, die Schäden sind entstanden und jetzt müssen Organhaftungsklagen her *(LTAvg. Kröpfl: „Zum jetzigen Zeitpunkt!“)*. Der Herr Landeshauptmann ist nicht da, aber das hat er plakatiert und inseriert und was weiß ich was. Siehe da, vor einigen Tagen hat er sich auf der Ferse um 180 Grad gedreht und heute steht in der Zeitung, es wäre ein Wahnsinn hier, diese Schäden einzuklagen. Jetzt frage ich Sie schon, der Kollege Bacher hat das aufgelistet, über 8 Millionen Euro Schaden. Ja, wo ist denn hier die Organhaftung, die Haftung für diese Schäden, verehrte Damen und Herren? Und das kann man nicht so wegwischen, als wenn nichts gewesen wäre. Das kann es sicherlich nicht sein und darum meine ich, dass wir hier schon uns auch mit der Schärfe dieses Instrumentes, dieses Untersuchungsausschusses etwas mehr auseinandersetzen müssen. Mich wundert es, Herr Vorsitzender Hagenauer, dass Sie hier, ich weiß schon es ist vor Weihnachten, aber das Thema ist mir zu ernst, dass Sie hier einfach hergegangen sind und so quasi eine Allround-Rede gehalten haben, als wenn nichts gewesen wäre. Ich muss das ganz offen sagen, wobei ich schon eines sage, Ihr Bericht ist in Ordnung. Hier haben Sie alles angeführt. Vielleicht haben Sie es hier auf diesem

Pult sich erspart das zu sagen, was im Bericht steht. Leider Gottes liest den Bericht kaum jemand. Das möchte ich auch einmal dazusagen. Verehrte Damen und Herren, ich meine daher, dass in so einem Untersuchungsausschuss und das haben ich ja persönlich mitbekommen, die Abgeordneten sich zu unterschiedlichen Qualitäten entpuppen. Beim EStAG Untersuchungsausschuss haben wir darüber diskutiert, ob eine 100 Watt Glühbirne zu viel ist und ob nicht eine 60 Watt Birne genügen würde. Wir haben bei der KAGes untersucht, die Planer waren wir selber, dann waren wir schon bei den Bauarbeitern, ob die Bauarbeiter die Scheibtruhe beim Radl anpacken müssen oder bei den Griffen, das haben wir auch untersucht. Und letztendlich auch bei Herberstein, da durfte ich auch dabei sein. Da war es so, ob der Goasstall um 2 cm zu kurz oder zu lang ist, Herr Murgg oder ob beim Affenstall letztendlich, die Tür nach Süden oder nach Norden aufgehen muss. Das war die Aufgabe die wir eigentlich hier getan haben. Und das ist ja beschämend. Ich sage das deshalb, verehrten Damen und Herren, weil ich glaube, dass die politische Verantwortung einmal neu oder überhaupt generell definiert muss werden. Ich sage das deshalb, weil hier solche Dinge passieren, die mit der politischen Verantwortung überhaupt nichts zu tun haben. Und wenn ich das sage, dann weiß ich genau wovon ich spreche, denn wir haben monatelang, jetzt möchte ich einmal sagen, drei Jahre lang haben wir mit allen drei Untersuchungsausschüssen untersucht, nur bitte schön, die politische Verantwortung, die sind wir einfach umgangen oder haben wir nicht recht gewusst, wo wir sie festmachen sollen. Und wenn hier gerade im KAGes Ausschuss bei solchen Mängeln, bei solchen Schäden, bei solchen Missständen, denn so hat ja der Auftrag gelautet, keine politische Verantwortung gegeben ist, verehrte Damen und Herren, dann frage ich mich überhaupt, wofür wir überhaupt stunden-, wochen-, monate-, ja ich möchte fast sagen jahrelang gesessen sind. Das möchte ich einmal ganz deutlich hier festmachen. (*Beifall bei der ÖVP*). Aber nicht nur, verehrte Damen und Herren, die politische Verantwortung beim Regierungsmitglied, auch die Verantwortung bei jenen Menschen, die hier eine ausgegliederte Organisation führen. Und da gibt es kein Wenn und Aber, da gibt es die Geschäftsführung und auch die Aufsichtsräte. Verehrte Damen und Herren, denn das haben wir immer wieder festgestellt, ob es hier bei den Zeugenaussagen war oder bei den Unterlagen die wir zur Verfügung gestellt bekommen haben. Hier sind Mängel passiert. Man müsste auch ein Anforderungsprofil für Aufsichtsräte einmal erstellen, dass einmal klar festgestellt wird, was diese Herrschaften zu tun haben. (*LTAbg. Kröpfl: „Völlig richtig!“*)

Und lieber Herr Klubobmann, das ist mir wurscht welche Partei das ist. (*LTAbg. Kröpfl: „Völlig richtig, das bestätig ich einmal mehr, was du sagst und dann rügst du mich. Das verstehe ich nicht!“*) Das sage ich jetzt auch gleich, weil deinen Zwischenruf habe ich sehr wohl vernommen, das gehört meines Erachtens auch einmal her, denn letztendlich ist es so, dass es ja nicht die einzige Gesellschaft ist, die ausgegliedert worden ist. Denn das bestellen der Aufsichtsräte und das sage ich jetzt wieder in Richtung des Regierungsmitgliedes, oder die Tätigkeiten, die Berichte von den Geschäftsführern hin zur

Generalversammlung anzuhören, Herr Landesrat Hirt, das ist auch zu wenig. Ich hoffe nur, dass Sie jetzt hier andere Wege gehen. Der Kollege Bacher hat Ihnen ja viele Hilfsmittel gegeben. Ich weiß schon, das war halt ein Geck, ich sage das auch, aber Sie sind gefordert. Und wir werden Sie nicht aus den Augen verlieren, denn letztendlich ist es hier schon ein paar Mal gesagt worden, gilt es hier Steuermittel zu verwalten und damit sorgsam umzugehen. Lassen Sie mich abschließend noch eine Feststellung treffen. Genauso mit diesen Schätzungskosten. Das hat mich wirklich beschäftigt in dem Untersuchungsausschuss. Es ist ja ein Schwachsinn das es heißt, das LKH 2000 ist 4 % unter den Schätzungskosten, aber 8,1 Millionen Schilling Schaden ist dort entstanden. Verehrte Damen und Herren, man muss auch das einmal neu überdenken. Wie kommt man zu diesen Schätzungskosten? Wie werden die ermittelt? Und nicht das die so ermittelt werden, wenn sie unterschritten werden, kriegen dann die Geschäftsführer auch noch Prämien, weil sie diese Schätzungsbeträge nicht überschritten haben. Verehrte Damen und Herren, ich glaube man muss sich hier überhaupt die Frage einmal stellen, wie gehen wir mit dem Zweitschärfsten Mittel, und das ist der Untersuchungsausschuss, weil das schärfste Mittel ist für mich der Misstrauensantrag, in der Zukunft sorgfältiger um und nicht, wenn irgendwo jemand Blähungen hat, muss man einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Denn wenn das so weiter geht, dann kriegen diese Möglichkeiten eine Inflation, dass es niemand mehr interessiert. Und wir sehen das ja an und für sich, dass die Medien uns in letzter Zeit nicht mehr gefolgt sind, weil hier alles andere getan wurde, als das die politische Verantwortung an die Oberfläche zu spülen wird. Und letztendlich müsste man halt selbst ein Gewissen haben und sagen, da habe ich etwas falsch gemacht. Da liege ich daneben, da muss man auch die Konsequenzen ziehen. In diesem Sinne, danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der ÖVP – 10.39 Uhr)

Präsident: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Hagenauer (10.39 Uhr): Ja, ich möchte noch zu ein paar Punkten, die angesprochen wurden, Stellung nehmen. Das Erste, es handelt sich hier bei dieser Materie eben nicht um die Missstände nur im LKH West. Ich habe auch, um auf eine Äußerung von Kollegen Prattes einzugehen, den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erst gestellt, nachdem der x-te Bericht über Missstände am Tisch gelegen ist.

Der erste war einer des Bundesrechnungshofes. Da waren diese Vorwürfe auch schon drinnen. Dann sind zwei des Landesrechnungshofes gefolgt und erst dann ist der Antrag gekommen. Ich habe schon vor dem Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses in der Tat den Verdacht geäußert, auf Hinweise in Richtung Korruption. Dazu stehe ich übrigens heute noch, den Verdacht habe ich heute noch. Nur den Beweis zu führen im Untersuchungsausschuss ist uns in der Tat nicht gelungen. Das ist eine Frage auch,

die man im Zuge der Instrumente, die ein Untersuchungsausschuss in Zukunft haben soll, noch einmal behandeln muss bzw. man muss sich auch bewusst sein, was ein Ausschuss leisten kann in der Richtung und was nicht. Ein Untersuchungsausschuss ist halt auch wiederum nicht die Kriminalpolizei. Fest steht aber, dass es – denken sie an den Bericht des Landesrechnungshofes über Vergabe von Bauvorhaben, denken sie eben an die Berichte des Bundesrechnungshofes, zwei Stück, eine Anhäufung von Kritik und festgestellten Missständen gegeben hat, die es notwendig gemacht haben, dass man hier genauer hinschaut und die es im übrigen auch, Herr Kollege Prattes, verbieten, dass man den Rechnungshöfen jetzt nachträglich die Verantwortung umhängt. Der Rechnungshof, der Bundesrechnungshof war nicht schuld an den Missständen, der war schuld, dass diese Missstände ans Tageslicht gekommen sind.

Das Nächste, wir haben es hier, damit man das nicht vergisst, in mehrfacher Hinsicht mit rekordverdächtigen Umständen zu tun. Erinnern sie sich an die Äußerung des Mitarbeiters des Bundesrechnungshofes, der gesagt hat, in seiner ganzen Karriere – und der Herr ist österreichweit tätig und steht vor seiner Pensionierung – ist ihm etwas Derartiges noch nicht untergekommen in Sachen Bietersturz bei Baumeisterarbeiten beim LKH West. Soviel zu dem Kapitel Verdacht äußern dürfen in so einem Zusammenhang.

Der nächste Punkt, auf den ich noch einmal kurz eingehen möchte, ist jener, dass hier, wie Kollege Prattes erwähnt hat, offensichtlich verschiedene Begriffe falsch interpretiert wurden. Wenn Milliarden vergeben werden, dann ist es nicht eine Frage einer unter Umständen falschen Interpretation, ob ein Controlling-Instrument besteht oder nicht, ob eine begleitende Kontrolle besteht oder nicht. Das kann ja bitte schön keine Interpretationssache sein, schon gar nicht durch Mitglieder der Landesregierung, von denen man annimmt, dass sie, ich erinnere mich an meine Frage, von denen man annimmt, dass sie also im Jahr Dutzende von derartigen Berichten ja bitte am Tisch haben und im Ausschuss des Landtages und im Plenum des Landtages ja auch zu verantworten und zu beantworten haben. Da kann man nicht nach Jahrzehnten hergehen und sagen, der hat das halt anders interpretiert. Mein Verdacht ist der, dass das von Anfang an eine Strategie war, wo man gesagt hat, der Rechnungshof kriegt die Verantwortung umgehängt. Er hat sich zwar gewehrt, aber vergeblich, zumindest aus der Sicht der Sozialdemokratie vergeblich gewehrt und wir hängen dem Landesrechnungshof die Verantwortung um und wir sagen, wir haben das alles nicht richtig verstanden. Und im Windschatten genau dieser falschen Interpretation waren dann alle diese Dinge möglich, wie sie in diesem Ausmaß hier eben erfolgt sind.

Und ein Drittes, meine Rolle als Vorsitzender. Ich habe eine Diskussion über den Bericht der SPÖ nicht zugelassen. Also jetzt abgesehen davon, dass ich dasselbe schon einmal in Sachen ESTAG erlebt habe, dass die SPÖ sagt, sie bringt einen Minderheitenbericht daher und bringt ihn dann nicht daher, haben wir dieses Mal wieder sechs Wochen verschoben und dann ist am Sitzungstag (*LTA*bg. Prattes: „Nicht am Sitzungstag!“) ein Konvolut auf den Tisch gelegt worden und das Konvolut war auch kein Bericht,

(*LTA*bg. Kröpfl: „Das stimmt aber nicht, der ist 10 Tage vorher zugestellt worden!“) sondern eine Anhäufung von Zitaten. (*LTA*bg. Prattes: „Das ist ein Wahnsinn, das stimmt nicht!“)

Und das ist nicht möglich. In so einer Situation kann man einen Bericht bzw. Abänderungsanträge, die Sie erst am Sitzungstag eingebracht haben, nicht in der laufenden Sitzung behandeln. Nachdem wir die eh schon verschoben hatten, habe ich in der Tat keinen Grund gesehen, das noch einmal zu tun. Tut mir leid!

Abschließend noch einmal eine Anmerkung in Sachen politischer Verantwortung. Ich habe – die Äußerung geht jetzt in Richtung ÖVP – heute bei meiner ersten Wortmeldung in der Tat mit Absicht versucht, nicht nur das Negative darzustellen an dem, was da passiert ist, sondern auch – ich denke und ich zahle ja schon den Preis dafür, auch das überrascht mich nicht wirklich – bewusst versucht, auch das darzustellen, was inzwischen in Gang gekommen ist in dieser Sache. Ich denke, das hat nichts mit Weihnachten zu tun. (*Beifall bei den Grünen*)

Das hat nichts mit Weihnachten zu tun, das hat mit einer sehr ernsten Lage durchaus – das ist auch angeklungen – mit einer sehr ernsten Lage insgesamt der Einstellung der Bevölkerung zur Politik und zu den Politikern zu tun und das hat damit zu tun, wie die Dinge in der Steiermark im Besonderen laufen. Das ist in der Tat meine Absicht, dazu stehe ich, darauf hinzuweisen, dass es zwar schade ist, dass erst was geschehen muss, damit was geschieht, aber trotzdem will ich nicht den Eindruck stehen lassen, dass hier im politischen Metier nur Missstände herrschen, nur Missbrauch besteht und das in alle Ewigkeit. Hier ist in der Tat vieles daneben gegangen, hier gibt es aber in der Tat – das sei abschließend festgehalten – wenn man sich anschaut, wie man jetzt Konsequenzen ziehen will eben im Umgang mit den eigenen Beteiligungen, im Umgang mit Förderung, im Umgang mit der Besetzung von Posten, hier gibt es einen Fortschritt. Das sage ausgerechnet ich als derjenige, der also in den Augen vieler vielleicht der ist, der alles in Grund und Boden verdammt. Da gibt es einen Fortschritt. Ob das ausreichend ist, wird die Zukunft weisen, aber es gibt ihn. Und das Ganze war in dem Sinn nicht umsonst, wenn auch leider es zu vermeiden gewesen wäre. In dem Sinne danke nochmals für die Aufmerksamkeit.

(*Beifall bei den Grünen – 10.48 Uhr*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile es ihm.

LTAbg. Prattes (10.48 Uhr): Zum Untersuchungsausschuss passend, Herr Kollege Hagenauer, immer schön bei der Wahrheit bleiben. Es ist doch ungeheuerlich, wenn Sie da hergehen und sagen, „am Ausschusstag selber hauen wir euch ein Konvolut am Tisch“. Wir haben am 10. Oktober vereinbarungsgemäß allen Fraktionen nachweislich unseren Abschlussbericht zugesandt. (*LTA*bg. Prutsch: „Na, bitte!“) Haben von keiner der Fraktionen irgendeine Rückäußerung bekommen. Die

Ausschusssitzung war am 25. Oktober. Und in dieser Ausschusssitzung haben Sie nicht zugelassen, dass über unseren Abschlussbericht abgestimmt bzw. diskutiert wird. Soweit zur Wahrheit! (*Beifall bei der SPÖ – 10.49 Uhr*)

Präsident: Zur Einbringung eines Entschließungsantrages ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Bacher. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Bacher (10.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein Abänderungsantrag und ein Entschließungsantrag, bitte. Abänderungsantrag (§ 46 der Geschäftsordnung des Landtages) zum Geschäftsstück 832/6, nämlich zu dem Stück, was wir jetzt diskutiert haben.

Beschlusstext:

A) Die Ziffer I wird geändert wie folgt:

"1. Der vorliegende Bericht des KAGes-Untersuchungsausschusses wird mit folgenden Änderungen zur Kenntnis genommen:

1. Im Kapitel "Misstände im Bereich des DKH Schladming" entfallen bei den "Schlussfolgerungen" im ersten Absatz der vorletzte und der letzte Satz.
2. Im Kapitel "Zusammenfassung", Unterkapitel "Offene Fragen und weitere Prüfungen" entfallen im 4. Absatz der vorletzte und der letzte Satz.

B) In Ziffer II entfällt die Ziffer 7.

Herr Kaltenegger, damit ist das ausgesprochen, was wir auch vereinbart haben im Ausschuss und möchte diesen Abänderungsantrag eben einbringen.

Einen Entschließungsantrag der Kollegen Straßberger, Ederer und Bacher. Betrifft Jahresberichte der Landesregierung über die Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit dem LKH Graz West.

Die Begründung kann ich mir ersparen. Darüber haben wir in den letzten zwei Stunden ausgiebig diskutiert.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, jährlich dem Landtag darüber Bericht zu erstatten,

1. inwieweit die im Rahmen des Rohbaus des LKH Graz West entstandenen und festgestellten Schäden behoben oder repariert wurden,
2. in welchem Verfahrensstand sich die in Zusammenhang mit dem Rohbau bzw. der mangelhaften Abrechnung in diesem Bereich geltend gemachten Schadenersatzforderungen befinden bzw. welche Schadenersatzforderungen noch geltend zu machen sind,

3. in welchem Verfahrensstand sich die in Zusammenhang mit der mangelhaften Statik geltend gemachten Schadenersatzforderungen befinden bzw. welche Schadenersatzforderungen noch geltend zu machen sind,
4. in welchem Verfahrensstand sich die in Zusammenhang mit der nicht durchführbaren Aufstockbarkeit geltend gemachten Schadenersatzforderungen befinden bzw. welche Schadenersatzforderungen noch geltend zu machen sind,
5. in welchem Verfahrensstand sich die in Zusammenhang mit dem mangelhaften Leistungsverzeichnis bzw. den dadurch begünstigten Abrechnungsmodalitäten geltend gemachten Schadenersatzforderungen befinden bzw. welche Schadenersatzforderungen noch geltend zu machen sind,
6. in welchem Verfahrensstand sich die in Zusammenhang mit der Direktvergabe der örtlichen Bauaufsicht geltend gemachten Schadenersatzforderungen befinden bzw. welche Schadenersatzforderungen noch geltend zu machen sind.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. Darf der SPÖ signalisieren, dass wir ihren Antrag mitbeschließen werden und den Antrag zur Kontrolle, den können wir heute laut Geschäftsordnung nicht einbringen. Den bringen wir bei der nächsten Landtagssitzung sein. Nur zur Information.

Abschließend stelle ich noch fest: Es ist bemerkenswert, dass die KPÖ eigentlich ziemlich sprachlos zu diesem Bericht des Untersuchungsausschusses ist.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – 10.53 Uhr)*

Präsident: Da von den Damen und Herren Abgeordneten keine Wortmeldung mehr vorliegt, ist der Herr Landesrat Hirt zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Mag. Hirt *(10.53 Uhr)*: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich darf abschließend aus meiner Sicht einige Anmerkungen bringen. Es gab Mängel im Bau. Es ist genügend darüber gesagt worden. Es gibt Berichte des Landesrechnungshofes, des Bundesrechnungshofes. Es gibt einen Sonderprüfungsausschuss des Aufsichtsrates, der sich mit einem Bericht und auch mit Maßnahmen beschäftigt hat und es gibt einen Strategieausschuss des Aufsichtsrates, der sich mit Organisationsänderungen befassen wird. Ich denke, dass sehr wohl der Aufsichtsrat gestern in seiner Sitzung etliche Weichenstellungen vorgenommen hat, die man durchaus teilen kann. Das betrifft die Regionalisierung, das betrifft die Neuordnung der Zentralkonstruktion, das betrifft ein Riskmanagement, das betrifft ein internes Kontrollsystem, das betrifft die Abläufe, das betrifft das Projekt Management und die Organisation. Ich glaube, dass das eine gute Arbeit ist, auf der man aufbauen kann. Ich kann Ihnen einiges sagen was den aktuellen Stand betrifft im Bezug auf die Geschoßdeckensanierung im LKH Graz

West. In 177 Räumen von 813 Räumen im LKH Graz West entsprechen die Stahlbetongeschoßdecken nicht der Ö-Norm. Die Gesamtkosten der Sanierungsmaßnahmen betragen inklusive Honorare und Gutachten gemäß letzter Kostenschätzung 2,9 Millionen Euro. Zurzeit laufen parallel zur Schadensbehebung zwei Gerichtsverfahren über die Kostenübernahme der Sanierung. Es werden vorerst nur Räume saniert, die die Ö-Norm mehr als 20 % unterschreiten. Erst nach Klärung durch das Gericht wird über die weitere Vorgangsweise entschieden werden. Diese Sanierung erfolgt somit in zwei Etappen. Die erste Etappe umfasst alle Geschoßdecken mit mehr als 20 % Unterschreitung gegenüber der Ö-Norm. Davon betroffen sind ca. 70 Räume von insgesamt 177 Räumen. In Abhängigkeit der anhängigen Gerichtsverfahren werden die restlichen 107 Räume deren Belastungsmöglichkeit weniger als 20 % gegenüber der Ö-Norm unterschritten wird, in Angriff genommen. Bis Mitte Jänner 2007 wird noch eine Detailabstimmung vorgenommen. Die Kosten für die erste Etappe betragen nach erster Schätzung Netto 620.000,-- Euro. Zu den anhängigen Klagen ist bereits einiges gesagt worden. Ich kann daher, ohne hier die Namen zu nennen, nur nochmals erwähnen, es gibt also ein Verfahren in Bezug auf den Generalplaner, es gibt ein umgekehrtes Verfahren und es gibt Forderungen der KAGes gegenüber der örtlichen Bauaufsicht im Zusammenhang mit der Rechnungsprüfung Baumeisterarbeiten, Rohbau und Ausbau. Und es gibt, soweit ich es noch nicht gesagt habe, organisatorische Maßnahmen in Hinblick auf die begleitende Kontrolle. Die Abstimmung der Leistungsbilder der Kontrollorgane wird von der KAGes derzeit ausgearbeitet und dem Beirat LKH 2000 vorgelegt. Einführung eines Risikomanagement: In dem derzeit in Ausarbeitung befindlichen Musterorganisationshandbuch wird die Einsetzung qualifizierter Risikomanager verbindlich vorgeschrieben. Vier-Augen-Prinzip: Das Konzept über die Einführung des Vier-Augen-Prinzipes, erstellt durch einen externen Gutachter, liegt in Kürze vor. Für die Umsetzung wurde ein eigenes Projekt an der technischen Direktion eingerichtet. Ich habe daher überhaupt nichts dagegen, Ihnen das auch alles noch in Detail jährlich zu berichten. Ich möchte aber durchaus ein paar andere Dinge ansprechen, die mir schon wichtig sind. Es war viel von Kontrolle die Rede. Ich habe manches mal das Gefühl, dass ausschließlich von Kontrolle die Rede ist und ich hätte mir eigentlich gewünscht bei dieser Debatte, das geht vor allem auch an ihre Adresse, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, das man endlich auch einmal 16.000 Mitarbeitern gegenüber zum Ausdruck bringt, dass man ihre Arbeit wertschätzt und dass man diese Arbeit anerkennt. (LTAbg. Hamedl: „Das tun wir auch Herr Landesrat!“ – Beifall bei der SPÖ) Und auch, dass man gegenüber über 200.000 stationär behandelten Patienten und Patientinnen pro Jahr und knapp 600.000 ambulanten Patientinnen und Patienten gegenüber zum Ausdruck bringt, dass man nicht nur verdächtigt, kriminalisiert und verunsichert, sondern, dass man das sehr wohl zur Kenntnis nimmt. (LTAbg. Straßberger: „So nicht Herr Landesrat. So nicht!“ - Beifall bei der SPÖ) Und gerade vor Weihnachten wäre es wichtig gewesen, dass man Wertschätzung und Anerkennung zum Ausdruck bringt. (LTAbg. Straßberger: „So leicht geht es nicht!“ –

Unruhe bei der ÖVP - Beifall bei der SPÖ) Und es wäre genauso gut möglich gewesen zu sagen, dass 700 Millionen adäquat verbaut wurden. Und, dass man den damit Beschäftigten und Verantwortlichen auch dazu gratuliert. (*Beifall bei der SPÖ*) Das ändert nichts daran, dass es zu Fehlern gekommen ist, wie ich bereits eingangs gesagt habe. (*LTabg. Hagenauer: „Unverständener Zwischenruf!“*)

Herr Kollege Hagenauer, Ihre letzte Wortmeldung in Ehren. Aber trotzdem an ihre Adresse. Ich habe schon manches Mal das Gefühl gehabt, dass es um den Verdacht ging und um des Verdachtigen Willen und das macht Sie eigentlich teilweise selbst zum Verdächtigen. Nämlich zum Verdächtigen, dass es ausschließliches politisches Kalkül ist, dass also Ursache und Motivation für ihr Handeln war. Aber ihre letzte Wortmeldung war auch meiner Sicht sehr in Ordnung. Danke. (*Beifall bei der SPÖ*)

Und nun, Herr Kollege Bacher, durchaus in vorweihnachtlicher Milde und im Interesse unserer frisch geschlossenen Freundschaft, erlauben Sie mir doch einen Kommentar zu ihren Geschenken, weil ich denke, der ist angebracht. Es hat zwar eine lange Tradition, dass Spitalslandesräte Geschenke bekommen. Vom weißen Mantel über den Erste Hilfe Koffer und ich weiß nicht was noch alles schon zum Geschenk gemacht wurde, aber ich sage schon klar und deutlich was die Lupe betrifft und es ist bei Ihnen sehr häufig die Rede davon, dass man das soziale Profil schärfen muss in ihrer Partei. Also, ich habe manches Mal das Gefühl, mit dem Kontrollieren allein wird das nicht gehen und die Lupe würden Sie sehr gut brauchen, um das soziale Profil in ihrer Partei zu suchen. Das wäre dringend notwendig. (*Beifall bei der SPÖ*) Was den ominösen Bartwisch betrifft, nun ich habe schon Verständnis dafür und wir nehmen den auch gerne an, weil es ist an der Zeit, dass man also die Politik in ihren Reihen sozusagen abstaubt und dass man die Staubschicht entfernt. Das machen wir sehr gerne. Nämlich eine Politik, die ausschließlich die Kontrolle zum Ausdruck bringt und nicht die Anerkennung und Wertschätzung gegenüber den Bediensteten, das ist nicht die richtige Politik, die teilen wir mit Sicherheit nicht. (*Beifall bei der SPÖ*) Und was die Handschuhe betrifft, also ich habe viele Paare Arbeitshandschuhe zu Hause, um das nur nebenbei zu sagen. Aber auch die Handschuhe sind dringend notwendig in ihren Reihen, weil es ist nämlich viel Arbeit und es wird harte Arbeit sein, um wieder erfolgreich Politik machen zu können. Dazu wären die Handschuhe notwendig – in ihren Reihen und nicht in unseren Reihen. (*LTabg. Klimth-Weithaler: „Eigentor!“ – LTabg. Bacher: „Die Tränen kommen mir, die Tränen kommen mir!“*) Das ist eine gute Rede! (*LTabg. Hammerl: 8 Millionen!“*)

Herr Kollege Hammerl, zu den acht Millionen, die Sie gerade angesprochen haben, die sind für mich nicht nachvollziehbar. Ich habe es erwähnt, es sind 2,9 Millionen, aber wir werden uns sozusagen an diesem Rechenbeispiel nicht entzünden. Ich bin gerne bereit, das auch im folgenden Jahr in Form von weiteren Berichten aufzuklären. (*LTabg. Straßberger: „Schauen Sie sich das genau an!“*) Aber ich denke, dass es auch wichtig ist, an ihre Adresse zu sagen, Herr Kollege Kasic – und das ist alles, was ich zu ihrer Wortmeldung sage – also eine Politik, die ausschließlich darin besteht, zu sagen, alles was die

Sozialdemokraten machen, ist falsch und uns geht das alles nichts an, das ist auch zu wenig. Und das geht vor allem auch an die Adresse jener aus ihren Reihen und manche davon sitzen hinten, wo ich schon der Meinung bin, dass die durchaus mit viel Verantwortung die Politik wahrnehmen. Ich bedanke mich daher ausdrücklich bei ihrem Aufsichtsratsvorsitzendenstellvertreter Fischer-Felgitsch und bei ihrem Aufsichtsratsmitglied Reinhofer. Dankeschön für die verantwortungsvolle Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ)*

So hoffe ich doch, dass das Brückenbauen nicht zu einem schmalen Holzsteg wird, wo wir in Kürze vielleicht die Erfahrung machen, dass ein Zweiachser, namens Doppelbudget, nur sehr schwer drüber kommen wird. Das glaube ich nicht. Ich denke, dass gute Ansätze vorhanden sind. Ich habe die beiden Personen ja erwähnt. Wir von unserer Seite, wir wollen gemeinsam Brückenbauen im Interesse der Steirer und Steirerinnen und der Patienten und Patientinnen. *(LTAbg. Bacher: „Ja, ja!“)*

Frohe Weihnachten! *(Beifall bei der SPÖ – 11.03 Uhr)*

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Hagenauer *(11.03 Uhr):* Keine Sorge, ich fasse mich kurz! *(LTAbg. Prattes: „Das ist richtig. Dreimal herausgekommen und dreimal nichts gesagt!“)* Erstens, meine Aussage, Herr Kollege Prattes, dass Sie erst in der Sitzung ihre Abänderungsanträge eingebracht haben, halte ich aufrecht.

Zweitens, was der Grund meiner Wortmeldung ist, Herr Landesrat, eines möchte ich doch nicht unwidersprochen lassen, auch wenn es unüblich ist, sich noch einmal zu melden. Aber das ist eine sehr, sehr ernste Angelegenheit in der politischen Praxis, selbst für einen Grünen, wenn sich dann ein Verantwortlicher hinter die Patienten stellt und nicht vor die Patienten *(Beifall bei der ÖVP)* und vor allem vor die Mitarbeiter. *(LTAbg. Prattes: „Aber geh!“)* Wenn jemand den Mitarbeitern Sorgen gemacht hat und Patienten verunsichert hat, dann waren es die Verantwortlichen dieser Missstände und sonst niemand. *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP)* Und in diesem Sinne fröhliche Weihnachten! *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP – 11.05 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich darf aber, bevor wir zur Abstimmung kommen, die Schülerinnen und Schüler der 4. B-Klasse der Hauptschule Mautern unter der Leitung von Herrn Fachlehrer Günter Zellner sehr herzlich hier im Landtag begrüßen und wir freuen uns über Ihr Interesse und sagen ein herzliches Willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich darf nun zur Abstimmung kommen und ersuche um erhöhte Aufmerksamkeit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP zum Schriftlichen Bericht des Untersuchungsausschusses KAGes zu TOP 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der SPÖ aus dem Schriftlichen Bericht des Untersuchungsausschusses KAGes zu TOP 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Das ist in der Minderheit geblieben.

Ich glaube, ich muss keine Gegenprobe stellen. Ich ersuche um Gegenprobe!

Damit ist diese Abstimmung deutlich geworden.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 1 in der Fassung des Abänderungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Kontrolltätigkeiten und Kontrollmechanismen zu TOP 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich glaube, es gibt noch einen Entschließungsantrag der ÖVP. Und nun geht es darum, dass der Jahresbericht der Landesregierung über die Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit dem Neubau des LKH Graz/West zu TOP 1 abgestimmt wird. Wer hier die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Untersuchungsausschusses „Herberstein“ über den Bericht, Einl.Zahl 939/1, betreffend Prüfung der politischen Verantwortung für die Missstände bei Förderungen bzw. Zuwendungen und deren Kontrolle an die Herberstein OEG.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg. Ich darf ihn um seinen Bericht bitten.

LTAbg. Dr. Murgg (11.09 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es geht um den Bericht des Untersuchungsausschusses des Landtages Steiermark zur Prüfung der politischen Verantwortung für die Missstände im Zusammenhang mit der Herberstein OEG.

Der Ausschuss „Herberstein“ hat in seiner Sitzung vom 7.12.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Herberstein“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen den Endbericht Herberstein.

Ich bitte um Annahme. (11.09 Uhr)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht und darf nun das Wort der Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek erteilen.

LTAbg. Lechner-Sonnek (11.10 Uhr): (LTAbg. Majcen: „Unverständener Zwischenruf!“) Machen Sie sich keine Sorgen um den Herrn Kollegen Hagenauer. (LTAbg. Majcen: „Mache ich mir aber!“) Aber wenn Sie schon sagen, Herr Kollege, möchte ich Ihnen eine Wahrnehmung mitteilen. Die Kontrolle im Steiermärkischen Landtag ist bei allen Fraktionen außer bei den Grünen offensichtlich rein männlich. Bei den Grünen ist es nicht so, auch dieser Bereich wird von weiblichen und männlichen Abgeordneten bearbeitet. (LTAbg. Mag. Drexler: „Also jetzt muss ich nachfragen – weiterer Zwischenruf unverständlich!“ - Beifall bei den Grünen)

Danke, der Herr Kollege Drexler hat mir gerade ein Kompliment für meinen Beitrag gemacht, dabei habe ich ihn noch gar nicht gestartet.

Meine Damen und Herren, leider Gottes ist der Herr Landeshauptmann nicht anwesend und so werde ich ihm in seiner Abwesenheit die Frage stellen, auf die es für mich am allermeisten ankommt. Als Vorbemerkung: Wir werden im Zuge der nun folgenden Diskussion noch sehr viel an Details aus dem Untersuchungsausschuss hören und wir werden sozusagen auch ein Revival der Herberstein-Geschichte hören oder wieder geboten bekommen. Eine Sache, eine Materie, mit der wir uns ja hier im Landtag schon sehr lange beschäftigen. Meine Absicht – oder ich muss eigentlich genau sagen – mein Interesse geht in

die Zukunft. Ich würde gerne dem Herrn Landeshauptmann – vertreten vielleicht durch seine Kollegen aus der Landesregierung – die Frage stellen: Können wir ausschließen, dass es einen Fall wie Herberstein noch einmal gibt? Das ist für mich ja wohl eine gebotene und ganz klare Frage nach der Befassung des Untersuchungsausschusses über Monate hinweg, nach einer Debatte oder vielen Debatten im Landtag, wo man gesehen hat, was diese Vorgangsweise, das was mit Herberstein verbunden ist, in diesem Land auch für Folgen nach sich gezogen hat. Politische Folgen, die für die ÖVP sehr schmerzhaft waren, politische Folgen, die auch für den Landeshauptmann zum Teil schmerzhaft waren und weiterhin schmerzhaft sein können. Vor allem, wenn diese Art der Vorgangsweise nicht bald ein Ende findet. Wir haben das letzte Mal hier über Blumau diskutiert und haben festgestellt, dass wir einige Parallelen sehen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Frage nicht nur legitim, sondern sie ist notwendig. Ist es möglich und wie kann sichergestellt werden, dass eine Situation wie der Fall Herberstein in der Steiermark nicht mehr passieren kann? Sie wissen, meine Damen und Herren, durchsitzen alleine ist zu wenig. Es könnte natürlich sein, dass die Damen und Herren der Landesregierung, die für diese Bereiche zuständig sind, sich denken: „Okay, jetzt haben wir eben eine Sondersitzung vor Weihnachten, das werden wir auch noch durchsitzen und dann ist ohnedies endlich vorbei. Dann werden wir mit Herberstein, mit den Spitalsbauten nicht mehr belästigt.“ Meine Damen und Herren, durchsitzen wird nicht reichen. Das Mindestanfordernis nach dieser langen und kompetenten seriösen Arbeit der Untersuchungsausschüsse ist, dass wir sicherstellen können, dass sich etwas ändert.

Erstens: Sie wissen, dass der Landesrechnungshof wochenlang bei der Firma Herberstein recherchieren musste, um Unterlagen zu bekommen. Der Landesrechnungshof musste von sich aus auch an alle Abteilungen des Landes herantreten und die Frage stellen, ob es aus der jeweiligen Abteilung eine Förderung für Herberstein gegeben hat. Würde der Landesrechnungshof das nicht nahtlos machen und eine Abteilung hätte trotzdem eine Förderung gegeben, wir wären nie draufgekommen.

Das ist eine Art und Weise, wie wir mit Kontrolle und Kontrollmöglichkeiten umgegangen sind oder wie man auf Seiten der Landesregierung umgegangen ist, die ja wohl nicht tragbar ist. Ich beziehe auf die Zukunft und frage, wie wir sicherstellen können, dass es anders weitergeht? Gibt es Hoffnungszeichen? Der Landeshauptmann hat gesagt, in Bezug auf die Förderungen wird es jetzt bei der Förderdatenbank eine klare Auflistung geben, wer wieviel für welches Projekt bekommen hat. Ich möchte, dass das hier auch ganz klar festgehalten wird, ähnlich wie Herr Kollege Hagenauer vorher. Es gibt Fortschritte – auch durch die Arbeit der Untersuchungsausschüsse. Also in diesem Bereich, denke ich mir, ist das okay. Es wird die Datenbank uns darüber Auskunft geben und vor allem ein Landesrechnungshof, der in Zukunft kontrollieren wird, sozusagen auf Knopfdruck sehen können, welche Abteilungen Förderungen ausgeschüttet haben.

Zweitens bezüglich Herberstein: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Familienmitglieder

konnten im Zuge der Ermittlung die Prüfung zurückweisen. Und warum? Weil die Landesregierung in vielen dieser Fälle aber auch in vielen, vielen anderen Förderfällen ganz dezidiert darauf verzichtet hat, dass es einen so genannten Prüfvorbehalt gibt. Das heißt, sie hat darauf verzichtet, zu sagen, das ist öffentliches Geld und natürlich muss überprüfbar sein, ob dieses öffentliche Geld so verwendet worden ist, wie wir es eigentlich ausgemacht haben.

Meine Damen und Herren, dieser Prüfvorbehalt ist eine der Grundlagen des Umganges mit öffentlichem Geld und ist eine der Grundlagen der Arbeit des Landtages. Wie Sie wissen, ist der Landtag nicht nur ermächtigt sondern verpflichtet, die Arbeit der Landesregierung zu überprüfen. Wie soll er das machen? Wenn die Landesregierung in ihren Vertragsbeziehungen mit Förderungsnehmerinnen und –nehmern sagt, diese brauchen sich überhaupt keine Sorgen zu machen, es wird nie irgendjemand etwas nachfragen? Stellen Sie sich das einmal vor! Das hat unsere Landesregierung bisher weitgehend oder sozusagen in den meisten Förderfällen, nehme ich an oder wage ich wirklich die Behauptung, praktiziert. Das muss der Vergangenheit angehören, meine Damen und Herren. Wenn wir hier den Prüfvorbehalt nicht fix verankern, dann haben wir die gleichen Situationen in den nächsten Jahren und das kann es absolut nicht sein.

Drittens: Herberstein – die Firma Herberstein, die Familie Herberstein - konnte Geld beantragen, wenn eben gerade Ebbe in der Kasse war: Da ist man aufgetreten bei der Landeshauptfrau, hat gesagt: „Liebe Landeshauptfrau, liebe Freundin, wir machen jetzt etwas oder wir haben gerade große Probleme, finanzielle Probleme und wenn wir jetzt nicht eine Finanzspritze bekommen, kommen wir mit dem Tiergarten nicht über den Winter“ – oder was auch immer und es wurde Förderung gegeben. Meine Damen und Herren, bei allem Respekt für Hilfe in Notsituationen. Wir haben es hier mit großen Summen von Steuermitteln zu tun. Steuermitteln, die in anderen Bereichen leichter weggekürzt werden. Wenn ich jetzt höre, dass in der externen Hauptschule – wo zum Beispiel die Menschen, die nicht in der Lage sind, sich gut schriftlich auszudrücken bzw. die Grundrechnungsarten zu beherrschen, unterrichtet werden – das Geld gekürzt wird, wenn in anderen Bereichen der Bildung das Geld weggenommen wird. Wenn in Bereichen der Partnerinnen, die für das Land Dienstleistungen erbracht werden, einfach mit dem roten Stift angesetzt wird und gekürzt wird, dann ist es nicht egal, dass hier so viel Geld ausgegeben wird, frei Hand, ohne auf der Basis eines Konzeptes. Vor allem bei großen Projekten, vor allem wenn eine Zusammenarbeit zwischen einem Betrieb, einer Firma, einer Institution, die Förderungen haben will und vom Land mittel- und langfristig angelegt wird oder angelegt ist, ist es notwendig, dass man sich ins Einvernehmen setzt und festlegt: Was ist unser gemeinsames Projekt? Wie soll denn das ablaufen? Wie soll denn die Finanzierung dieses Projektes ausschauen? Und können wir als Land sicher sein, dass wir hier nicht Jahre und Jahrzehnte hineinbuttern müssen? Oder sonst, wenn wir sagen, jetzt wollen wir einfach nicht mehr weiter fördern, gedrängt und darauf hingewiesen werden, dass Arbeitsplätze in Gefahr

sind, wie es jetzt eigentlich bei Blumau passiert ist.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Konzepte. Es gibt überhaupt nichts, was ausgemacht ist, bei großen Förderfällen, wie die Sache weitergeht. Das wird einfach frei Hand vergeben ohne miteinander zu vereinbaren, was die Ziele dieser Zusammenarbeit sind. Zusätzlich „darf“ man dann nicht einmal nachschauen, wie das Geld verwendet worden ist. Können Sie sich vorstellen oder ein Bild davon entwickeln, wie in den letzten Jahren in der Steiermark von Seiten der Landesregierung mit Steuergeld umgegangen worden ist?

Wir haben vom Bundesrechnungshof vor ein, zwei Jahren eine Rückmeldung bekommen, wie das in der Steiermärkischen Verwaltung läuft und es hat unter den Landesverwaltungen einen Vergleich gegeben. Also wir sind nicht alleine überprüft worden. Und dort ist gefordert worden, wir sollen in der Steiermark nicht immer nur schauen, wo wir Geld hineinstecken, sondern wir sollen auch schauen, wie die Wirkung dieses Geldes ist. Die so genannte wirkungsorientierte Verwaltung ist das. Und Wirkung, meine Damen und Herren, das muss man definieren. Das ist das, was herauskommt – umgangssprachlich ausgedrückt. Wenn ich aber diese Ziele nicht formuliere, wenn ich gar nichts sage, wenn ich gar nicht festhalte, was rauskommen soll, wie soll das dann überprüft werden. Das ist eine der Grundformen von New Public Management. Und ich darf Ihnen, muss Ihnen leider mitteilen, andere Bundesländer haben uns dabei überholt. Das ist eine der Grundformen und deswegen im Übrigen bin ich auch dafür, dass der Bundesrechnungshof weiterhin Länderagenden prüfen darf. Wir wüssten sonst gar nicht, wie schlecht wir in dieser Sache liegen und wie sehr uns andere Bundesländer überholt haben. Das heißt es darf keine mittel- und langfristigen Projekte mehr geben, in welche das Land Geld investiert und nicht klargelegt worden ist, was das Ziel der ganzen Bemühungen ist, wie das weiterlaufen wird und wie sich dieses Projekt entwickeln soll. Unser grundlegendes Problem ist ja, was wir hier im Land, in unserer Landesregierung, an Verständnis über die eigene Arbeit bzw. Verständnis zum Thema Macht sehen. Es ist halt noch immer so, dass die Damen und Herren auf der Regierungsbank sich gerne „abfeiern lassen“ und mit den großen „Spendierhosen“ im Land herumfahren.

Es ist immer eine sehr herrschaftliche Haltung, wo es dann heißt, der Herr Landeshauptmann hat uns was gezahlt, die Frau Landesrätin hat uns das gebracht, meine Damen und Herren. (*LTabg. Kröpfl: „Da gibt es auch einen Oberösterreicher, der ‚herumfährt‘.“*) Und es ist noch immer - über den Herrn Landesrat Anschöber brauchen Sie sich in dieser Hinsicht ... (*LTabg. Kröpfl: Unverständlicher Zwischenruf*) ... wer auch immer das war, lieber Walter Kröpfl, keine Sorgen zu machen, aber schon absolut nicht. Ich erzähle es dir gerne, wie das dort läuft, aber nicht jetzt. Weil während meiner Redezeit möchte ich mich mit Herberstein befassen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Jede Förderung eine basisdemokratische Pflicht?“*) Nein, aber unter ganz klaren Regeln und zeitgemäßen Formen der Demokratie, Herr Kollege Drexler, wir können gerne ein Privatissimum abhalten, vielleicht nach der Sitzung.

Eines ist mir sehr wichtig: Wenn unsere Landesregierer und -regiererinnen so unterwegs sind, dass sie das Gefühl „versprühen“, es handle sich um Geld, das sie selber hergeben – ja dann ist es ganz klar, wenn eine Landeshauptfrau nach der Affäre Herberstein sagt, dass sie enttäuscht ist. Sie ist enttäuscht. Sonst ist ihr nicht viel eingefallen. Sie war enttäuscht von der Frau Herberstein zum Beispiel, die hier noch abgefeiert wurde – vor nicht all zu langer Zeit, wie sie in der ersten Reihe gesessen ist. Sie war enttäuscht. Das ist sozusagen eine Antwort auf der Beziehungsebene gewesen, nicht eine Antwort auf der sachpolitischen Ebene. Und es zeigt, was die Kriterien waren, mit denen man sich solchen großen Fördersituationen nähert. Versteht man sich mit wem oder versteht man sich nicht mit wem? Hat man Vertrauen oder hat man nicht Vertrauen?

Ja meine Damen und Herren, wenn unsere Regierungsmitglieder so mit ihrem Privatbudget umgehen, ist ihnen das unbenommen. Da habe ich überhaupt kein Problem damit, das geht mich auch nichts an. Aber mit öffentlichem Geld kann so nicht umgegangen werden.

Und ein zweites Stichwort: Ferialverfügung. Wir haben hier wieder die Situation, dass bei uns in der Landesregierung offensichtlich verwechselt wird, dass – wenn eines der Mitglieder der Landesregierung gerne etwas möchte – das dann auch umgesetzt wird. Das heißt es war klar, die Landeshauptfrau möchte hier gerne Geld fließen lassen. Und es war ja fast ein Sakrileg, dass jemand von der Landesverwaltung gesagt hat: „Na so leicht geht das nicht“. Hier wird, meine Damen und Herren, es noch immer verwechselt, noch immer so gesehen, dass es automatisch geschehen muss, wenn jemand von den Regierern oder Regiererinnen sich entschließt, Förderung fließen zu lassen. Und es ist nicht wichtig, welche Regeln es gibt. Offensichtlich sind unsere Mitglieder der Landesregierung oder waren die Mitglieder der Landesregierung, die für Herberstein verantwortlich sind, da ganz locker. Die haben sich offensichtlich als jemand gesehen, der über den Regeln steht und haben erwartet, dass die Verwaltung ganz automatisch so reagiert und agiert, wie sie das gerne wollen. Egal, ob Regeln übertreten werden oder nicht. Das ist die Situation, meine Damen und Herren. Das ist „Der Steirische Brauch“, wie mein Kollege Hagenauer das gerne nennt, dass man irgendwie die Sache sehr salopp hält. Jene, die an der Spitze sitzen, halten sich nicht gerne an Regeln und vor allem, sie lassen sich überhaupt nicht in die Karten schauen.

Noch einmal, meine Damen und Herren, es ist unser aller Geld und vor allem ist es das Geld der Bevölkerung, das hier immer wieder großzügig ausgegeben wird. Ich habe gesagt, ich habe Ihnen aufgezählt, was ich mir erwarte, was in Hinkunft anders werden soll und ich hätte sehr, sehr gerne den Herrn Landeshauptmann gefragt, ob er mir das garantieren kann. Denn, meine Damen und Herren, wenn er mir geantwortet hätte: „Na, was kann man schon garantieren im Leben?“, hätte ich gesagt: „Sorry, das ist aber ihr Job. Sie sind der Chef der Landesregierung, Sie müssen dafür sorgen, dass es jetzt Regeln gibt, ab sofort. (LTAbg. Stöhrmann: Unverständlicher Zwischenruf) Dass es Regeln gibt, die unmissverständlich klar stellen, dass diese Praktiken, wie wir sie im Fall Herberstein gesehen haben, kein

einziges Mal mehr zur Anwendung kommen, die unmissverständlich festlegen, wie mit öffentlichem Geld, mit Steuermitteln und mit Entscheidungen umzugehen ist.“ Das erwarte ich mir vom Chef einer Landesregierung, das erwarte ich mir von der gesamten Landesregierung, meine Damen und Herren.

Und, meine Damen und Herren, Sie werden weiterhin unter Beobachtung stehen. Wir werden uns das anschauen. Auch unterstützt durch zahlreiche Meldungen aus der Bevölkerung, wo nicht mehr akzeptiert wird, dass es so weiter geht, wie es im Fall Herberstein ganz offensichtlich gelaufen ist.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.25 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Bevor ich die nächste Wortmeldung erteile, darf ich die Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse des BRG Kapfenberg unter der Leitung von Frau Mag. Ulrike Zechner sehr herzlich hier im Landtag begrüßen. Wir freuen uns über Ihr Interesse, herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Als Nächster zur Wort gemeldet ist der Herr Dr. Murgg, ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Dr. Murgg (11.25 Uhr): Geschätzte Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Das Thema des Ausschusses, welchem ich über mehrere Monate als Vorsitzender zur Verfügung stehen durfte, hat, glaube ich sagen zu dürfen, wie selten zuvor eines in die Entwicklung der Landespolitik eingegriffen. Dass die damalige Landeshauptfrau Waltraud Klasnic am 2. Oktober 2005, wenn ich so sagen darf, ihr politisches „Waterloo“ erlebte, hatte ursächlich mit den jahrzehntelang geflossenen Fördermitteln an Herberstein zu tun. Es hatte damit zu tun, dass letztlich breite Kreise der steirischen Bevölkerung nicht mehr akzeptieren konnten und nicht mehr akzeptieren wollten, dass die Kontrolle durch den Fördergeber sich offenbar umgekehrt proportional zu den Vermögensverhältnissen des Förderungswerbers verhält.

Ich darf Ihnen sagen, während der letzten Wochen haben mich zahlreiche E-Mails und Anrufe in meiner Funktion als Ausschussvorsitzender erreicht. Wo mich einfache Steirerinnen und Steirer empört fragen, sage ich Ihnen dann,... *(LTAbg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf)* ... Sie haben nicht angerufen, das kann ich Ihnen sagen. Wo mich einfache Steirerinnen und Steirer immer wieder empört danach gefragt haben, wer jetzt eigentlich die Verantwortung für diesen Fördermissbrauch, wo der Ausschuss zu einem Ende kommt, zu übernehmen hat. Und in welcher Form die Verantwortlichen Rechenschaft abzulegen hätten. Ich habe immer wieder geantwortet, dass es beim Untersuchungsausschuss Herberstein um die politische Verantwortung gegangen ist und nicht um strafrechtliche Verfehlungen. Das nur vorne weg.

Der Herbersteinausschuss wurde am 14. März 2006 auf Antrag der SPÖ einstimmig eingerichtet. Sein

Auftrag lautete kurz zusammengefasst: Klärung der politischen Verantwortung der Landesregierung und einzelner ihrer Mitglieder im Zeitraum zwischen 1983 und 2005 für die Missstände im Zusammenhang mit dem Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG.

Wie gesagt, es heißt hier „Missstände“ und nicht etwa „Vermeintliche Missstände“. Dass es somit im Förderfall Herberstein Missstände gegeben hat, war offenbar für den Landtag bereits im März 2006 evident, wenn es jetzt auch so mancher wieder vergessen machen will. Schließlich war ja auch kurz vorher der dazu veröffentlichte Landesrechnungshofbericht erschienen.

Lassen Sie mich 2 Fakten vielleicht willkürlich aus der Fülle der Tatsachen herausgreifen, (*LTA*bg. *Riebenbauer*: „*Willkürlich*“ sagt er schon wieder.“) um zu illustrieren, was alles unter dem Begriff „Missstand“ zu subsumieren wäre. Der Gutachter Fritz Kleiner kommt in seinem Gerichtsgutachten zum Ergebnis, dass beim Unternehmen Herberstein, ich darf zitieren: „... ohne die Unterstützung des Landes die objektive Zahlungsunfähigkeit seit 1997 und die subjektive Zahlungsunfähigkeit seit 2002 eingetreten war“. Mit anderen Worten, das Unternehmen Herberstein OEG war seit 1997 eine betriebswirtschaftliche Ruine. Und da frage ich mich: Dafür musste man im Jahr 2004 plötzlich eine Ferialverfügung „aus dem Hut zaubern“, um den angeblich plötzlich – jetzt plötzlich – drohenden Kollaps abzuwenden?

Oder: Andrea Herberstein bekleidete zu keiner Zeit eine offizielle Funktion in der OEG, führte aber dennoch die Verhandlungen mit dem Land. Das hat offenbar keinerlei Vorbehalte bezüglich der fehlenden rechtlichen Legitimation von Andrea Herberstein gehabt. (*LTA*bg. *Mag. Drexler*: „*Eine Lobbyistin für ihre Kinder*.“) (*LTA*bg. *Kaufmann*: „*Sehr zynisch*.“)

Ich habe meine Arbeit als Vorsitzender von Beginn an so angelegt, um im Ausschuss 4 Themenkomplexe zu beleuchten, auf die ich jetzt näher eingehen möchte, auf die ich näher zu sprechen kommen möchte.

Erstens einmal das Förder- und Kontrollsystem des Landes: Es ist Ihnen allen bekannt, von 1984 bis 2004 flossen fast 7 Millionen Euro nach Herberstein – allein in den Tier- und Naturpark über 4,2 Millionen. Gleichzeitig galten für die Gutsverwaltung zumindest in den Neunzigerjahren erleichterte Bedingungen bei Förderansuchen, oft wurden keine schriftlichen Ansuchen verlangt, die Förderkontrolle durch das Land war milde ausgedrückt wenig gründlich. So wurden dem Land vorgelegte Einzahlungsbelege nicht immer abgestempelt und dadurch entwertet, dem Fördermissbrauch wurde somit Tür und Tor geöffnet. Deshalb unterstützt der Untersuchungsausschuss in seinen Schlussfolgerungen ausdrücklich die Empfehlungen des Landesrechnungshofes nach Einführung eines einheitlichen Fördersystems durch Einrichtung von Personenkonten, womit erfreulicherweise begonnen wurde. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der geschätzte Landesamtsdirektor Dr. Gerhart Wielinger dazu befragt im Zeugenstand bestätigt hat, dass über Maßnahmen zur Effektivierung der Kontrolle in der Landesregierung erst seit 2005 geredet worden war, also erst nachdem der Fall Herberstein in den Medien gewesen ist und die Öffentlichkeit beschäftigt hat.

Nun zum Komplex „typische stille Beteiligung“: Es ist Ihnen bekannt, im Juli 2002 wurde zwischen dem Land Steiermark und der Herberstein OEG ein Vertrag über die Errichtung einer so genannten typischen stillen Gesellschaft abgeschlossen, in dessen Folge 2,906 Millionen Euro Landesmittel in die OEG flossen. Dass dieser Vertrag für das Land äußerst nachteilig war, hat erstmalig der Landesrechnungshof in seinem Herberstein-Bericht festgestellt. Dazu befragt, kamen die damaligen Mitglieder oder einige der damaligen Mitglieder der Landesregierung zu durchaus unterschiedlichen Einschätzungen, betreffend die Intention dieser typischen stillen Beteiligung. Von dem Eingeständnis, damit nicht näher befasst gewesen zu sein, über die Einschätzung, die Beteiligung hätte auch tatsächlich dazu gedient, ein gewisses Mitspracherecht des Landes bei der OEG zu bekommen, bis zur These, letztlich sei es dabei nur darum gegangen eine EU-konforme Förderung an Herberstein auszuschütten, reichte die Bandbreite der Einschätzungen. Die Aussagen der Zeugen zusammenfassend, lässt sich wohl feststellen. Diese stille Beteiligung war nie als solche gedacht, sondern diente dazu, bereits getätigte Investitionen des Landes nachträglich abzudecken. Der verantwortliche Landesrat Gerhard Hirschmann hat diese Sicht der Dinge im Ausschuss auch recht freimütig bestätigt. Ich meine, es wäre überhaus sinnvoll gewesen, diese Einschätzung dem Landesrechnungshof fristgerecht zukommen zu lassen. Er hätte sich nämlich dadurch eine Menge Arbeit hinsichtlich der Analyse des Beteiligungsvertrages erspart. Ich meine auch, den Landesrechnungshof einen Vertrag prüfen zu lassen, dessen Entbehrlichkeit den meisten Mitgliedern der Landesregierung ohnehin bewusst gewesen ist, grenzt an politische Desavouierung, noch dazu wo auch nach Vorlage dieses Landesrechnungshof-Rohberichtes zu Herberstein auf Einladung einer Stellungnahme die betroffenen Mitglieder der Landesregierung ihre Einschätzung des tatsächlichen Vertragszweckes dem Rechnungshof weiterhin nicht mitteilen wollten. Als politisch hauptverantwortlich sind – trotz einstimmigen Beschlusses der Landesregierung und in sofern ist auch die Sozialdemokratie nicht frei von Schuld – der damalige Tourismuslandesrat Gerhard Hirschmann und die ehemalige Landeshauptfrau Waltraud Klasnic zu nennen, die diese Pläne bekanntlich ja maßgeblich förderte.

Nun zur Causa Prima – wenn man es so will – beim Förderfall Herberstein, zur viel zitierten Ferialverfügung. Wir haben dazu zahlreiche Zeuginnen und Zeugen gehört. Diese kamen im Wesentlichen zu zwei Einschätzungen, was die Rechtmäßigkeit dieser Ferialverfügung, in deren Folge eine Million Euro an die Herberstein OEG geflossen sind, betrifft. Die erste Einschätzung – es gab dafür eine Rechtsgrundlage, die zweite Einschätzung verneint diese Sicht der Dinge.

Ich möchte dazu eine grundsätzliche Anmerkung machen. Die Bewertung der Recht- bzw. Nichtrechtmäßigkeit dieser Ferialverfügung kann vom Untersuchungsausschuss nicht dadurch gewonnen werden, indem jeweilige Zeugenaussagen gegenübergestellt, zusammengezählt und an die Meinung der größeren Zahl als für den Ausschuss verbindlich betrachtet werden. Ein Untersuchungsausschuss ist kein Gericht, das ist klar. Aber auch seine Mitglieder haben nach bestem Wissen und Gewissen die

Zeugenaussagen zu prüfen, sie mit anderen Tatsachen in Beziehung zu setzen und daraus schließlich ein Gesamtbild zu entwickeln. In diesem Sinne folgte der Untersuchungsausschuss nicht der Einschätzung der Mehrheit der Zeugen, sondern schloss sich der Meinung einer Minderheit an. Es geht letztlich darum, dass eine Ferialverfügung nicht per se eine Rechtsgrundlage sein kann. Und in diesem Sinne hält der Untersuchungsausschuss die Interpretation, die Rechtsgrundlage der Auszahlung von einer Million Euro hätte zumindest eines Vorvertrages zwischen Land und Herberstein OEG bedurft, für erheblich plausibler als die Annahme, die Ferialverfügung sei quasi aus sich selbst heraus eine Rechtsgrundlage. Das vor allem auch deshalb, weil die erstgenannte Interpretation den ausdrücklichen Intentionen des Autors, der Stellungnahme der Landesfinanzreferentin entspricht. Das heißt, der Untersuchungsausschuss kommt zum Urteil, dass die Auszahlung der einen Million Euro an die Herberstein OEG ohne gültige Rechtsgrundlage erfolgt ist. Natürlich ist diese Aussage von mir und vom Endbericht kein juristisches Gutachten. Es ist das Ergebnis logischer Schlussfolgerungen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Parteipolitische Polemik, Sie haben Recht!“*) Es ist kein juristisches Gutachten, sondern das Ergebnis gut abgewogener logischer Schlussfolgerungen. Das Instrument Ferialverfügung ist wohl grundsätzlich zu hinterfragen. Nicht umsonst finden alle anderen Bundesländer während der Sommerpause ohne dieses Instrumentarium das Auslangen. In diesem Sinne freut es mich, dass der Untersuchungsausschuss, einstimmig im Übrigen, an den Landtag den Antrag stellte, zu prüfen, ob auf das Instrument der Ferialverfügung verzichtet werden kann.

Ich komme nun zum vierten, zum letzten Themenkomplex – der Tierhaltung und dem Betriebsklima: Es freut mich besonders, dass auch dieses Thema Inhalt des Untersuchungsausschusses wurde, obwohl ich anfangs von den Fraktionen der Sozialdemokratie und der Österreichischen Volkspartei – von dieser besonders – belächelt, ja nahezu gerügt wurde, auch das zum Inhalt des Ausschusses gemacht und Zeuginnen und Zeugen zu diesem Themenkomplex geladen zu haben. Einzig – das sage ich hier auch – der Vertreter der Fraktion der Grünen, Kollege Hagenauer hat mich in diesem Ansinnen von Anfang an unterstützt. (*LTabg. Mag. Drexler: „Mit dem Zeugen Schmuck?“*) Kurz gesagt, Herr Kollege Drexler, wer es bis heute nicht begriffen hat, dass man nicht monatelang zur Klärung der politischen Verantwortung bezüglich Missständen in einem Tierpark zusammensitzen kann, ohne dabei zu beleuchten, wie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Tierparks umgegangen wird, bzw. auch die Tierhaltung zu beleuchten, hat nicht begriffen, was politische Verantwortung heißt. (*Beifall bei der KPÖ und SPÖ*) Mehrere Zeugen haben dazu teils erschütternde Aussagen gemacht. Ich will das hier nicht aufwärmen. Aufgezeigte Mängel und Missstände stehen in direktem Zusammenhang mit der Person des Tierparkleiters. Deshalb tritt der Ausschuss dafür ein, die Position des zoologischen Leiters öffentlich auszuschreiben. Es war mir immer ein besonderes Anliegen, auch die Interessen der Tierparkbeschäftigten im Auge zu behalten und so ist es zu begrüßen, dass der Ausschuss einstimmig die Bestrebungen, endlich

einen Betriebsrat für die dort Beschäftigten einzurichten, unterstützt. Ebenso wurde mein Vorschlag einstimmig angenommen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der neuen Tierparkgesellschaft ein an den Landesdienst angelehntes Lohnschema zukommen zu lassen und sich anzuschauen, wie es in ähnlichen Tierparks aussieht, um dann eben ein Lohnschema für diese Beschäftigten zu entwickeln.

Nach Ende der Zeugeneinvernahmen wurde von Seiten Herbersteins zu diesem Themenkomplex ein Konvolut von Schriftstücken zur vermeintlichen Entkräftung der von Zeuginnen und Zeugen im Ausschuss erhobenen Vorwürfe vorgelegt. Dieses Konvolut wurde vom Ausschuss nie als Beweismittel in Erwägung gezogen und konnte deshalb in die vom Ausschuss getätigten Schlussfolgerungen in keiner Weise einfließen. Die ÖVP hat nach Vorlage meines Endberichtes angekündigt, einen eigenen Entwurf, einen eigenen Bericht vorlegen zu wollen. In der letzten Sitzung des Ausschusses hat sie als Abänderungsantrag einen Minderheitsantrag eingebracht. Von der vollmundigen Ankündigung, einen fundierten Alternativentwurf vorzulegen, ist nicht vielmehr als eine Aneinanderreihung von kritisierten Zitaten aus meinem Entwurf geblieben. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Ein schwerer Fehler!“*) Vielleicht haben Sie es schon aus diesem Grund vorgezogen, zu dieser Sitzung, lieber Kollege Drexler, nicht zu erscheinen, weil ob dieses – fast hätte ich gesagt „Machtwerkes“ hätte Ihnen eigentlich die Schamesröte ins Gesicht steigen müssen. (*Heiterkeit in der SPÖ*) (*LTAvg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf*) Ich habe trotzdem der ÖVP angeboten, darüber eine längere Diskussion zu führen und dazu nötigenfalls eine weitere Sitzung des Ausschusses - Herr Kollege Straßberger, Sie wissen das genau - eine weitere Sitzung des Ausschusses abzuhalten. Dieser Vorschlag wurde von der Österreichischen Volkspartei, im Besonderen von Ihnen, abgelehnt. (*LTAvg. Hamedl: Unverständlicher Zwischenruf*) Sie beharrten leider auf eine Abstimmung Ihres Minderheitenpapiers – offenbar wollten Sie in eine Art Märtyrerrolle schlüpfen, weil Sie schon gewusst haben, dass Ihr Minderheitenbericht keine Zustimmung finden wird. Dennoch wurden einige der von der ÖVP vorgeschlagenen Korrekturen in meinen Bericht eingearbeitet, eines habe ich – wer ist schon frei von Fehlern – übersehen und deswegen gibt es dazu noch von mir einen Abänderungsantrag.

Schließlich, es freut mich, dass mein Berichtsentwurf doch eine Mehrheit im Ausschuss gefunden hat. (*LTAvg. Straßberger: „Aber geh! Dem Bericht kann man nicht zustimmen.“*) Dass die ÖVP kaum bereit sein würde, über ihren Schatten zu springen, ist mir von Anfang an klar gewesen. Aber eines, geschätzte Damen und Herren der Volkspartei, möchte ich Ihnen doch mit auf den Weg geben: Dass Sie gerade auch nach dem von mir eingangs zitierten „Waterloo“ des 2. Oktober 2005, welches ursächlich mit Herberstein verknüpft ist ... (*LTAvg. Hamedl: „Herr Kollege ...“; weiterer Zwischenruf unverständlich*) ... hier in dieser Causa immer noch null Unrechtsbewusstsein haben und immer noch so tun, als wäre in dieser Sache alles in Ordnung gewesen, ist eigentlich erschütternd. Dass die SPÖ von diesem Zug möglicherweise zu spät abgesprungen ist, steht auf einem anderen Blatt.

Aber Sie von der Österreichischen Volkspartei halten Herberstein immer noch für einen Betriebsunfall. Aber nicht für einen Betriebsunfall der politischen Entscheidungsträger sondern für einen des Wählers in der Wahlzelle. Und das ist die wirkliche Tragödie an dieser Sache. (*LTabg. Hamedl: Zu Beginn Zwischenruf unverständlich* „... da haben Sie einfach nichts gehört.“) Abschließend möchte ich trotzdem allen Ausschussmitgliedern für ihre Mitarbeit im Ausschuss danken. Ich glaube, wir haben trotz aller gegenteiligen Einschätzung der Materie eine fruchtbare und sachliche Diskussion geführt.

Ich möchte vor allem der Beamtenschaft des Landes danken, hier vor allem dem Landesrechnungshof. Und ich möchte auch einer Person danken, die mich als Nichtjuristen doch durch alle Fährnisse, durch das Skylla Charybdis der Juristerei, wenn ich so sagen darf, geführt hat, ich möchte dir, lieber – ist er da, ja – Hofrat Anderwald auch ein herzliches Danke sagen. Ich diesem Sinne Glück auf.

(*Beifall bei der KPÖ und SPÖ – 11.43 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Ich darf eine weitere Schulklasse herzlich hier im Landtag begrüßen und zwar ist das die 3c-Klasse der Volksschule Graz-Nibelungen mit 16 Schülerinnen und Schülern. Sie werden begleitet vom Pater Klemens Zettl und der Frau Lehrerin Anna Taus. Ich begrüße euch recht herzlich, bitte euch aber, von Beifallskundgebungen Abstand zu nehmen. (*Allgemeiner Beifall*)

Als Nächster zur Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Mag. Drexler, ich darf ihm das Wort erteilen.

LTabg. Mag. Drexler (11.44 Uhr): Sehr geehrte Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieser Untersuchungsausschuss Herberstein, dessen Endbericht dem Vernehmen nach nun vorliegt, ist von einem klugen politischen Kommentator vor Beginn der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses als „Revanchefoul auf Landesliganiveau“ bezeichnet worden. Da hat der politische Journalismus in der Steiermark einmal Größe aufblitzen lassen, denn das, was da vorweg gemutmaßt wurde, ist tatsächlich eingetreten.

Zweiundsiebzig Stunden und einundvierzig Minuten war die Sitzungsdauer in diesem Untersuchungsausschuss. Man hätte, wer schnell rechnet, das eigentlich in drei Tagen am Stück erledigen können. Ich glaube, die Qualität der Arbeit wäre um nichts schlechter gewesen, selbst wenn der eine oder andere schläfrig geworden wäre. Man kann heute sagen, dieser Untersuchungsausschuss, der natürlich von der Sozialdemokratie und der hier als Blockpartei agierenden kommunistischen Partei gemeinsam als Antwort ... (*LTabg. Stöhrmann: Unverständlicher Zwischenruf*) ...auf den von den Grünen initiierten KAGES-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden ist. Dieser Untersuchungsausschuss hat wahrlich

nichts erheblich Neues zu Tage gebracht.

Man hat ja auch schon in den ersten Tagen dieses Untersuchungsausschusses gemerkt, dass insbesondere die SPÖ „zurück rudert“. Sie hat ja auch allen Grund dazu gehabt. Sie erinnern sich: Der derzeitige Landeshauptmann hat ja wenige Wochen nach seinem Amtsantritt plötzlich erklärt, dass ihm ein Bauchgefühl mitgeteilt habe, es gelte nun 600.000 Euro nach Herberstein zu schicken. (*LTA*bg. *Stöhrmann und LTA*bg. *Straßberger gleichzeitige, unverständliche Zwischenrufe*) Es ist ja überhaupt ein bemerkenswerter Zug des derzeitigen Amtsinhabers, dass er vieles von dem, was er vor dem heute schon angesprochenen 2. Oktober 2005 mit Zeter und Mordio bekämpft hat, plötzlich zum allein glücklich machenden Inhalt einer vernünftigen Landespolitik erklärt.

Erinnern Sie sich etwa an die Organhaftungsklagen. Ich habe damals im Rahmen eines Pressegespräches Punkt für Punkt erklärt, warum die steirische Volkspartei der Meinung ist, dass diese Organhaftungsklagen bei der ESTAG nur dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin oder den Stromkunden Geld kosten würden. Der „geläuterte“ Landeshauptmann ist der Meinung, derartige Organhaftungsklagen wären ein Wahnsinn, wenn ich die Zeitung richtig lese. Herzlich willkommen im Klub! Wir haben das vor eineinhalb Jahren bereits gesagt, wenngleich mit etwas gesetzteren Worten, aber so ist halt das jeweilige Amtsverständnis, wenn man das so sagen darf. Und so war es auch bei Herberstein, weswegen völlig klar ist, dass offensichtlich zum Amtsverständnis eines Landeshauptmannes insbesondere auch die Sorge um den ruhigen Schlaf der Löwen in diesem Lande – insbesondere der Löwen im Gehege in Herberstein – gehört. Das anerkennen wir, Respekt Herr Landeshauptmann.

600.000 Euro per Bauchgefühl – da war es an der Zeit, im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss „zurückzurudern“.

Es hat sich ja dann auch in den inhaltlichen Auseinandersetzungen gezeigt. Überhaupt nicht mehr war davon die Rede seitens der Sozialdemokratie, dass es grundsätzlich falsch wäre, diesen Tierpark zu unterstützen, zu subventionieren und am Leben zu erhalten. Überhaupt nicht war davon die Rede, dass die eine oder andere Förderung, die Stille Beteiligung, oder was auch immer, hier falsch gewesen wäre, nein. Spiritus Rector der steirischen Sozialdemokratie, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kurt Flecker, hat den vermeintlichen Ausweg aus der Herbersteinkrise der SPÖ angezeigt. Es geht nur mehr um eines, nämlich, dass die Sagen umwobene Ferialverfügung vom Sommer 2004 nicht rechtmäßig gewesen wäre. An der Rechtsgrundlage habe es ihr gemangelt. Es ist nicht einmal im Zusammenhang mit dieser Ferialverfügung wirklich seitens der Sozialdemokratie der Versuch unternommen worden, zu sagen, dass es falsch gewesen wäre, 1 Million dort hinaus zu schicken. Das wäre ja auch bemerkenswert gewesen, wenn man Monate später weitere 600.000 Euro aufgrund des Bauchgeföhls hinschicken muss. Nein! Es ging nur darum, dass sie formal sozusagen einen Mangel gehabt habe, diese so genannte Rechtsgrundlage habe ihr gefehlt. Diese Linie, vorgegeben von Dr. Kurt Flecker, ist versucht worden, als neuen großen

Herbersteinangriffspunkt der SPÖ hier in den Mittelpunkt zu stellen. Und, verehrte Kolleginnen und Kollegen, leider sind andere Fraktionen dieser Strategie der SPÖ auf den „Leim gegangen“. Wir haben uns da des Langen und des Breiten – das war ja der einzige Punkt in der Sache, der übrig geblieben ist – über diese Ferialverfügung unterhalten.

Meine Damen und Herren, weil der Kollege Dr. Murgg - zu dem ich dann auch noch ein, zwei Silben verlieren werde – heute erklärt hat, dass es bei der Beweiswürdigung nicht nur darum ginge, wie viele Zeugen einer Meinung waren, sondern man natürlich als weiser Vorsitzender oder Ausschussmehrheit – oder was auch immer – auch der Meinung abweichender Zeugenaussagen beitreten kann, das ist natürlich richtig. Ich darf Ihnen aber schon eines sagen, wenn wir uns über eine mangelnde oder nicht mangelnde Rechtsgrundlage einer Ferialverfügung unterhalten und Sie haben folgende Liste von Zeugen, die sagen, diese Ferialverfügung bildet die Rechtsgrundlage für die Auszahlung: Die Auszahlung ist völlig korrekt zustande gekommen. Das haben sinngemäß ausgesagt vom Landesrechnungshof Herr Mag. Grünwald und Herr Hofrat Dr. Meinx, von der Landesbuchhaltung Herr Hofrat DDr. Kapl, aus der Landesamtsdirektion der derzeitige Landesamtsdirektor wirklicher Hofrat Universitätsprofessor Dr. Gerhart Wielinger, sein Amtsnachfolger Hofrat Dr. Ofner hat auf mein Befragen – bitte, das vor allem auch die beiden Landeshauptleute im Detail vielleicht sich kurz anzuhören – der künftige Landesamtsdirektor Dr. Ofner hat im Untersuchungsausschuss nämlich gesagt, auf meine Frage, wie denn das jetzt sei, ob die Rechtsmeinung, dass diese Ferialverfügung richtig zustande gekommen, die Auszahlung korrekt ist und die Rechtsgrundlage da ist, hat er gesagt, Ofner: „Ich glaube, dass man hier die Usancen, also die Gebräuchlichkeiten der Ferialverfügung bei der Beurteilung mit einbeziehen muss. Und ich denke, dass Hofrat Wielinger das auch bei der Erstellung seiner Rechtsmeinung getan hat. Ich kann dieser Rechtsmeinung durchaus etwas abgewinnen und habe mich sonst weiter in eine rechtliche Beurteilung dieser Frage nicht eingelassen.“

Meine Damen und Herren, allein diese Antwort auf eine Frage im Untersuchungsausschuss halte ich für erstens mutig von Herrn Dr. Ofner – bemerkenswerter Weise war er da noch nicht bestellt. Aber er konnte ja zu diesem Zeitpunkt bereits wissen, wie der derzeitige Landeshauptmann Rechtsmeinungen von Landesamtsdirektoren im Zweifel per E-Mail feinjustiert, insofern wirklich bemerkenswert, dass sich auch Ofner der Meinung von Wielinger in diesem Zusammenhang angeschlossen hat. Die Liste ist aber noch nicht zu Ende. Hofrat Dr. Marko, Hofrat Mag. Wlattnig, um nur diese Liste zu vervollständigen. All diese verdienten und qualifizierten Landesbeamten, jedenfalls in der überwiegenden Anzahl auch rechtskundigen Landesbeamten waren der Meinung, dass diese Ferialverfügung erstens rechtmäßig zustande gekommen und die Auszahlung Anfang August 2004 aufgrund dieser Ferialverfügung auch rechtmäßig erfolgt ist. Einzig und allein der Hofrat in Ruhe, der zweite Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker, war der Meinung, dass das nicht so ist und fand, damit das alles auch richtig erwähnt wird,

Unterstützung im seinerzeitigen mittlerweile auch im Ruhestand befindlichen Vorstand der Finanzabteilung, Hofrat Dr. Wurm. Das heißt, Herr Kollege Dr. Murgg, nicht die bloße Tatsache, dass eins, zwei, drei vier, fünf, sechs, sieben Zeugen gesagt haben, rechtmäßig und zwei Zeugen nur gesagt haben, nicht rechtmäßig, nicht der bloße quantitative Vergleich, sondern in diesem Fall ist auch ein qualitativer Vergleich erlaubt, weil ich ja bitteschön diesen sieben Zeugen, was Sie implizit tun, nicht a priori jede Qualifikation für die Beantwortung dieser Frage absprechen kann. Und das war die einzige Geschichte, die eigentlich hier in diesem Untersuchungsausschuss in der Sache durchdiskutiert worden ist, die Mehrheit im Ausschuss hat ihre von vorneherein vorgefasste, vorurteilsbehaftete Meinung, dass das nicht rechtmäßig gewesen wäre, beibehalten. Herzlichen Glückwunsch zum Mehrheitsbeschluss, wir werden hier heute noch einen erleben. Aber damit hat es sich im Wesentlichen auch schon, was die eigentlichen Aufgaben dieses Untersuchungsausschusses betroffen hat. (*Heiterkeit in der ÖVP*)

Aber unser kleiner Revolutionär – der dem großen Revolutionär huldigt – und Ausschussvorsitzender Kollege Dr. Murgg hat manches hier vertauscht. (*LTabg. Gödl: „Wie heißt der große Revolutionär?“*) (*Heiterkeit in der ÖVP*) Ich glaube nämlich, dass er sich ein wenig bei einem Inquisitionsprozess gewöhnt hat. (*LTabg. Kaufmann: „Das ist ja eine Frechheit!“*) Sie wissen, was das wesentliche strukturelle Merkmal eines Inquisitionsprozesses ist? Ankläger und Richter sind ein und dieselbe Person. – Sehr beliebt, insbesondere in totalitären Systemen. Das hat eben ein wenig durchgeschimmert, Herr Kollege. Denn wenn man hier mehrfach hergeht und von vorneherein als gegeben erachtete Meinungen sich weder durch Zeugenaussagen durcheinander bringen lässt, noch durch parlamentarische Debatten oder durch einen möglicherweise notwendigen kurzen kritischen Moment der Selbstreflexion. Nichts von all dem, da fährt die „Eisenbahn darüber“ und es bleibt eben so, wie man es sich von vorneherein zurecht gelegt hat. Das war die größte Schwäche dieses Untersuchungsausschusses, der phasenweise hier ja die Qualität eines Schauprozesses gehabt hat und nicht den einer sorgfältigen politischen Untersuchung. Und das sieht man ja auch dann, wenn wir an das Ende dieses Untersuchungsausschusses denken. Hier wird ein Entwurf vorgelegt für einen Bericht. Bericht? Was war es wirklich? Es war eher ein von vorneherein klar stehender Kommentar oder eine persönliche Wertung oder persönliche Meinung des Kollegen Dr. Murgg. Ein Bericht war es mit Sicherheit nicht. Weil ein Bericht soll nämlich ein Text sein, der einen Sachverhalt oder eine Handlung objektiv schildert, ohne Wertungen des Autors zu enthalten. Im Journalismus beispielsweise ist der Bericht eine sehr häufig gewählte Textform, nicht allerdings bei kommunistisch geführten Untersuchungsausschüssen. Da ist der Bericht die Ausnahme, da geht es einzig und allein darum, vorgefasste Meinungen, die einem gerade politisch in den Kram passen, unter dem Deckmantel eines so genannten Berichtes hier zusammenzufassen. Und wissen Sie, Herr Kollege Dr. Murgg, wenn Sie sagen, der 2. Oktober 2005 und wir sollen da doch endlich irgendwie irgendetwas einbekennen: Darum geht es ja nicht. Über die Gründe der Wahlniederlage der Steirischen Volkspartei vom Oktober 2005 ist

viel geschrieben, viel nachgedacht worden. Da weiß ich möglicherweise sogar mehr als Sie. Sie werden es mir nicht glauben, nur das darf ja bitteschön noch nicht bedeuten, dass Sie die sorgfältige Untersuchungsarbeit in diesem Ausschuss dazu missbrauchen, hier einfach kommunistisches, parteipolitisches „Kleingeld zu prägen“ oder den Versuch zu unternehmen, es zu prägen, um es dann mit Ihren Kollegen von der SPÖ zu wechseln oder wie auch immer. *(Beifall bei der ÖVP)* *(LTAbg. Bacher: „Kommt gleich nach dem Kollegen Hagenauer.“)* Kollege Bacher, herzlichen Dank. Es ist völlig richtig. Ich meine das Einzige, was man jetzt dem Kollegen Dr. Murgg vielleicht entschuldigend in Rechnung stellen kann ist, dass er noch nicht so lange dabei ist wie der Kollege Hagenauer. Aber natürlich ist ein qualitativer Unterschied in der Ausschussvorsitzführung etwa im ESTAG-Ausschuss oder dem Vernehmen nach auch im KAGes-Ausschuss zu sehen, wo der Kollege Hagenauer immer den Versuch unternommen hat, erstens alle zu hören, zweitens faire Vorsitzführung in den Vordergrund zu stellen und auch wohl abgewogene Berichtsentwürfe am Ende vorzulegen. Es ist ja kein Wunder, dass auch der ESTAG-Endbericht zu 98 Prozent – oder was weiß ich – die Zustimmung etwa der ÖVP in diesem Hause gefunden hat. *(Heiterkeit in der SPÖ)*

Herr Kollege Dr. Murgg, wie gesagt, in der Sache was war da in Herberstein? Ja also bitte, da sind sich sowieso schon alle lange einig und ich glaube, es ist eine Arbeitsgruppe schon von der Frau Landeshauptmann Klasnic eingesetzt worden. Der derzeitige Landeshauptmann führt das fort, wie mir berichtet wird, nämlich dieses neue Förder-Controlling im Lande einzuführen. Da gibt es Gruppen und Experten und Leute, die sich damit auseinandersetzen, ist alles wunderbar. Gut, weiters: An sich ist bei diesem Untersuchungsausschuss nicht wirklich etwas übrig geblieben. Dann der Versuch, sozusagen hier noch der letzte Rettungsanker, dass wir ja einen Skandal finden, die von Dr. Flecker ersonnene mangelhafte Ferialverfügung – ist eigentlich nicht viel übrig geblieben in diesem Untersuchungsausschuss, außer dass es manchmal recht unterhaltsam war, wenn Einzelne da über Rechtsgrundlagen philosophiert haben, das war zum Teil wirklich sehr unterhaltsam – aber wie gesagt, es hat zu keinem Ergebnis geführt, dass hier mit dieser Ferialverfügung irgend etwas nicht in Ordnung gewesen sein soll.

Wissen Sie, Herr Kollege Murgg, das Problem ist, dass Sie mit Ihren vorgefassten Meinungen und in dieser Schauprozess-Mentalität einen Bericht hier vorgelegt haben, wo halt von A bis Z klar ersichtlich ist, dass das nicht einmal der Versuch eines Berichtes ist, sondern der Versuch einer politischen Abrechnung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie haben ja immer in diesem Ausschuss eine besondere Genauigkeit an den Tag gelegt. Sie haben uns ja heute erzählt, dass es für Sie so wichtig war, hier zoologische und veterinärmedizinische Erhebungen durchzuführen - dem Wortschatz der Untersuchungsausschussmitglieder gehört nur das Wort „Kachexie“ an. Wir wissen aber auch mittlerweile, dass das keine Krankheit, sondern nur ein Symptom ist. Wir haben

viel gelernt in diesem Untersuchungsausschuss. Sie haben da Ihren Kronzeugen - Schmuck hat der geheißen, eine ganz besondere Persönlichkeit, am Rande – der da vorgebliches zoologisches Wissen in den Saal geplustert, geprustet hat ... (*Heiterkeit in der ÖVP*) ... und anekdotisch irgendwelche Dinge erzählt hat, die alles mögliche, aber jedenfalls nicht jugendfrei waren. Da haben Sie dann Ihre Rückschlüsse gezogen. Sie haben dann auf der kommunistischen Homepage – ich weiß nicht, ob Sie da einen anderen Ausdruck dafür haben, die Freiheitlichen haben sie gelegentlich „Heimatseite“ (*Heiterkeit in der ÖVP*) genannt, vielleicht gibt es ja da bei Ihnen auch irgendeinen anderen Ausdruck, falls das zuviel der Anglizismen ist im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung oder ähnlicher „Teufelskrankheiten“, wie auch immer – dieses vorgebliche zoologische Wissen und diese fachgerechten Erörterungen dieser Zeugen ja im Detail dargestellt.

Die mangelnde Genauigkeit, die Sie dort an den Tag gelegt haben, kennzeichnet auch Ihren Bericht. Nämlich, damit sich die Öffentlichkeit auch einmal ein Bild machen kann, womit sich so ein Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der politischen Verantwortung - Klammer auf „Sieg“ Rufzeichen, Klammer zu - womit man sich hier beschäftigt.

Zum Beispiel wurde uns erzählt, dass der Tapirus Terrestris, dieser hier, das hat nichts mit terrestrischem Fernsehen zu tun (*zeigt ein Plakat mit der Abbildung des Tapires*), sondern das ist der Flachlandtapir, (*Heiterkeit in der ÖVP*) der auch in Herberstein zu Hause ist, der laut Ihrem Kronzeugen Schmuck sich dort – obwohl er eigentlich ganz happy aussieht, für einen Tapir halt – nicht wohl fühlt. Sie haben versucht, das auf Ihrer Homepage mit einem Bild des Tapirus Indicus zu beweisen. (*Anhaltende Heiterkeit in der ÖVP*) (*LTAbg. Zenz: „Geht es auch ohne Taferln?“*) Das ist der Schabrackentapir, auch hier. Die schauen nicht nur anders aus, sondern der eine, nämlich der Tapirus Indicus kommt in Myanmar – Sie wissen, das ist das frühere Burma, in Thailand, auf der Malaiischen Halbinsel bis zur Insel Sumatra, Borneo, Kambodscha – im Süden Chinas vor, lebt in den dortigen Gegebenheiten. Währenddessen der Tapirus terrestris, also dieser Flachlandtapir, der wiederum in tiefergelegenen Regionen in Südamerika vorkommt. (*LTAbg. Kaufmann: Unverständlicher Zwischenruf*)

Und, Herr Kollege, genau mit der Ungenauigkeit von zehntausenden Kilometern, die Sie in der wesentlichen Frage der Tapire walten haben lassen, zehntausende Kilometer Unterschied, mit genau dieser Genauigkeit haben Sie den gesamten Bericht verfasst. Mithin, wäre es für eine Deutschschularbeit erstens Themaverfehlung, ... (*LTAbg. Böhmer: „Kollege, Themaverfehlung, das ist ... „, weiterer Zwischenruf unverständlich*) ... zweitens erhebliche, inhaltliche Mängel, erhebliche, inhaltlich Mängel, die Rechtschreibung haben wir nicht überprüft, ist aber egal ... (*LTAbg. Kaufmann: „Ist das jetzt der Herr Oberlehrer oder was?“*) ... jedenfalls ein Nichtgenügend. Wissen Sie, abschließend, es ist schon ein besonderes Zeichen demokratischer Unkultur, wenn es der Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses unternimmt, einen Zeugen zu klagen. - Einen Zeugen im Vorfeld der Befragung im

Untersuchungsausschuss zu klagen. – Damit ist der Blick frei gemacht auf das demokratiepolitische Verständnis dieser kommunistischen Partei und des Vorsitzenden in diesem Untersuchungsausschuss. Es war eben ein Beispiel mit dem Inquisitionsprozess nicht so weit hergeholt: Richter und Kläger in einem. Seit langem in Kontinentaleuropa eigentlich überwunden geglaubt – aber wir hatten ja auch die kommunistische Herrschaft überwunden geglaubt. (LTAvg. Stöhrmann: „Deine Überheblichkeit ist nicht mehr zu überbieten.“)

In diesem Sinne, dieser Untersuchungsausschuss hat viel Zeit beansprucht, viel Geld gekostet, viel Lärm um Nichts. Es ist selbst die mühsam zurecht konstruierte, angebliche Skandalgeschichte dieser Ferialverfügung ex 2004 wie ein rot-rotes Kartenhaus in sich zusammengebrochen - nur Herz und Karo. Pick und Kreuz haben nicht mitgespielt – ein rot-rotes Kartenhaus ist in sich zusammengebrochen. (Heiterkeit in der SPÖ) Viel bleibt nicht von diesem Untersuchungsausschuss, einzig und allein die Lehre, dass man Untersuchungsausschüsse ... (Glockenzeichen der Präsidentin) (LTAvg. Stöhrmann: „Frau Präsidentin, lassen Sie ihn weiterreden, geben Sie ihm noch Zeit. – So eine Exkursion an Überheblichkeit.“) ... nicht aus Willkür und als bloßes politisches „Revanchefoul“ so in die parlamentarische Öffentlichkeit streuen soll, sondern sie nur dann einsetzen soll, wenn es tatsächlich politische Verantwortung für Missstände zu untersuchen gilt. Das sollten wir uns alle selbst ins Stammbuch schreiben. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP – 12.07 Uhr)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zur Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Kröpfl, ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAvg. Kröpfl (12.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrte Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrten Damen und Herren im Zuschauerraum!

Es ist nicht ganz einfach, das gebe ich jetzt schon zu, nach einem Kabarettisten hier wieder Ernsthaftigkeit in dieses Plenum zu bringen. (LTAvg. Böhmer: „Bitte nicht auf diesem Niveau.“) Denn deine Ausführungen, lieber Christopher, haben ja wirklich die Grenze zum Kabarett gerade angerissen, wenn nicht schon teilweise überschritten. (Beifall bei der SPÖ) (LTAvg. Straßberger: „Stark! Gell.“) Es war nicht stark. Im Grunde muss ich sagen, ist es bestürzend, wenn man das Instrument eines Untersuchungsausschusses – wie hat heute ein Kollege gesagt, welches das zweithöchste Instrumentarium im Landtag ist – wenn wir so ein Instrument so darstellen, wie du das hier gemacht hast, ... (LTAvg. Mag. Drexler: „Der Missbrauch hat im Vorfeld stattgefunden und nicht im Nachhinein.“) ... da hätte ich immer gedacht, dass es eine gewisse Ernsthaftigkeit auch bei der ÖVP gibt. (LTAvg. Hamedl und LTAvg. Kasic: Gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe) Wenn man sich hier hinstellt und das Ganze ins Lächerliche

zu ziehen versucht, dann, lieber Kollege Drexler, darf ich dir schon sagen, missbrauchst du dieses Instrument. Und davor warne ich, liebe Kolleginnen und Kollegen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zum Einsatz des Untersuchungsausschusses, warum dieser Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde: Ein Hauptgrund für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses war eben diese Ferialverfügung. Und zwar deswegen, weil wir im Bericht des Landesrechnungshofes gesehen haben, weil wir bemerkten, dass gerade diese eine Million ... (*Heiterkeit in der ÖVP*) ... überhaupt nicht oder nur ganz am Rande untersucht wurde. Hätte man diese Ferialverfügung mit der Ernsthaftigkeit untersucht, wie man sonst bei Endberichten vorgeht, dann wäre der Untersuchungsausschuss für Herberstein gar nicht nötig gewesen. Denn dann wäre dort bereits herausgekommen, dass diese Ferialverfügung nicht rechtmäßig entstanden ist. (*LTAbg. Straßberger und LTAbg. Bacher: Gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe*) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß schon, das tut euch immer weh, wenn man das so herausbringt. (*LTAbg. Straßberger: „Das ist subjektiv.“*) Aber bitte, ich sage euch ganz was Einfaches. Einige Herrschaften im Untersuchungsausschuss – sehr hohe Beamte – haben wir dazu befragt: Ja, was ist eigentlich das Wesen einer Ferialverfügung? Und unisono war die Meinung: Ja, das Wesen ist die Dringlichkeit. Jetzt sind wir dieser Dringlichkeit nachgegangen. Wo bestand die Dringlichkeit für dieses Ferialverfügung? Dann taucht plötzlich auf: Ja, die großen Unwetterschäden, die damals entstanden sind. Das war die Dringlichkeit. Deswegen hat man unbedingt dort das Geld hinschicken müssen, aber rasch. Denn dass Herberstein mit großen finanziellen Problemen zu tun gehabt hat, ist ja bitte schon seit April 2004 bekannt gewesen.

Damals hat es ein Schreiben an die Frau Landeshauptmann Klasnic gegeben. Die Frau Landeshauptmann ist hergegangen, hat die Büroleiter der ÖVP-Büros zusammengerufen, die haben ein Konzept ausgearbeitet, in welcher Form man jetzt denen helfen kann. Dieser Entwurf ist wieder zur Frau Landeshauptmann gekommen. Dort hat man gesagt, jetzt braucht man eine Lösung. Diese Lösung soll so aussehen, die Finanzabteilung stellt einen Antrag auf eine stille Beteiligung – eine weitere stille Beteiligung. Die Finanzabteilung wurde dazu aufgefordert, der Herr Hofrat Wurm, der sein Amt wirklich immer sehr gewissenhaft ausgeführt hat, stellt dazu fest, er kann das nicht, er hat keine Unterlagen. Er schickt dieses Anliegen weiter an die Tourismusabteilung, denn bei der Tourismusabteilung hat es ja schon bereits eine stille Beteiligung gegeben und diese Tourismusabteilung untersteht politisch niemand anderem als dem heutigen Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer. Der hat aber „gerochen, wo der Braten liegt“. Er hat gemerkt, wenn er sich jetzt da hineinhängt, wenn er jetzt dieser stillen Beteiligung zustimmt, kommt er auch in „Teufels Küche“. Er hat dieses Schreiben wie einen „heißen Erdapfel“ weggegeben. Wo ist es dann gelandet? Wieder bei der Frau Landeshauptmann. Von dort ist es dann zur Kulturabteilung gekommen, denn bei der Kulturabteilung hat sie ja kein Problem gehabt – die Frau Landeshauptmann. Denn dafür war sie ja politisch zuständig. So ist jetzt diese Ferialverfügung – der erste

Entwurf – entstanden. Und man beachte, in diesem ersten Entwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, war keine Rede von einem Unwetterschaden. Da ist überhaupt nichts drinnen gewesen. (LTAvg. Riebenbauer: „Das kannst du nicht feststellen.“) Naja, weil du sagst, das kann man nicht bestellen, lieber Kollege Riebenbauer, dann erkläre mir bitte, warum man die ein- und dieselbe Ferialverfügung mit ein- und demselben Tag ausgestellt hat, nämlich mit dem 16. Juli. Ein- und dieselbe Ferialverfügung – nur einmal mit Unwetter und einmal ohne Unwetter. Und ich kann dir schon sagen, warum das Unwetter hinein musste, wegen der so genannten Dringlichkeit. Und es war mir ein Anliegen diese Dringlichkeit zu erklären oder ich habe versucht, dahinter zu kommen. Ich habe dazu auch die Frau Landeshauptmann gefragt. Ich darf zitieren die Frau Landeshauptmann im Wortprotokoll – es dauert jetzt ein bisschen, bis ich da bei meinen Zetteln das Richtige finde. (LTAvg. Straßberger: „Bist wieder gut vorbereitet.“) Ja, wirklich, ich bereite mich immer gut vor, das müsstest du wissen. Das tut dir oft weh, aber es ist so, macht nichts. Ich darf hier zitieren, Wortprotokoll Seite 26, die Frau Landeshauptmann wurde befragt zur Ferialverfügung vom Herrn Kollegen Dr. Murgg und sie sagt darauf, ich zitiere – Brief von Herrn Plotek, aber auch im Direktgespräch, dass es aus verschiedenen Gründen Investitionen, Besucherrückgang, dann noch der Zusatz Unwetter. „Aber das war nicht ausschlaggebend“, sagt die Frau Landeshauptmann. Der Zusatz „Unwetter“ war gar nicht ausschlaggebend. Und da sagt ihr, das war alles rechtens? Erklärt mir bitte, erklären Sie mir bitte die Dringlichkeit, wenn die Frau Landeshauptmann selber gesagt hat, es war für sie nicht dringlich, war für sie nicht vorrangig. Ich darf noch ein weiteres Zitat anfügen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, es wird euch ja sicherlich interessieren. Ich habe sie zur Ferialverfügung gefragt, darauf sagt die Frau Landeshauptmann: „Die Dringlichkeit war, dass mir mitgeteilt wird, der Tierpark wird geschlossen.“ Das war der Türöffner, der Tierpark wird geschlossen. Nicht das Unwetter war der Türöffner. Jetzt frage ich mich, wozu steht denn dann das Unwetter in der Ferialverfügung drinnen, wenn ich das gar nicht gebraucht hätte. Dass der Tierpark in Liquiditätsprobleme gekommen ist, dass die Herberstein OEG Schwierigkeiten gehabt hat, das war allen jahrelang bekannt. (LTAvg. Riebenbauer: „Ahja!“) Aber jetzt musste man eine Ferialverfügung machen und noch ein „Schmankerl“ dazu, lieber Kollege Riebenbauer. Das „Schmankerl“ ist nämlich Folgendes: Die Frau Finanzlandesrätin Mag. Edlinger-Ploder, die damals zuständig war, hat nämlich auch in ihrer Stellungnahme dazu festgehalten, dass es eine gültige Rechtsgrundlage geben muss. Bei einer stillen Beteiligung – und das war ja der Sinn, ist überall gestanden – braucht man einen Vertrag und dieser Vertrag hätte nachgeliefert werden sollen. Aber der hat gefehlt zu der Zeit. Und ich kann doch nicht schon ein Geld herausgeben, bevor ich überhaupt einen Vertrag mit denen habe. Da kommen wir wirklich auf das hin, was der Gutachter Kleiner gesagt hat, da ist das Geld ja nur so hingeschauft worden zu den Herbersteins. Und diesen Eindruck haben wir genau auch im Untersuchungsausschuss erhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei der SPÖ)

Also sich dann hierher zu stellen und zu sagen: „Ja, wir haben da sieben andere, die behaupten, das ist alles rechtens passiert, aber diejenigen, die das nicht so gesehen haben, wie der Herr Landesrat und Herr Landeshauptmannstellvertreter Flecker oder der Herr Hofrat Wurm, die haben sich total geirrt.“ Bitte, wenn sich der Landesrechnungshof in diese Ferialverfügung vertieft hätte, dann wäre er genau zu diesem Entschluss gekommen und wir hätten uns den Untersuchungsausschuss zur Kausa Herberstein ersparen können, liebe Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und zur Situation im Untersuchungsausschuss darf ich vielleicht auch noch sagen, der Kollege Straßberger hat das heute so nett formuliert, indem er da so irgendwelche Eindrücke aus dem Untersuchungsausschuss von sich gegeben hat, die er da mitbekommen hat. *(LTabg. Stöhrmann: „Der schwarze Blitz.“)* Mir kommt vor, lieber Kollege Straßberger, du hast eigentlich nur das wiedergegeben oder das hier zum Besten gegeben, was du tatsächlich mitbekommen hast. Einige andere Dinge dürften an dir vorbei gegangen sein. Wenn du sagst, die politische Verantwortung wurde dort nicht geklärt. Die politische Verantwortung wurde im Untersuchungsausschuss Herberstein ganz eindeutig erklärt und wir haben uns auch nicht gescheut, die Namen hineinzuschreiben, lieber Kollege Straßberger. Da steht nämlich dezitiert drinnen, wer aus unserer Sicht die politische Verantwortung trägt oder getragen hat. Einen hat die ÖVP selbst „entsorgt“, das war der Ex-Landesrat Hirschmann und die zweite hauptverantwortliche Person wurde von den Wählerinnen und Wählern am 2. Oktober 2005 nicht mehr gewählt – man hat ihr das Misstrauen ausgesprochen, das war die Frau Landeshauptmann Klasnic. Dort ist die politische Verantwortung festgemacht worden und die haben wir festgemacht und das hat dieser Untersuchungsausschuss getan, wie auch andere Untersuchungsausschüsse übrigens. Auch beim ESTAG-Untersuchungsausschuss musste ein ÖVP-Landesrat „den Hut nehmen“, der Herr Landesrat Paierl, wenn ihr euch noch richtig erinnern könnt. Nur eines habt ihr euch aber nicht getraut, beim KAGes-Endbericht auch nur einen Namen hineinzuschreiben, wer für euch politisch verantwortlich ist in diesem Bereich. *(LTabg. Straßberger: „Entschuldigung, da oben sind ja alle da.“)* Keinen einzigen Namen habt ihr hineingeschrieben. Und warum nicht? Weil ihr es nicht festmachen konntet, weil diese Skandale, von denen ihr gesprochen habt, die haben dort nicht stattgefunden, verehrte Damen und Herren von der ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ)*

Schauen Sie, es ist natürlich immer ein bisschen ... *(LTabg. Straßberger: Ja?!“)* ... politische Situationen ändern sich, das ist schon richtig. Aber wenn der Herr Straßberger, nein Entschuldigung der Kollege Bacher war es, der Kollege Bacher sagt heute hier, die SPÖ müsste kritikfähiger werden. Ja bitte, da hätte die ÖVP aber schon lang daran zu tun gehabt, kritikfähiger bei sich selbst zu werden. Denn was ihr jetzt bei diesem Herberstein-Ausschuss gemacht habt, das hat mit Kritikfähigkeit überhaupt nichts mehr zu tun. Weil ihr seid wie ein „Mimoserl“. Wenn man nur ein bisschen bei der Frau Landeshauptmann angestreift ist, sind bei euch schon die Haare zu Berge gestanden. Aber wir haben uns davon nicht abbringen lassen

und wir haben das alles untersucht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP. Und wenn man dann vergleicht, das Geld, das bei den Spitälern hineingegangen ist und das Geld, das bei Herberstein hineingegangen ist oder verloren gegangen ist. Liebe Kollegen, da gibt es noch einen Unterschied, das was im Spitalsbereich investiert wird und was gebaut wird und was wir sonst brauchen für die Aufrechterhaltung unseres wunderbaren Gesundheitssystems, bitte das kommt der Öffentlichkeit zugute, aber nicht einer Privatperson wie bei Herberstein, lieber Herr Kollege Straßberger. *(Beifall bei der SPÖ)*
(LTAbg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf)

Ihr habt euch ja beim KAGes-Ausschuss redlich bemüht und habt immer wieder versucht, dass man irgendeine Nähe zur SPÖ herstellen könnte. *(LTAbg. Straßberger: „Entschuldigung?“)* Angefangen hat es schon mit der ominösen Pressekonferenz und dann ist das immer so weitergegangen. Keiner von euren Abgeordneten, die in diesem Ausschuss gesessen sind, haben jemals einen Zeugen befragt, ob sie Korruption oder ob sie Parteienfinanzierung feststellen konnten. *(LTAbg. Straßberger und LTAbg. Gödl: Gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe)* Wer hat denn das gemacht? Das haben wir gemacht. Weil wir genau gewusst haben, dass es dort nichts gibt, dass es nichts zu verstecken und zu verbergen gibt. Deswegen haben wir dort die Fragen gestellt. *(Beifall bei der SPÖ)* *(LTAbg. Straßberger und LTAbg. Riebenbauer: Gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe)*

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP, wenn ich, bevor ein Untersuchungsausschuss beginnt, mit solchen Vorwürfen in die Öffentlichkeit gehe, dann habe ich etwas in der Hand. Aber ihr habt nichts in der Hand gehabt. Nicht einmal ein „kleines Spatzerl“ habt ihr gehabt, gar nichts, überhaupt nichts war da. *(LTAbg. Riebenbauer: „Aber geh!“)* Diese einzelnen Dinge, die aufgetaucht sind, die verbesserungswürdig sind, ja da wehren wir uns überhaupt nicht dagegen, das zu machen. Das habt ihr ja heute gesehen. Wir stimmen auch diesen Anträgen zu, dass es zu einer besseren Kontrolle, zur verstärkten Kontrolle kommt. *(LTAbg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf)* Wir brauchen kein schlechtes Gewissen zu haben – und weißt du warum nicht, lieber Kollege Straßberger? Weil das steirische Gesundheitswesen auf einem sehr, sehr guten Boden steht und sehr, sehr gut funktioniert. *(Beifall bei der SPÖ)* – Ich meine, es ist immer locker. Da herinnen bringt ihr die Kritik an. Geht hinaus ins LKH West und sagt den Patientinnen und Patienten dort, dass da alles im Spitalsbereich „verkehrt läuft“. *(LTAbg. Straßberger, LTAbg. Kasic, LTAbg. Gödl: Gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe)* Probiert das einmal, sagt das einmal, macht das. Sagt es den Beschäftigten dort, dass in diesem Land im Gesundheitsbereich alles „schief läuft“, alles „verkehrt rennt“. Ihr werdet aber sehen – das traut ihr euch dort nicht, weil das steirische Gesundheitssystem auf guten Beinen steht. *(Beifall bei der SPÖ)* Weil wir uns bemühen, dass es auch weiter so bleibt und weil wir uns von der ÖVP in diesem Sinne nicht beirren lassen werden, unseren steirischen Weg in der Gesundheitspolitik weiter zu gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und abschließend noch ein paar Dinge zu dem Endbericht. Ich darf dem Kollegen Dr. Murgg ... (LTabg. Riebenbauer: „Ich darf dazu gratulieren.“) ... ja, ich bedanke mich bei ihm. Das ist ein Endbericht, dem wir zustimmen können. Wir haben daran gefeilscht, wir haben gemeinsam einige Abänderungen diskutiert und diese Abänderungen wurden auch gemacht. (LTabg. Stöhrmann: „Das hat es bei der KAGes nicht gegeben. Da ist nur darüber geredet worden. Das ist ihre Demokratie.“) Aber nur - danke lieber Bernd – bei der KAGes haben wir einen Bericht 15 Tage vorher eingebracht, bevor er zur Abstimmung gekommen wäre. Da ist nicht einmal diskutiert worden darüber. Da hat man einfach abgestimmt und gesagt: Der wird nicht zur Kenntnis genommen. (LTabg. Stöhrmann: „Das ist eure Demokratie.“)

Wir wollten sogar über euren Minderheitsantrag noch diskutieren. Dann hat der Herr Kollege Straßberger gesagt: „Tun wir abstimmen, es bringt ja eh nichts!“ Genau so war es, denn wir hätten dem eh nicht zustimmen können. (LTabg. Straßberger: *Unverständlicher Zwischenruf verbunden mit Heiterkeit*)

Diese 7 Seiten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, das war alles, was Sie zum Endbericht Herberstein eingebracht haben – 7 mickrige Seiten. Wenn man das durchliest, muss man sagen, es waren einige Zitate drinnen – auch da muss ich sagen, das war eine echte, wenn schon der Herr Oberlehrer Drexler früher da war, wirklich ein Oberlehrer, dann darf ich das jetzt auch sagen ... (LTabg. Straßberger: „Ja, ja.“) ... das war echte Themenverfehlung, was ihr da hier gemacht habt. Wir hätten gerne jeden einzelnen Punkt mit euch diskutiert. Jeden einzelnen Punkt. Aber dazu war gar keine Bereitschaft von euch vorhanden. Also so viel dazu, wie ernst ihr diese Arbeit genommen habt in diesem Untersuchungsausschuss. Euer Ziel, war da hineinzugehen in diesen Untersuchungsausschuss, mit ein paar „Nebelgranaten“ das Ganze ein bisschen zu verwässern. Alles Mögliche hat da erhalten müssen, schlussendlich natürlich das, was der Herr Kollege Dr. Murgg dann noch untersucht hat.

Und zum Glück auch, obwohl ich zuerst nicht so begeistert war, da gebe ich dir Recht, dass wir auch die Situation der Tiere und die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort so genau beleuchten. Aber im Nachhinein betrachtet, bin ich dir sehr dankbar dafür, dass wir auch dort wesentliche Erkenntnisse gewonnen haben.

Ein weiterer Erfolg aus diesem Untersuchungsausschuss ist, dass dort bereits ein Betriebsrat installiert wird. Und das ist auch nicht vom Tisch zu weisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei der SPÖ) (LTabg. Straßberger, LTabg. Kasic, LTabg. Hamedl: *Gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe*) Daher ein kurzes Resümee aus meiner Sicht noch: Politische Verantwortung eindeutig festgemacht (LTabg. Straßberger: „Landesrat Mag. Hirt.“) ... - tut der ÖVP weh, ist klar, aber braucht euch nicht mehr so weh zu tun. Beide – Frau Klasnic und Herrn Hirschmann – gibt es nicht mehr in der politischen Landschaft.

Der zweite Punkt: Es war eine sehr intensive Arbeit, die Vorsitzführung war aus meiner Sicht hervorragend. Ich bedanke mich ... (Heiterkeit in der ÖVP) ... ich bedanke mich bei meinen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro ... (LTAbg. Mag. Drexler: „Bedankst dich bei deinem Mitarbeiter Dr. Murgg, gell.“) ... bedanke mich – lieber Kollege Drexler, ich habe mit dem Kollegen Dr. Murgg keine Vorgespräche geführt, wir haben den Bericht nicht gemeinsam verfasst. (LTAbg. Straßberger: „Geh, hör auf!“) (LTAbg. Mag. Drexler: „Das glaube ich nicht.“) Du müsstest unseren Bericht auch bekommen haben, dann könntest ja ein bisserl vergleichen. Na gut, wir listen da jetzt nicht auf, wer zu wem Hilfe suchend schaut, weil Hagenauer und dein Verhältnis könnten wir genauso interpretieren. Aber lassen wir das. Nur, du warst ja dort im Ausschuss nicht drinnen. (LTAbg. Mag. Drexler: „Das glaube ich auch.“) (LTAbg. Riebenbauer: Unverständlicher Zwischenruf)

Ja klar, wohlweislich warst du nicht drinnen. (LTAbg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf) Schau, das wollte ich jetzt gar nicht anschneiden, lieber Kollege Drexler, dass du in diesem Ausschuss nicht drinnen bist. Weißt du warum nicht? Weil wir dich befragt haben zu deiner Rolle als Aufsichtsrat. Du hast dort gesagt, du hast diese Veranstaltungen immer wie eine Mittagsmatinee gesehen. Ja wenn wir solche Aufsichtsräte haben, dann dürfen wir uns nicht wundern, warum manche Betriebe nicht ordentlich kontrolliert werden.

(Beifall bei der SPÖ) (Tumultartiges Durcheinandersprechen von Abgeordneten in der ÖVP und SPÖ) Und das war auch ein Grund, warum du nicht in diesem Ausschuss warst. Danke. (Anhaltendes tumultartiges Durcheinandersprechen unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, starke Lärmentwicklung)

Aber ich darf jetzt – weil hier schon die letzte Minute aufleuchtet – ich darf noch eines dazu sagen: Ich darf mich beim stenografischen Dienst bedanken. Die haben wirklich super Arbeit geleistet, die Wortprotokolle – und die waren nicht immer einfach zu verfassen – sind bereits am nächsten Tag bei uns in den Klubs eingelangt.

Ich darf mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen, die beide Untersuchungsausschüsse begleitet haben, recht herzlich bedanken. Es war eine mühsame Arbeit, es war aber eine wichtige Arbeit und wir haben viele Erkenntnisse daraus gewonnen. Einiges wird bereits umgesetzt, die Förderpolitik – um das auch zur Kollegin Lechner-Sonnek zu sagen – wird auf neue Schienen gestellt. Da wird auf Initiative von Landeshauptmann Mag. Voves intensiv daran gearbeitet. Einige andere Punkte werden in der nächsten Zeit kommen. So gesehen war der Untersuchungsausschuss wertvoll und ich bedanke mich bei allen für die wirklich intensive Mitarbeit. (Beifall bei der SPÖ – 12.27 Uhr)

Präsidentin Beutl: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Wöhry gemeldet. Ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Dipl.-Ing. Wöhry (12.27 Uhr): Herr Klubobmann Kröpfl, du hast gesagt, dass die ÖVP nicht

den Mut gehabt hätte, die Frage im Untersuchungsausschuss zu stellen, ob Korruption vorliegt oder nicht. Ich darf dich dahingehend berichtigen, dass ich persönlich die Frage an den Vertreter des Bundesrechnungshofes gestellt habe. Der Vertreter des Bundesrechnungshofes – und das ist nachzulesen im Wortprotokoll – hat daraufhin festgestellt, er hat keinen Beweis dafür, dass Korruption vorliegt, aber er kann auch die Korruption im Zusammenhang mit der KAGES nicht ausschließen. (*LTAbg. Kaufmann: Unverständlicher Zwischenruf*) So schaut es aus und wenn man schon ein Zitat verwendet, Herr Klubobmann, dann sollte man sich vorher darüber erkundigen, ob das auch tatsächlich so war und sich nicht auf Informationen, die durchaus gefiltert sein könnten, aus eigenen Reihen verlassen. (*LTAbg. Straßberger: „So schauen wir aus.“*) (*LTAbg. Kröpfl: Unverständlicher Zwischenruf*) (*LTAbg. Stöhrmann: „Typisch!“*) Danke. (*Beifall bei der ÖVP – 12.28 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zur Wort gemeldet ... (*Tumultartiger Lärm unter den Abgeordneten*) (*Glockenzeichen der Präsidentin*) ... als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg, ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Dr. Murgg (*12.29 Uhr*): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf nur – ich hab es in der Eile vergessen – einen Abänderungsantrag einbringen. Der Minderheitenbericht der Österreichischen Volkspartei hat mich dazu angeregt, es sind ja hier auch einige Dinge in diesem Minderheitenbericht angerissen worden, die tatsächlich in meinem Berichtsentwurf inkorrekt waren und sie sind ja auch korrigiert worden, schon wie euer Minderheitenbericht vorgelegen ist, ist das, was ihr mir vorgeworfen habt, schon korrigiert gewesen.

Aber eines – wer arbeitet macht auch Fehler – es ist tatsächlich übersehen worden und das möchte ich jetzt doch gerne im Endbericht korrigiert haben.

Ich stelle den Abänderungsantrag: Der vorliegende Bericht des Herberstein-Untersuchungsausschusses wird mit folgender Änderung zur Kenntnis genommen:

Im Kapitel 5.2, überschrieben mit Chronologie der Ereignisse im Sommer/Herbst 2004, entfällt auf Seite 31, drittletzter Absatz der letzte Satz, der beginnt mit: „Auf allen kursierenden Kopien“ und endet mit Datumstempel vom 3. August 2004.

Ich bitte um Annahme. (*12.30 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zur Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich darf ihr das Wort erteilen.

LTabg. Kaufmann (12.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Bacher – er ist jetzt leider nicht da – (LTabg. Bacher: *Unverständlicher Zwischenruf*) hat in seiner bekannt sachlichen Art gesagt, der Herberstein-Ausschuss ist ja nur ein kleiner Vogel. Ich zeige dir einmal, in welchen Dimensionen die ÖVP denkt und mein Bericht befasst sich mit dem genau 7 Millionen Euro „schweren kleinen Vogel“, nämlich den Förderungen in Herberstein. (LTabg. Straßberger: *„Acht Millionen.“*) Der Kollege oder Herr Klubobmann Mag. Drexler betreibt ja Vergangenheitsverdrängung. Er hat nämlich zu den Förderungen kein Wort gesagt. Nur, Herr Klubobmann, einen Satz zu Ihnen, es gehört eine große Portion Menschenverachtung dazu, wenn man so – wie Sie da heraußen – über Kollegen und Zeugen redet, anders kann ich das nicht bezeichnen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Der Untersuchungsausschuss Herberstein passt eigentlich genau in die Weihnachtszeit. Denn gerade derzeit gibt es jemanden, der sich etwas wünscht und jemanden, der die Wünsche erfüllt und ihm etwas schenkt. Und wenn man sich so wie wir – die Mitglieder des Untersuchungsausschuss Herberstein – intensiv mit dem Unternehmen beschäftigt hat, hat man das Gefühl, dass in den Jahren 1984 bis 2004 für Herberstein permanent Weihnachten war. Herberstein wünschte sich Geld und das Land Steiermark zahlte. Und so wie man ein Geschenk, das man überreicht hat, nicht weiter verfolgt, so wurde auch die unglaubliche Summe von fast 7 Millionen Euro, die insgesamt in diesem Zeitraum ... (LTabg. Mag. Drexler: *Zwischenruf unverständlich „... kleines Weihnachtsbillett.“*) Sie haben lange genug geredet – ... insgesamt in diesem Zeitraum an das Unternehmen Herberstein geflossen sind – vom Fördergeber, dem Land Steiermark, kaum weiterverfolgt, sprich überprüft. Das ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch der Landesrechnungshof beklagte sich. Wir haben von 37 Förderfällen in zehn Abteilungen einen Prüfvorbehalt vorgefunden. Also in all diesen Fällen, die Herberstein betreffen, durfte der Landesrechnungshof nur einmal prüfen, ob alles rechtens war. Der Landesrechnungshof führt weiters in seinem Bericht aus, dass dieser Umstand, nämlich das Fehlen von Prüfvorhalten, die Prüfung des Unternehmens erheblich erschwerte bzw. überwiegend sogar verhinderte. Die widmungsgemäße Verwendung der Millionen konnte also, wenn überhaupt, nur oberflächlich kontrolliert werden. Dass die Herberstein OEG zumindest bei einzelnen Abteilungen der Landesregierung eine bevorzugte Behandlung genoss, äußerte sich darin, dass die Gesellschaft offenbar nicht einmal schriftliche Förderanträge einzureichen brauchte. Überspitzt formuliert: Ein Anruf genügte und das Geld kam ins Haus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gab auch keine Überprüfung seitens des Landes Steiermark über die langfristige Effektivität dieser fast 7 Millionen Euro. Die einfachste Frage, was wird mit diesem Geld bewirkt, wurde scheinbar nie gestellt. Dabei war es kein Geheimnis, dass die finanzielle Lage des Unternehmens Herberstein chronisch angespannt war. Gutachter Fritz Kleiner kommt in seinem Bericht zur Schlussfolgerung – und es wurde heute schon erwähnt –, das Unternehmen wurde jedenfalls seit 1997

betriebswirtschaftlich höchst bedenklich geführt. Ob das dem Land Steiermark und den verantwortlichen Förderstellen bewusst war oder ob es ihnen gleichgültig war, dass hier eine betriebswirtschaftliche Ruine gefördert wird, das wage ich nicht zu behaupten.

Vom Land Steiermark wurde auch nie ein langfristiges Förderkonzept verlangt bzw. erstellt. Es gab seitens Herberstein zwar Pläne und Vorstellungen, die aber im Laufe der Jahre ständig wechselten. Nach dem Beschluss Herbersteins Mitte der Neunzigerjahre, den Wildpark in eine wissenschaftlich geführte Anstalt auszubauen, dachte man Ende der Neunzigerjahre über den Themenpark nach US-amerikanischem Vorbild nach. Dann gab es noch einen so genannten Master-Plan, dessen geplantes Investitionsvolumen mit dem tatsächlichen ökonomischen Leistungspotential des Unternehmens nicht einmal in Ansätzen korrespondierte. Und man dachte auch über ein Haus der Natur nach und ob man nicht irgendwie mit dem Landesmuseum Joanneum kooperieren könnte. Doch es blieb beim Nachdenken über langfristige Konzepte. Nur das Geld floss trotzdem. Der Rechnungshof kommt in seinem Bericht dann auch zur Auffassung und ich zitiere, „dass in Zukunft gerade bei größeren und regelmäßigen Subventionswerbern kurz-, mittel- und langfristige Förderkonzepte zu erstellen und die Fördermaßnahmen regelmäßig zu evaluieren sind“. Das heißt, dass es solche Förderkonzepte bis jetzt nicht gegeben hat und auch nicht gefordert wurden.

Auf jeden Fall zeigen die Vorgänge rund um Herberstein ein planloses, konzeptloses Vorgehen, sowohl von Seiten des Landes als auch von Seiten des Unternehmens Herberstein. Die Schlussfolgerung – „Man wusste nicht wirklich was man tat, aber man gab eine Menge Geld dafür aus“ – trifft den Nagel auf den Kopf. Die Zeugenbefragung und der Bericht Kleiner & Rabl über den für den Untersuchungsausschuss relevanten Zeitraum von 1994 bis 2004 brachten aber für die Mitglieder noch einige erstaunliche und ich möchte fast sagen unglaubliche Details zutage. So blieb die Frage offen, wie es möglich sein konnte, dass Frau Andrea Herberstein, die zu keiner Zeit eine offizielle Funktion in der Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG bekleidete, die Verhandlungen mit dem Land führte und so als Geschäftsführerin auftrat. Das Land Steiermark hat nie hinterfragt, ob es auch eine rechtliche Legitimation für dieses Auftreten gab, obwohl bekannt war, dass nach dem Tod von Herrn Herberstein Herr Wolf Plotek für die Nachlassverwaltung verantwortlich war und dass ab dem Jahr 2001 Johann Maximilian Herberstein zum alleinigen Geschäftsführer bestellt war. Niemand zweifelte an, dass Andrea Herberstein die alleinige Chefin des Betriebes war oder sein sollte. So sagte ein Zeuge aus, Andrea Herberstein hat jede Kompetenz gehabt, am Papier hatte sie keine, sonst hatte sie alle ausnahmslos.

Gerhard Hirschmann bestätigte dies in seiner Aussage über das Zustandekommen der stillen Beteiligung des Landes in der Höhe von 40 Millionen Schilling wörtlich, dass „die Gräfin Herberstein bewaffnet mit Frau Landeshauptmann in meinem Büro erschienen ist“. Er war es auch, der aussagte, dass sich einzelne Personen der Österreichischen Volkspartei eine unerträgliche Nähe zur Familie Herberstein oder zur

Gräfin Herberstein aufgebürdet haben. So berichtete er auch in diesem Zusammenhang mit Förderungen von einem Anruf jener von mir genannten einzelnen Persönlichkeiten der ÖVP mit dem Wortlaut: „Gerhard, die Andrea weint schon wieder wegen dir.“ Erstaunlich ist auch die Tatsache, dass sowohl das vom Land Steiermark beauftragte ... (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Das habe ich nie gehört.“) - Sie haben sehr viel überhört, habe ich so das Gefühl - ... beauftragte Rabl-Gutachten wie auch das vom Landesgericht für Strafsachen Graz beauftragte Kleiner-Gutachten übereinstimmend zu dem Schluss kommen, dass zwischen 1994 und 2004 die Privatentnahmen der Familie Herberstein aus dem Betriebsvermögen die Einlagen um mehr als 800.000 Euro überstiegen. Es kann also keine Rede davon sein, die Herbersteins hätten mehr in den Betrieb investiert als sie herausgenommen haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, 800.000 Euro in zehn Jahren. Das sind 80.000 Euro pro Jahr, das sind fast 7.000 Euro, also umgerechnet 100.000 Schilling pro Monat, damit ließ es sich wirklich gräflich leben. Nach Ansicht des Gutachtens Kleiner trugen diese Privatentnahmen zentral zur insgesamt negativen finanziellen Lage des Unternehmens bei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn der eine oder andere am Anfang meiner Ausführungen, wo ich von permanenten Weihnachten für Herberstein gesprochen habe, noch geglaubt hat, ich übertreibe, wird mir jetzt wohl recht geben. Die Praxis der Vergangenheit mit all ihren Wildwüchsen und Auswirkungen auf die Verwendung von öffentlichen Geldern wurden durch den Untersuchungsausschuss offen gelegt und damit die Chance auf einen Neubeginn geschaffen. Die Mehrheit der Mitglieder des Untersuchungsausschusses hat daher ihre Kritikpunkte in Form eines Antrages an die Landesregierung gefasst. Ich ersuche Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Danke. (*Beifall bei der SPÖ – 12.39 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. **Riebenbauer** (*12.39 Uhr*): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder!

Eingangs eine Bemerkung bzw. Klarstellung aus der Sicht eines Menschen, der kein Jurist ist, der sich aber doch auch eine Meinung bildet. Wenn sieben Personen feststellen, dass diese Ferialverfügung rechtmäßig ist, dann haben das sieben Personen festgestellt. Es waren Beamte und Experten, die haben diese Feststellung getroffen. Und zwei Personen haben die Feststellung getroffen, diese Ferialverfügung ist nicht rechtskräftig. Also, es steht sieben zu zwei und die steirische Bevölkerung soll sich selbst ein Urteil darüber machen, ob das rechtskräftig war oder nicht, wenn es sieben zu zwei steht. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ein Zweites zur Erinnerung, denn ich bin einer der Ältesten hier in diesem Hause ... (*LTA*bg. *Stöhrmann*:

„Aber sieben zu zwei nur in der Landesregierung.“) ... von dir lasse ich mich nicht unterbrechen, ich habe nur festgestellt, es steht 7 zu 2 und die Bevölkerung soll feststellen, wer Recht hat und wer nicht Recht hat. (LTAvg. Stöhrmann: „Das gilt aber nur in der Landesregierung.“)

Am 15.6.1999 hat es einen einstimmigen Entschließungsantrag gegeben, worin auch steht, dass der Tierpark Herberstein gefördert werden soll. Am 18.1.2000 hat es einen Mehrheitsbeschluss gegeben, in welchem wieder steht: „Der Tierpark Herberstein ist notwendig für die Region und gehört gefördert.“ Das alles scheinen so manche zu vergessen, das ist Geschichte. Wir sind immer zu diesem Tierpark gestanden. (Beifall bei der ÖVP) Und ich weiß nicht, wie oft ich an diesem Rednerpult schon gestanden bin, auch in schwierigsten Zeiten und gesagt habe, der Tierpark ist ein Leitprojekt für die Steiermark und für die Oststeiermark, wir brauchen ihn und wir ersuchen darum, dass der Tierpark erhalten bleibt. Eines möchte ich aus meiner persönlichen Sicht ganz klar und deutlich feststellen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass die Rettung dieses Leitprojektes Tierpark Herberstein unserer früheren Frau Landeshauptmann ein ehrliches Herzensanliegen war und dass sie das Beste wollte. Und ich danke ihr auch heute für ihren Einsatz, sie wollte das Beste. (Beifall bei der ÖVP) Sie hat um diesen Tierpark gekämpft und dann hat es die ganze politische Diskussion gegeben, auf die ich nicht näher eingehen möchte. Ich hätte da verschiedenste Zitate des Herrn Klubobmann Kröpfl, was er da so alles formuliert hat. Aber ich glaube, das ist heute nicht notwendig.

Als die Wahl dann vorbei war – er hat das so besonders gut formuliert – dann hat der Herr Landeshauptmann Voves cirka vor einem Jahr diese Entscheidung getroffen, es ist formuliert worden als Inserat der Bauchentscheidung und hat gesagt: „Ja, wir brauchen den Tierpark, der ist zu erhalten, die Tiere sollen zu Weihnachten friedlich ihr Futter aufnehmen können und auch den Menschen soll der Arbeitsplatz erhalten bleiben“. So habe ich das verstanden, so wurde es glaube ich auch inseriert, Herr Landeshauptmann. OK. Und dann wurde anschließend Dr. Rabl beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, das die Basis für die zukünftige Entwicklung eine Unterstützung für den Tierpark Herberstein sein soll. Weiters wurden dann Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer und die Tourismusabteilung beauftragt zu verhandeln, um eine Lösung zu finden, dass dieses Leitprojekt, dieser Tierpark Herberstein auch in Zukunft als touristisches Leitprojekt bestehen kann. Dies ist gelungen. Am 11. September 2006 hat die Landesregierung ein Gesamtpaket einstimmig beschlossen. Am 29. September wurden die Verträge unterzeichnet. Ich bedanke mich auch hier an dieser Stelle beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer für seinen Einsatz, dass dieser Vertrag zustande gekommen ist und ich bedanke mich auch bei der Tourismusabteilung, beim Hofrat Schnabl für seinen Einsatz bei diesen zähen Verhandlungen. Ich glaube und ich hoffe, dass wir mit diesem Verhandlungsergebnis gut leben können. (Beifall bei der ÖVP)

Was ist für die Zukunft Entscheidendes in diesem Vertragsgegenstand enthalten? Knapp 23 Hektar

Tierparkfläche wurden auf 20 Jahre gepachtet. Betriebs- und Erweiterungsflächen im Umfeld des Tierparkareals von 11,3 Hektar wurden gekauft. Das ist vielleicht der Unterschied zu früheren Vergleichsverträgen. Die Fahrnisse des Tierparks, Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde gekauft. Im Vertrag ist auch die Verpflichtung enthalten, dass der Tierpark 8 Monate im Jahr offen zuhalten ist. Der Tierpark muss als Kategorie-A-Zoo nach den Richtlinien des Tierschutzgesetzes weitergeführt werden. Auch das halte ich für wesentlich und wichtig.

Noch ein Punkt, der aus meiner Sicht auch für unsere Region entscheidend ist: Es wurde endlich eine Lösung für die Seegrundstücke, für diese 6 Hektar Seegrundstücke mitverhandelt. Die Gemeinde Stubenberg hat mit Unterstützung des Landes diese 6 Hektar gekauft und ich erwarte mir, dass man wirtschaftlich Nutznießer sein wird.

Wie schaut die Zukunft zusätzlich aus? Neue Attraktionen soll es ab Frühjahr 2007 geben. Ja, es wird eine neue Bärenanlage eröffnet werden, ebenso ein neues Affenhaus. Und verstärktes Marketing für eine intensivere Bewerbung der Attraktionen im Tierpark soll stattfinden. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten)* Eines ist auch ganz klar und für uns ganz, ganz wichtig –ich glaube, für alle im Haus wichtig: Die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter, die im Tierpark bis jetzt gearbeitet haben, werden auch übernommen.

Eines, Herr Vorsitzender Dr. Murgg und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, hat mich eigentlich schon gestört: Wir beschließen Mittel, für verbessertes Marketing für den Tierpark, wir beschließen dies, um den Tierpark zu bewerben und dann lautet der erste Satz in den Schlussfolgerungen und Forderungen des Untersuchungsausschusses: „Der Untersuchungsausschuss stellt fest, dass es sowohl im Bereich der Tierhaltung als auch bei der Sicherheit für Mensch und Tier eklatante Mängel im Tierpark gibt.“ Mich stören die Worte „Eklatante Mängel“, denn das ist sehr grob ausgesprochen. Das ist keine Werbung für den Tierpark. 1 Million Besucher haben seit dem Jahr 2000 den Tierpark besucht. Ich bin froh, dass nichts passiert ist. Es ist niemandem etwas passiert. Darum kann man auch nicht schreiben, dass es eklatante Mängel und Gefahren gibt, denn dann schreckt man die Besucher ab. Direktor Pechlaner hat dem stattgegeben und hat gesagt: „Der Tierpark ist in Ordnung“. Mit dieser Werbung sollten wir auch nach außen gehen. *(Beifall bei der ÖVP)* Die Aussage in den Schlussfolgerungen schadet dem Tierpark und der Region.

Abschließend möchte ich nur feststellen: Ich hoffe, dass ich nicht mehr oft zu diesem Thema hier an diesem Rednerpult stehen muss. Ich hoffe, dass der Tierpark eine sehr positive Entwicklung auch in Zukunft hat. Mit unserem gemeinsamen Willen, mit unserem gemeinsamen Bewerben und mit unserem gemeinsamen Verständnis, dass dieser Tierpark ein Leitprojekt für die gesamte Steiermark ist, dass er eine touristische Attraktion ist, dass Wirtschaft, Landwirtschaft aber genauso auch Konsumenten davon einen Nutzen haben und dass wir dieses Leitprojekt brauchen. *(LTAvg. Stöhrmann: „Hört er schon auf?“)*

Ich danke allen, die letztendlich dazu beigetragen haben, dass wir jetzt diese Lösung für den Tierpark gefunden haben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Hagenauer (12.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Landesregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein paar kurze Ergänzungen aus der Sicht der Grünen. Unsere Position wurde ja von Frau Kollegin Lechner-Sonnek dargelegt. Ich möchte mich nur ganz kurz gewissermaßen in den Dschungel der Zoologie begeben, nachdem der Herr Klubobmann Mag. Drexler sich auch dorthin begeben hat.

Herr Klubobmann, wir sind alle zwei keine Zoologen. Aber erstens, es steht in allen Schulbüchern: Der Tapir ist scheu und nachtaktiv und als Zootier denkbar ungeeignet. Selbiges hat auch für etliche andere „Viecherl“ dort zugetroffen und – jetzt komme ich zum politischen Punkt und verliere mich nicht in irgendwelchen zoologischen Details - ich bin dazu gestanden und stehe dazu, unabhängig von der Art und Weise, wie vielleicht ein einzelner Zeuge im Gegensatz zu uns gestandenen politischen Menschen in der Lage ist, in so einem Rahmen sich auch tatsächlich zu artikulieren: Wenn wir einen Untersuchungsausschuss machen, der über Monate andauert, wir sind fertig und nachher stellt sich heraus, dort gibt es tatsächlich massive Probleme auf der Ebene etwa der Beschäftigten – damit meine ich Betriebsklima - oder auch durchaus auf der Ebene des effizienten Einsatzes von Mitteln, weil man eben hier bei Tieren nun auch einmal darauf schauen muss, welches eignet sich für einen Zoo beziehungsweise wie geht man mit den Investitionen im Zusammenhang mit der Sicherheit was diese Tiere anbelangt um, nicht nur deren Haltung, dann ist das politisch durchaus relevant. Und wenn wir schon zusammensitzen, können wir uns dann von dieser Frage nicht absentieren. Denn wir haben das nachher erst recht „am Hals“. Mit dieser Frage, habt ihr euch nicht beschäftigt. *(LTAbg. Mag. Drexler: „Herr Kollege, Sie geben aber zu, dass Herberstein nicht der einzige Zoo mit Tieren auf der Welt ist.“)* Das ist er nicht, aber Herberstein ist ein ganz spezifischer Zoo – da sind wir schon wieder bei dem Generalthema. Es hat für Herberstein, wie ESTAG, Spitalsbauten et cetera, et cetera und andere Beteiligungen kein Konzept gegeben. Das war der Punkt eins in der Kritik des Landesrechnungshofes und wie Kollegin Lechner-Sonnek schon ausgeführt hat, leider haben sich beide Großparteien nicht dazu aufrufen können, das wirklich zur Kenntnis zunehmen. Dieser Passus hat dann leider in den Entschließungsanträgen aus der Causa Herberstein heraus keine Mehrheit gefunden. Warum? Weil man sich da schon wieder in seiner politischen Struktur beeinträchtigt fühlt. Der Herr Landesamtsdirektor, dessen Meinung ich auch nicht jedes Mal teile – er wird das aber aushalten, hat in seiner Aussage eine bemerkenswerte Feststellung

getroffen. Er hat gesagt, das Ressortprinzip in der Steiermark ist extrem ausgeprägt. Eine sehr noble Formulierung für einen alt gedienten Juristen, man könnte das auch anders formulieren. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist eine rechtshistorische Erkenntnis.“*) Das ist nicht rechtshistorisch, das ist das, womit wir uns heute schon die ganze Zeit, seit zehn Uhr beschäftigen. Jeder tut was er will und jeder hat seinen eigenen Krautgarten und keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus. Das ist nicht rechtshistorisch! (*Beifall bei den Grünen*) Das ist der steirische Brauch. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist Ihre Interpretation!“*)

Ich habe hier den Herrn Landesamtdirektor vorsichtigerweise zitiert. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das Ressortprinzip ist ein wichtiger, moderner Zugang zur Landesverwaltung und zur Politik.“*) Herr Kollege Drexler, ich bin ein Anhänger von durchaus süffisanten Bemerkungen und auch von zynischen, das Problem dabei ist nur das, es geht da um viel Geld und das ist kein moderner Zugang zur Verantwortung von Steuergeld, wie das in der Steiermark gehandhabt wird, von wegen Checks and Balances. Das, was da passiert ist, dass die Frau Landeshauptfrau gesagt hat, sie ist enttäuscht, das war dann Balances, oder was war das? (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist wichtig, die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek hat gesagt ...“ weiterer Zwischenruf unverständlich*) Und das bringt zum nächsten Punkt, nämlich zu den Checks. Das Wort Schädigung ist hier zweimal vom Herrn Kollegen Riebenbauer angesprochen worden und vom Herrn Klubobmann Kröpfl. das Wort Schädigung. Ich habe mich schon seinerzeit nach dem Herrn Landesrat Mag. Hirt heute zu Wort gemeldet und habe gesagt, so darf es nicht sein in dem Land, dass immer dann am Ende das Opfer der Schuldige ist. Jetzt sind dann diejenigen, die kontrollieren, diejenigen, die solche Missstände aufzeigen, die Schuldigen. Die schädigen das Land? Es ist hier von meiner Vorrednerin gesprochen worden. Davon, dass die Wortmeldung des Herrn Klubobmann menschenverachtend sei. Ich darf an der Stelle bitteschön erinnern – Herr Klubobmann Kröpfl ist nicht da –, sehr menschenfreundlich ist eben diese Aussage auch nicht. Man möge sich im Zusammenhang mit den Missständen bei den Spitalsbauten noch einmal die Lage der Beschäftigten und der Patienten vergegenwärtigen. Was ist denn das? Jetzt fehlen nur mehr die Todesfallstatistik und die gestiegenen Krankenzahlen als Folge der Tätigkeit der Rechnungshöfe und des Untersuchungsausschusses. Aber das wollen Sie damit sagen? Was ist denn das? Summa summarum noch eine Anmerkung, weil auch das aus meiner Sicht eine ernste Geschichte ist. Herr Klubobmann Drexler hat die Unvereinbarkeit von Ankläger und Richter erwähnt, in der Tat. Und ich habe das heute auch schon einmal angesprochen, nur ich möchte meine persönliche Sicht hier noch einmal darlegen. Das ist ein Problem und nicht zuletzt ich selbst lege das offen auf den Tisch. Im jetzigen Untersuchungsausschuss oder in jetzigen –ausschüssen – es sind ja auch zwei, die auf Bundesebene laufen – ist die Situation meiner Kollegen dort in so ferne eine bessere, als dass sie wenigstens zu zweit sind. In der Tat ist es so, dass rein von der Belastung eines Ausschussvorsitzenden und von seinen Aufgaben her dies im Grunde genommen zwei Jobs sind – das

sage ich, wie es ist –, die kaum vereinbar sind. Entweder du bist der Vorsitzende, dann kümmerst du dich um die Organisation und das Formale oder du bist der Chefankläger. So, jetzt haben wir aber eine Situation, ich erinnere mich an die ESTAG etwa, wo sich also dann in dem Fall meine Person in der Tat in beiden Rollen wieder gefunden hat.

Sehr schnell, weil nämlich der Anklagewillen der Sozialdemokratie etwas rasch erlahmt ist, wie wir alle wissen. Die Sozialdemokratie war nämlich der Meinung das ganze ESTAG-Debakel und der Skandal beschränkt sich auf einen Streit zwischen Hirschmann und Paierl. Und wie es dann an die Strukturen und an das Eingemachte gegangen ist, da war es auf einmal aus. Und ich kann dann den Job machen. Dass die ÖVP sich nicht einen „Haxen ausgerissen“ hat, das war damals klar, ... (*LTAbg. Straßberger und LTAbg. Kasic: Gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe*) - lassen Sie mich ausreden – ... obwohl sie damals im Gegensatz (*LTAbg. Mag. Drexler: „Wirtschaftsprüfer hat keiner so genau befragt wie ich.“*) – lassen Sie mich ausreden, Herr Klubobmann – obwohl damals – und jetzt kommen die Blumen – obwohl damals die ÖVP sich nicht hat dazu hinreißen lassen, Rechnungshofmitarbeiter zu attackieren, den Vorsitzenden zu attackieren auf der formalen Ebene, von der menschlichen rede ich gar nicht. Selbiges gilt übrigens auch, der Vollständigkeit halber sage ich das dazu, für den Spitalsbautenausschuss. Die ÖVP hätte auch erlahmen können frühzeitig, in der Erkenntnis, dass sie ja immer dabei war und ihre Leute drinnen hatte und sie ist immerhin, das sei ihr zugestanden, über diesen Schatten gesprungen und hat nicht nur also keinen Widerstand geleistet, sondern hat durchaus mitgearbeitet. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 12.58 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Böhmer (12.59 Uhr): Herr Landeshauptmann. Frau Landesrätin, Herr Landesrat, Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Zuhörer im Auditorium!

Ich danke für das Stichwort „Thema verfehlt“. Kollege Drexler, ich will nicht Oberlehrer spielen, (*LTAbg. Kasic: „Aber du bist es.“*) aber es gibt bei einem Lehrer, der Deutsch unterrichtet, schon seit mehr als zwanzig Jahren nicht mehr den Begriff „Thema verfehlt“. Es ist die Aufgabe des Pädagogen aus dem Thema so viel herauszuholen, dass noch etwas herauschaut. Und du kannst auch nicht die Aufsatzgattung vorgeben. So gesehen ist die Aussage zum Endbericht des Kollegen Dr. Murgg einfach eine falsche oder eine schlecht qualifizierte. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Aber vor 17 Jahren, man darf ja lernen.“*) Ja, man darf lernen.

Als Zweites darf ich sagen, Thema verfehlt hat die ÖVP sehr wohl, wenn ihr meint, dass das ein Bericht ist. Das sind sieben bescheidene Seiten, die einfach nur einzelne Feststellungen zu den Berichten tätigen.

(*LTabg. Straßberger*: „Kommt darauf an, was darin steht.“) Ich habe es ja auch gelesen, Kollege Straßberger.

Und jetzt komme ich zum Dritten, der ÖVP: Ich weiß sehr wohl, warum der Kollege Drexler heute zu Beginn den Journalismus oder die Journalistinnen und Journalisten gestreichelt hat.

Denn gerade ÖVP-Abgeordnete erdreisten sich immer wieder, wenn sie bei gewissen Sitzungen nicht dabei sind – ich nehme jetzt den Kollegen Gödl her, der nur zeitweise Gast bei diesen 19 Sitzungen war. Er erdreistet sich, steiermarkweit zu sagen, und ich zitiere den Herrn Kollegen Gödl: „Der Herbersteinausschuss hat zwar sein Ziel verfehlt, dafür wissen wir jetzt viel über die artgerechte Haltung seltener Tiere.“ (*LTabg. Gödl*: „Das habe ich nicht gesagt.“) Herr Kollege, das ist dein Zitat am vorigen Mittwoch, 13. Dezember; herausgegeben in allen Wochenzeitungen. Ich gratuliere dir, wenn das für dein kurzes Dasein der einzige Inhalt ist, dass du endlich etwas über artgerechte Tierhaltung weißt. Dazu gratuliere ich dir. Denn das andere dürfte dir entgangen sein, zumal du einfach nur quasi am Papier stellvertretend warst.

Zum Kollegen Drexler: Ich halte es auch nicht gerade für sehr charmant – ich möchte gar nicht das Wort „mutig“ hernehmen lieber Christopher – wenn du beim Endbericht oder bei der letzten Sitzung am 7.12. fehlst, ich weiß ja nicht, was der Grund des Fehlens ist, du aber ... (*LTabg. Mag. Drexler*: „Ein wichtiger Termin.“) – okay, ich sehe das ein, wie wichtig du in der ÖVP bist, ... dich dann erdreistest, einem Journalisten einer kleinformatigen Zeitung einfach die Wahrnehmung einer deiner Kollegen zu geben. Denn das was hier steht ist schlichtweg falsch. Wenn da steht: „Unser Bericht wurde aber von SPÖ und KPÖ ohne Angabe von näheren Gründen abgewürgt.“ Bitte, diese Aussage ist schlicht falsch.

Ich bin beim nächsten Punkt: Es ist heute auch von dir, Christopher der Ausdruck der „Bauchentscheidung“ gefallen. Wenn ich dem Chronometer, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, um 13 Monate zurückdrehe, dann sind wir im November 2005 und da hat es etwas gegeben, was jeder von uns gerne will (*LTabg. Straßberger*: „Ein Zeitfenster.“) auch viele Leute, die in der Oststeiermark beschäftigt waren, denn damals war Herberstein unter anderem so weit, dass ihnen auch die Gelder für die sogenannte Weihnachtzulage gefehlt haben. Diese Bauchentscheidung unseres Herrn Landeshauptmannes, und ich habe gesagt, ich danke dafür, für die 600.000 Euro – sind ja ein großer Unterschied zu euren 7 Millionen – franko frei vergeben. (*LTabg. Mag. Drexler*: „Wieviel von den sieben Millionen hat die SPÖ nicht zugestimmt?“) Es geht um 37 Fördervergaben, eine einzige mit Prüfvorbehalt und das ist in eurer sogenannten Ressorthoheit. Das muss man auch einmal sagen. (*Beifall bei der SPÖ*) Aber ich sage noch einmal und ich komme noch einmal zur Bauchentscheidung, lieber Christopher. Es ist eine gute Bauchentscheidung ... (*Heiterkeit bei LTabg. Straßberger mit unverständlichem Zwischenruf*) ... wenn man Geld – lieber Kollege Straßberger, du bist ja auch ein „Finanzler“ – nicht einfach so frei Hand vergibt, sondern wenn man dieses auf ein Treuhandkonto legt und sagt: „Du gibst mir die Rechnung, ich

gebe dir das Geld“. Und wenn wir jetzt nach allen Abrechnungen des Jahres 2006 hinterher recherchieren, wissen wir, dass Herberstein im Jahr nicht 600.000 braucht, sondern über 730.000 Euro. Zum anderen sei schon auch gesagt, wie heute schon ein paar Mal angesprochen worden ist, die ÖVP hat das jetzt alles wieder geschaukelt. Ich darf nur sagen: Na, wer war denn da mit dabei? Bereits im Regierungsübereinkommen unter Punkt 19, das ja SPÖ und ÖVP mitbesprochen haben, ist unter anderem zuerst einmal ein vernünftiges Fördercontrolling enthalten gewesen.

Als nächstes ist auch – und da sieht man wieder die Weitsicht von unserer Seite, zu der ihr euch eingeklinkt habt – von einer Steiermark der Regionen die Rede. Es hat doch unser Landeshauptmann Mag. Voves bereits am 5.8.2005 von einem oststeirischen Tourismusleitprojekt „Familienland Stubenberg am See“, von dem Leuchtturm mit Tierpark Herberstein gesprochen. Na ist das nichts? (*LTAvg. Straßberger: „Und? War er zuerst?“*) Die SPÖ hat sich immer für den Tierpark Herberstein ausgesprochen. Immer! (*Beifall bei der SPÖ*) (*LTAvg. Straßberger: „Geh! Hör auf!“*) Die SPÖ hat sich nur nicht – und das hat Gott sei Dank auch der Untersuchungsausschuss oder die Vorgeschichte gebracht – für die Verflechtung der Herbersteinschen Betriebe mit dem Tierpark ausgesprochen ... (*LTAvg. Mag. Drexler: „Wie oft habt ihr dagegen gestimmt?“*) ... wo wir nicht gewusst haben, lieber Christopher, wohin denn die Gelder wirklich auch geflossen sind. Aber das werden ja andere entscheiden. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Ein einziges Mal. Bei der Ferialverfügung.“*) Ich gehe weiter. Was ist in der Zwischenzeit noch passiert? Wir haben nicht nur über die Ferialverfügung – und da muss ich sagen, auch wenn der Kollege Riebenbauer hier wieder das 7 zu 2 aufgelistet – Gott sei Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, leben wir da in einer Demokratie und entscheiden. Ob die Ferialverfügung rechtens ist oder nicht, darüber haben die Mitglieder des Untersuchungsausschusses eine Entscheidung getroffen. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Nein, nein! Darüber könnte nur der Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof entscheiden. Das ist unerhört.“*)

Als nächsten Punkt möchte ich noch sagen: Was hat Herberstein gebracht? Herberstein hat auch mit sich gebracht, dass unter anderem hinkünftig unter der neuen Verwaltung und vielleicht unter dem neuen Verantwortlichen für den Tiergarten, dass auch ein Betriebsrat oder eine Betriebsrätin installiert wird. Das ist aus dem ganzen Gespräch heraus entstanden. (*LTAvg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf*) Selbstverständlich für die Zukunft, wir geben ja weiterhin Gelder dort hin und wir wollen ja, Herr Kollege Straßberger, wir wollen ja auch in Herberstein zufriedene Pflegerinnen und Pfleger, denn das überträgt sich auf die Tiere und wiederum auf die Bevölkerung, auf die Besucher. (*LTAvg. Mag. Drexler und LTAvg. Straßberger gleichzeitig unverständliche Zwischenrufe*) Du verstehst die Zusammenhänge falsch. (*Beifall bei der SPÖ*) Da gibt es so etwas wie Synergien und Psychologie. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Herr Kollege Böhmer, darf ich etwas sagen?“*) Nein, du darfst nicht, jetzt bin ich am Wort.

Zum Schluss: Der neue Vertrag Herberstein ... (*LTAvg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf*) ... liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin wenigstens dirigistisch und sage „Nein Christopher!“, als ich

beleidige Kollegen des Landtages. Ich sage das und du musst damit umgehen lernen. (LTAbg. Mag. Drexler: „Die Institution Betriebsrat geschlechtsneutral formulieren.“) Oh ja, ich schon. Bei der Anzahl der Beschäftigten in Herberstein ist nur „Einer“ oder „Eine“ möglich. Punkt. (Präsident: „Herr Abgeordneter, ich ersuche dich, zum Schluss zu kommen.“)

Danke Herr Präsident. Ich bin über die Lösung des Herberstein-Untersuchungsausschusses mit dem sogenannten neuen Vertrag sehr zufrieden und ich komme zum Schluss, was Sie, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, am Anfang gesagt und gefragt haben heute vor circa eineinhalb Stunden: Ausschließen kann man gar nichts. Aber durch dieses neue Controlling, das Landeshauptmann Mag. Voves an die Landesamtsdirektion weitergegeben hat, dass diese Gruppe weiterarbeiten kann, dass diese Gruppe den Feinschliff für neue Fördervergaben für ein Controlling in Form von Begleitung und Kontrolle macht, das ist durch den Untersuchungsausschuss bestätigt worden. Und so sehe ich auch für die Steirische Landestiergarten GesmbH einen sehr positiven Weg in die Zukunft. Ich sehe auch – und da bin ich wieder mit dem Kollegen Riebenbauer einer Meinung – für unsere Region rund um den Stubenbergsee, rund um den Kulm bis hinüber ins Pöllauer Tal, das ja dann hoffentlich ein Leader-Plus-Gebiet wird, das Beste und ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ – 13.11 Uhr)

Präsident: Als vorerst letzte Wortmeldung rufe ich den Abgeordneten Majcen auf. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Majcen (13.11 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist das meiste schon gesagt worden (LTAbg. Kröpfl: „Danke.“) und damit ich ja nicht darauf vergesse: In erster Linie möchte ich beantragen, dass der Antrag des Untersuchungsausschusses, der in einen Teil I und II gegliedert ist, im Teil II punktuell abgestimmt wird. Das ist also ein Antrag.

Und dann möchte ich doch noch ein paar Bemerkungen hier äußern, die sich aufgrund der Debatte zu beiden Untersuchungsausschüssen auch irgendwie ergeben, weil man es letztendlich irgendwo vermischen kann, da wir zwei Vorsitzende gehabt haben, den Kollegen Hagenauer und den Kollegen Dr. Murgg. Es ist auch schon mehrfach angesprochen worden, manchmal hat man wirklich den Eindruck gehabt, der Kollege Dr. Murgg bemüht sich sehr, diesen Untersuchungsausschuss ... (LTAbg. Kröpfl: „Nicht den Oberlehrer hervorkehren.“) bitte? (LTAbg. Kröpfl: „Nicht den Oberlehrer hervorkehren.“) - das Wort „bemüht“ ist ja ein Wort, das nicht nur von Lehrern verwendet wird – ... bemüht sich, aber er kann wirklich manchmal nicht unterscheiden, ob er jetzt dort sitzt als der kommunistische Mitbefürworter der Strategie, die auf der einen Seite sitzt oder ob er Vorsitzführer ist. Und das hat sich natürlich auch dann wahrscheinlich im Bericht ausgewirkt. Meine Damen und Herren, denn, um es noch einmal zu sagen,

Ferialverfügung – das stört mich irgendwie. Zuerst wurde die Ferialverfügung als das furchtbare Instrument dargestellt, fehlende Rechtsgrundlage, Katastrophe. Ja, ich frage ehrlich: Was gibt es denn für eine Ferialverfügung, für eine Rechtsgrundlage, die sich im Sommer mit dem Maßnahmen im Winter, mit dem Feinstaub befasst und auch eine Million Euro als Ausgabe zur Folge hat? Die Frage lautet: Wo ist die Rechtsgrundlage für diese Ferialverfügung? Ich würde gerne eine Antwort darauf wissen. (LTAvg. Straßberger und LTAvg. Kasic: „Wo ist sie?“) Wo ist die Rechtsgrundlage für eine Ferialverfügung zum Thema Feinstaub, die eine Million Euro Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit zur Folge hat? Das ist eine Frage. Wir untersuchen sie nicht in einem Untersuchungsausschuss, deshalb ist sie auch nicht so wichtig. Sie dient auch nicht dazu, missliebige Personen zu beschädigen. Denn – ganz offen gesagt, um noch einmal zurückzukommen zu dem Untersuchungsausschuss Herberstein – wissen Sie, warum der letztendlich stattgefunden hat? Da war es das Ziel, die Frau Landeshauptmann – das war schon davor und das ist auch dann hervorragend gelungen – schlecht zu machen. Da war kein Inserat zu böse, da war keine Wortwahl zu grausam, da hätte man von Menschenverachtung reden können (LTAvg. Straßberger: „So ist es.“), Frau Kollegin Kaufmann. (Beifall bei der SPÖ) Dort hätte man sagen können, menschenverachtend. Denn damals ist die Frau Landeshauptmann Klasnic „hergerichtet“ worden als jemand, der nichts anderes im Sinne hat als einer Bussi-Bussi-Freundin das Geld hinten und vorne hinein zu stecken. In allen Beschlüssen bitte mit beschlossen von den Sozialisten, aber damals hat es gerade gut in das Konzept hineingepasst, sie zu beschädigen. (LTAvg. Prattes: „Sozialdemokraten.“) Dann ist in weiterer Folge und das sage ich ganz offen, dazu gekommen ... (LTAvg. Kaufmann: Unverständlicher Zwischenruf) ... nein, ich verwende Worte des Landesrates Hirt aus der Diskussion zum vorherigen Tagesordnungspunkt, wo er gesagt hat, manchmal hat er den Verdacht, dass die Dinge des Verdachtes willen so behandelt werden und manchmal hat er den Verdacht, dass politisches Kalkül dahinter steckt. Ja, bitte, das könnte man auch hier übertragen. Ich möchte mir das ersparen und auch uns die Zeit hier ersparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Ferialverfügung ist dann vom Datum gesprochen worden. Da sind Verdachtsmomente aufgetaucht, ob beim Datum irgendetwas nicht stimmt, ob die Unterschrift nicht stimmt. Und in Bezug auf das, was auch heute bei diesem Untersuchungsausschuss angedeutet wurde, nämlich die Frage, wie weit hat ein Untersuchungsausschuss hineinzugehen in die Materie? Ich frage den Herrn Hofrat Anderwald jetzt nicht wirklich, aber ich habe mir die Frage vorgestellt, wenn er vorige Woche oder vor zwei Wochen in einem Interview gesagt hat, er ist persönlich der Meinung, dass der Untersuchungsausschuss im Hinblick auf das, was er bei Herberstein untersucht hat, viel zu weit gegangen ist. (LTAvg. Kröpfl: „Er hat etwas anderes auch noch gesagt.“) Ich weiß es nicht, ich habe es nur so verstanden, ob man dann auch noch all das hinterfragen kann, was selbst in den tiefen privaten Bereich hineingeht. Ich habe nichts dagegen, dass geprüft wurde. (LTAvg. Stöhrmann: Es hätte dir auch nichts geholfen, wenn du etwas dagegen gehabt hättest.“) Ich hoffe auch, dass das alles zu einem guten

Ende kommt. Und ich hoffe, dass wir alle miteinander ein bisschen etwas daraus lernen. Mehr aufpassen, noch mehr aufpassen, dass Dinge nicht passieren, aber nicht in manchen Fragen gegenseitig primitiv die Schuld zuzuschieben, die eigentlich ganz eindeutig zu beantworten sind. (*LTabg. Stöhrmann: „Das ist genau so, wie es deine Leute machen.“*) Kollege Stöhrmann, ich weiß, das ist deine Hauptaufgabe, dort zu sitzen und alles ein bisschen irgendwie durcheinander zu bringen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Ein Pferdeflüsterer.“*) Ich stelle nur noch einmal fest, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ein Bericht vorliegt, mit dem wir uns nicht einverstanden erklären können, weil er in vielen Fragen nicht die richtigen Antworten gibt. Aber es wird die Abstimmung zeigen, was dabei herauskommt.

Danke. (*Beifall bei der ÖVP – 13.17 Uhr*)

Präsident: Hohes Haus, meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der KPÖ zum Schriftlichen Bericht des Untersuchungsausschusses Herberstein ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der ÖVP zum Schriftlichen Bericht des Untersuchungsausschusses Herberstein ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters in der Fassung des Abänderungsantrages – und hier gibt es einen Antrag auf punktuelle Abstimmung der ÖVP – ich lasse nun abstimmen über den Punkt I. Wer also für den Punkt I des Abänderungsantrages ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt II des Antrages zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Bitte um deutliche Handzeichen.

Das heißt, es ist eine einstimmige Annahme.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie nunmehr am Ende dieser Sitzung und am Ende dieser Herbstsaison noch einige Minuten um Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahr 11 Ausschusstage, 15 Landtagssitzungen durchgeführt. Untersuchungsausschüsse – KAGES 18 Sitzungen, Herberstein 19 Sitzungen, viele, viele Unterausschuss-Sitzungen waren erforderlich, um die Arbeit hier im Landtag Steiermark zu verrichten.

Ich möchte allen für die Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich danken. Ich möchte mich herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagsdirektion, in den Landtagsklubs, den Regierungsbüros. Herzlich bedanken möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit beim Herrn Landeshauptmann sowie bei den Regierungsmitgliedern und ich möchte mich, meine Damen und Herren, auch herzlich bei den Stenotypistinnen bedanken, die mit viel Geduld wiederum in diesem Jahr in vielen Stunden alles das, was hier gesprochen wurde, zu Papier gebracht haben. Ich glaube, Sie haben sich einen herzlichen Applaus verdient. *(Allgemeiner Beifall)*

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir auch heute, an diesem Tag – wir werden zwar morgen einen offiziellen Empfang haben, anlässlich des Übertrittes unseres Herrn Landtagsdirektors Hofrat Dr. Heinz Anderwald in den Ruhestand – am Ende dieser Sitzung einige kurze Worte über jenen Mann, der 38 Jahre lang diesem Land gedient und der 20 Jahre hindurch als Direktor des Landtages Steiermark gewirkt hat.

Herr Landtagsdirektor Hofrat Dr. Heinz Anderwald ist 1968 in den Landesdienst gekommen und wurde 1987, das heißt vor 20 Jahren, mit Beschluss der Landesregierung zum Landtagsdirektor bestellt. Heinz Anderwald hat diese Aufgabe mit sehr viel Engagement, sehr viel Fleiß, sehr viel Hingabe und auch mit sehr viel Verständnis ausgeübt. Ich weiß wie wichtig es Heinz Anderwald war, diese Aufgabe auch überparteilich bei seinen Stellungnahmen, bei seinen Entscheidungen zu treffen. Es scheint so, lieber Heinz Anderwald, das ist dir auch gelungen. Ich weiß aus vielen Gesprächen der unterschiedlichsten Klubs, dass sie alle deine Arbeit sehr geschätzt haben. Ich war ja selbst einige Jahre Klubobmann und habe erleben können, wie du deine Arbeit verrichtet hast. Wenn wir nicht ganz sicher gewusst haben, wie es denn eigentlich tatsächlich zu geschehen hat, haben viele gesagt: „Der Anderwald meint auch.“ In Wirklichkeit ist sehr oft deine Rechtsmeinung akzeptiert worden und es wurde auch so danach vorgegangen. Das ist nicht selbstverständlich, lieber Heinz. Dazu gehört viel Einsatz und viel Einsatzvermögen. Dass du das alles so geschafft hast, verdankst du auch deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber auch deiner Familie. Ich bin immer sehr beeindruckt, in welcher Wertschätzung du über deine liebe Gattin sprichst, über deine Kinder sprichst und wie wichtig dir ist, dass das Familienleben bei dir funktioniert. Ich glaube, nur dann, wenn das funktioniert, kann man auch erfolgreich wirken.

Ich darf dir daher namens des Hohen Hauses, namens der Landesregierung, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landtagsdirektion, der Klubs heute in diesem Hohen Haus, das deine wirkliche zweite Heimat war, wo du viele Stunden und Tage verbracht hast – auch an Wochenenden, um alles immer richtig zu machen, danken; spreche dir höchste Anerkennung aus, höchsten Respekt.

Du wirst ja nicht in den Ruhestand treten – das ist nur rein juristisch und das Pensionsrecht verlangt das, sondern du wirst ja bereits im Jänner in einer Anwaltskanzlei in Graz wieder deine Arbeit aufnehmen. Das heißt du trittst nicht in den Ruhestand, sondern in den Unruhestand. Aber ich glaube, wer deinen Willen zur Arbeit kennt und weiß, wie sehr du Jurist bist, wie ausgesprochen gerne du Landtagsdirektor warst und wie gerne du arbeitest, der weiß, wenn du jetzt zum Nichtstun „verurteilt“ wärst, das wäre das Schlimmste, das dir passieren könnte. Ich hoffe aber trotzdem, ich darf es so sagen, dass du deinen Hobbies – der Musik, der Kultur, dem Schifahrens, dem Wanderns – nachgehen kannst. Denn ich weiß auch, dass du dir die Kraft neben der Familie in den Bergen beim Schifahren, beim Sport geholt hast und in deiner Freizeitgestaltung. In diesem Sinne sage ich dir heute namens des Hohen Hauses und ganz persönlich: Bleib gesund! Habe weiterhin viel Freude bei der Arbeit und habe weiterhin ein so harmonisches und glückliches Familienleben wie du es bisher gehabt hast. Deine Frau, hoffe ich, und deine Kinder werden dich trotz deiner Arbeit ab jetzt mehr in Anspruch nehmen können. Das wünschen wir deiner Familie, das wünschen wir dir.

In diesem Sinne, lieber Heinz, ein herzliches Dankeschön, ein herzliches Glückauf für deine persönliche Zukunft.

(Alle Mitglieder des Landtages und der Regierungsbank erheben sich – Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Da nun auch das Weihnachtsfest vor der Türe steht und der Jahreswechsel, darf ich Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest wünschen, einen guten Rutsch in das Jahr 2007. Sammeln Sie Ihre Kräfte in dieser Zeit, die wir brauchen werden, um auch im nächsten Jahr erfolgreich für dieses Land zu arbeiten. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die Einladung zur nächsten Sitzung im Landtag Steiermark erfolgt auf schriftlichem bzw. elektronischem Weg. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 13.26 Uhr